

## **Stenografischer Bericht**

– ohne Beschlussprotokoll –

– öffentliche Anhörung –

58. Sitzung des Innenausschusses

7. September 2016, 9:30 bis 15:05 Uhr

### **Anwesend:**

Vorsitzender Abg. Horst Klee (CDU)

#### **CDU**

Abg. Alexander Bauer  
Abg. Holger Bellino  
Abg. Christian Heinz  
Abg. Irmgard Klaff-Isselmann  
Abg. Markus Meysner  
Abg. Astrid Wallmann

#### **SPD**

Abg. Tobias Eckert  
Abg. Nancy Faeser  
Abg. Dieter Franz  
Abg. Lisa Gnadl  
Abg. Karin Hartmann  
Abg. Rüdiger Holschuh

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Abg. Jürgen Frömmrich  
Abg. Eva Goldbach  
Abg. Karin Müller

#### **DIE LINKE**

Abg. Hermann Schaus

#### **FDP**

Abg. Wolfgang Greilich

**Fraktionsassistentinnen und Fraktionsassistenten:**

Johannes Keßner (Fraktion der CDU)  
 Lisa Ensinger (Fraktion der SPD)  
 Marko Gvero (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
 Adrian Gabriel (Fraktion DIE LINKE)  
 Jascha Hausmann (Fraktion der FDP)

**Landesregierung, Rechnungshof, Datenschutz, Landtagskanzlei:**

Minister Peter Beuth  
 Dr. Roland Wagner  
 MinR Rößler  
 Herr Dietz, HKE

**Anzuhörende:**

Institution	Name	Teilnahme
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der TU Dresden	Stellv. Direktor Prof. Dr. Uwe Backes	<b>teilgenommen</b>
Hochschule Koblenz Koblenz Karthause	Prof. Dr. Stephan Bundschuh	<b>teilgenommen</b>
Justus-Liebig-Universität Gießen FB 03 – Institut für Politikwissenschaft	Dr. Alexandra Kurth	<b>teilgenommen</b>
Demokratiezentrum im beratungsNetzwerk hessen-gemeinsam für Demokratie und gegen Rechts-extremismus an der Philipps-Universität Marburg	Dr. Reiner Becker	<b>teilgenommen</b>
	Dr. Rudolf van Hüllen	<b>teilgenommen</b>
	Andreas Kemper	<b>teilgenommen</b>
Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz	Robert Schäfer, Präsident Jürgen Leimbach, Abteilungsleiter Rechtsextremismus/-terrorismus	<b>teilgenommen</b>
Hessisches Landeskriminalamt	Frau Thurau Präsidentin	<b>teilgenommen</b>

<b>Institution</b>	<b>Name</b>	<b>Teilnahme</b>
Gewerkschaft der Polizei Landesbezirk Hessen	Andreas Grün	<b>teilgenommen</b>
Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) im Deutschen Beamtenbund Landesverband Hessen	Landesvorsitzender Heini Schmitt	<b>teilgenommen</b>
MBT Hessen e. V. – Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und Rassismus – für demokratische Kultur in Hessen	Christopher Vogel	<b>teilgenommen</b>
Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg	Torsten Niebling	<b>teilgenommen</b>
Bündnis Odenwald gegen Rechts	Irmhild Rittmeyer Harald Staier Peter Rösler	<b>teilgenommen</b>
Projekt „Gewalt geht nicht.“ Wir im Schwalm-Eder-Kreis Gemeinsam.Tolerant.Aktiv	Stefan Bürger	<b>teilgenommen</b>
Hessencam Kath. Domgemeinde Wetzlar	Joachim Schäfer	<b>teilgenommen</b>
Bildungsstätte Anne Frank e. V.	Aylin Kortel	<b>teilgenommen</b>
Antifaschistische Bildungsinitiative e. V.	Andreas Balsler	<b>teilgenommen</b>
Sportjugend Hessen	Behzad Borhani	<b>teilgenommen</b>

Protokollierung: Henrik Dransmann, Marion Schmieder

**Punkt 1:****Anhörung zum Thema Rechtsextremismus**

hierzu:

**Antrag**

**der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend  
Anhörungen zum politischen Extremismus  
– Drucks. [19/3379](#) –**

Stellungnahmen der Anzuhörenden  
– Ausschussvorlage INA 19/39 –

(verteilt: Teil 1 am 31.08.; Teil 2 am 05.09. und Teil 3 am 06.09.2015))

**Vorsitzender:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie sehr herzlich begrüßen zur 58. Sitzung des Innenausschusses des Hessischen Landtags.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich die Kameralleute bitten, noch letzte schöne Bilder zu machen; denn während der Sitzung sind Ton-, Bild- und Filmaufnahmen im Plenarsaal untersagt.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie als Anzuhörende zunächst herzlich begrüßen. Außerdem begrüße ich die Landesregierung, an der Spitze Innenminister Peter Beuth. Außerdem begrüße ich Praktikantinnen und Praktikanten der Fraktionen sowie die Medienvertreter.

Ich weise darauf hin, dass die Redezeit der Anzuhörenden 10 Minuten beträgt. Wer darunter bleibt, wird nicht ermahnt. Wer wesentlich länger spricht, hört dann irgendwann den Vorsitzenden.

Außerdem weise ich darauf hin, dass die Abgeordneten des Lesens kundig sind und die Stellungnahmen sehr wahrscheinlich alle tiefeschürfend gelesen haben. Deshalb bitte ich darum, nicht einfach die Stellungnahme vorzulesen. Vielmehr sollten Sie sich auf die Kernpunkte beschränken, die Sie noch einmal deutlich vermitteln wollen. Abschließend weise ich darauf hin, dass alle Unterlagen, die notwendig sind, draußen im Foyer liegen. Jeder kann sich damit versorgen.

Prof. **Dr. Backes:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde es ganz kurz machen und zu den Thesen, die ich eingereicht habe, Ihnen lediglich einige Erläuterungen geben und Ihnen vertiefend an dem einen oder anderen Punkt erklären, wie ich zu diesen Thesen gekommen bin.

Wir sind ein mittelgroßes Forschungsinstitut mit Sitz in Dresden, das sich vor allem mit der Diktaturvergangenheit in Deutschland vergleichend beschäftigt. Seit einigen Jahren beschäftigen wir uns aber auch mit politischem Extremismus. Hierzu haben wir eine Reihe von Studien vorgelegt. Die Ergebnisse zweier Studien konnte ich Ihnen vor gut einem Jahr hier im Hessischen Landtag im NSU-Untersuchungsausschuss vorstellen. Diese sind zum Teil in die Thesen eingeflossen, die ich Ihnen heute vortrage. Das Thesenpapier geht insoweit über den Rahmen der politisch motivierten Gewalt hinaus, als dass das

hier das Parteiensystem und die Entwicklungen der politischen Mehrheitskultur in ihrem Verhältnis zu den Extremismen behandelt werden.

Das ist ein Thema, das mich als Politikwissenschaftler seit vielen Jahren beschäftigt. Ich habe mich schon relativ früh, als das Phänomen in Deutschland noch relativ neu war, mit dem Front National in Frankreich beschäftigt. Nun stelle ich mit Besorgnis fest, dass in Deutschland eine Entwicklung eintritt, die dazu führen könnte, dass sich eine Partei ähnlich dem Front National auf der politischen Bühne etablieren könnte. Es gibt hier eine Tendenz in der Alternative für Deutschland, die in diese Richtung weist. Die entsprechenden Kontakte werden geknüpft. Am rechten Flügel der Partei versucht man ganz gezielt, in diese Richtung zu gehen. Das ist eine Entwicklung, die die Polarisierung des deutschen Parteiensystems auf Länderebene, aber auch auf Bundesebene erheblich verstärken wird, wenn sie sich weiter so vollzieht.

Wir haben darüber hinaus natürlich auch kulturelle Entwicklungen in unserem Land in den Blick zu nehmen, die Niederschlag finden sowohl auf der Gewaltebene als auch auf der Ebene der politischen Parteien. Hier habe ich in meinem Papier – und diesen Punkt möchte ich noch einmal hervorheben – stark betont die Bedeutung einer neuen Konfrontationslinie, die sich schon seit einigen Jahren abzeichnet und die die Rechtslinks-Konfrontationslinie, die ja über viele Jahrzehnte, wenn nicht gar Jahrhunderte hinweg bestimmend war, überlagert und in dem Segment, das uns heute interessiert, nämlich im Bereich des Rechtsextremismus, von großer Bedeutung ist. Ich meine damit die Konfrontationslinie zwischen Muslimfeinden einerseits und Islamisten und Salafisten andererseits. Diese Konfrontationslinie schlägt sich schon jetzt auf die Entwicklung des Parteiensystems nieder; denn der Kampf gegen den Islam – verstanden als eine Einheit, auch mit Islamismus und allen gewalttätigen Auswüchsen – spielt für den Aufstieg der AfD eine sehr wichtige Rolle.

Gleichzeitig sehen wir, dass im Bereich der politisch motivierten Gewalt die Konfrontation zwischen Salafisten, Islamisten und muslimfeindlichen Gruppierungen an Bedeutung gewinnt. Das schlägt sich quantitativ in unseren PMK-Statistiken im Moment noch nicht so stark nieder. Es ist sogar so, dass die Landeskriminalämter in den öffentlichen Zahlen kein deutliches Bild vermitteln, weil sie das, was hier relevant ist, unter dem großen Rubrum Ausländerkriminalität verstecken. Im Grunde genommen ist das aber ein Topf, in dem alle möglichen Phänomene stecken. Hier müsste man viel genauer aufschlüsseln, um die relevanten Zahlen zu erhalten. Diese Zahlen liegen in den Landeskriminalämtern und dem Bundeskriminalamt selbstverständlich vor. Der Bereich der PMK-Zahlen in den Verfassungsschutzberichten ist jedoch sehr unbefriedigend dokumentiert. Hier muss also dringend nachgebessert werden, um mehr Transparenz für diese neue Konfrontationslinie zu erhalten.

Prof. **Dr. Bundschuh:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung. Ich habe im Rahmen der Vorbereitung auf diese Anhörung ein wenig Schwierigkeiten, angesichts des breiten Themas Rechtsextremismus einen Fokus zu wählen. Außerdem steht nur wenig Zeit zur Verfügung.

Aus diesem Grunde habe ich meine schriftliche Stellungnahme kurz gehalten und mich auf drei Themen konzentriert, die ich jetzt mündlich präzisieren werde. Ein paar Dinge werden Sie aus der Stellungnahme kennen. Ein paar Dinge sind Präzisierungen.

Meine Thesen zum Thema Rechtsextremismus bzw. zum Thema der extremen Rechten geraten mich im Laufe der Jahre Stück für Stück etwas prinzipieller angesichts einer zunehmend problematischen Normalisierung – in Anführungszeichen – extrem rechter Einstellungen und Taten.

Auch angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands will ich mich nicht mit der Behauptung zufriedengeben, dass die Etablierung rechter Parteien selbstverständlich zu einer ausdifferenzierten pluralen Gesellschaft dazugehört. Ich halte die Permanenz der extremen Rechten und die Etablierung eines Rechtspopulismus just für die Zukunft von Ausdifferenzierung und Pluralisierung unserer Gesellschaft für besorgniserregend.

Aber der Aufstand am rechten Rand ist nicht die Ursache für die Krise der politischen Institutionen in der Bundesrepublik, sondern nur das Phänomen einer Krise unserer Gesellschaft. Damit komme ich jetzt zur ersten These, die sich gegen die gängige Zuschreibung der extremen Rechten als Jugendproblem richtet.

Die erste These lautet: Jugendliche fungieren als Seismografen für gesellschaftliche Verwerfungen. Sie sind aber nicht für diese verantwortlich.

Als Professor für Kinder- und Jugendhilfe und Forschungsprofessor zur Prävention gegen Autoritarismus, wie ich das aktuell versuchsweise nenne, beschäftige ich mich mit Fragen der Jugendsozialisation. Deshalb stehen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene auch im Zentrum meiner Betrachtung. Das ist von der Aufgabenstellung her legitim, darf aber nicht dazu verleiten, Jugendliche und junge Erwachsene als die Problemgruppe unserer Gesellschaft zu betrachten. Die älteren Generationen sind maßgeblich dafür verantwortlich, was Jugend widerfährt und welche politischen Wege sich der Jugend eröffnen. Die Jugend zeigt sich aber mit der Positionierung im öffentlichen Raum und in der Auseinandersetzung mit der Elterngeneration oft als besonders auffällig und aggressiv.

Da junge Menschen in ihrer Adoleszenzphase empfindlich und empfindsam sind, können sie in ihren unterschiedlichen Entwicklungen als Seismografen gesellschaftlicher Wohl- und Missstände gelesen werden. Bei jungen Leuten verbinden sich Einstellungs- und Verhaltensmuster, die allgemein in unserer Gesellschaft anzutreffen sind, mit spezifischen sich von der Elterngeneration abgrenzenden Einstellungen und Verhaltensweisen, die im Falle der extremen Rechten in ein repressives und autoritäres Aufbegehren – um ein Wort von Oliver Nachtwey zu zitieren – münden.

Zweifellos können wir bei rechten jungen Menschen extreme Einstellungs- und Verhaltensmuster feststellen. Zugleich weisen bei Befragungen junge Menschen aus der extremen rechten Szene wiederholt darauf hin, im Namen der schweigenden Mehrheit zu agieren.

Diese Verbindungen zwischen den zustimmenden Zuschauerinnen und Zuschauern und rechten tendenziell jüngeren Akteurinnen und Akteuren zeigen deutlich die unterschiedlichen Pogrome, die wir seit den 1990er-Jahren wiederholt hier in der Bundesrepublik Deutschland erleben können.

Der Leipziger Polizeipräsident Bernd Merbitz spricht im Jahr 2016 anlässlich brennender Flüchtlingsunterkünfte von einer – ich zitiere – „Pogromstimmung, die eine kreuzgefährliche Intensität bekommt“.

In den einschlägigen empirischen Studien zu extrem rechten Einstellungen zeigen sich seit nunmehr 15 Jahren ausgeprägte Ressentiments und extrem rechte ideologische Versatzstücke bei Menschen jeglichen Alters.

Da wir diese problematischen Einstellungen damit nicht nur am sozialen, politischen und generationalen Rand, sondern inmitten der Gesellschaft finden können, lässt sich als zweite These formulieren: Eine konsequente Analyse und politische Kritik der extremen Rechten verweist auf problematische Bewegungsgesetze im Zentrum unserer Gesellschaft.

Eine Wirksamkeit und Macht, die nicht nur auf Gewalt und Schrecken gründet, entfaltet die extreme Rechte erst dann, wenn ihr thematisch und organisatorisch Verbindungen zur sogenannten Mitte der Gesellschaft gelingen. Also, eine Stabilisierung von Macht, eine Hegemonialität von Positionen erringe ich nicht allein mit Gewalt, wobei zur Durchsetzung Gewalt durchaus relevant und hilfreich sein kann. Entscheidend aber sind die thematischen Brücken zur Mitte der Gesellschaft.

Wenn wir diese Brücken nachweisen können, dann kann die extreme Rechte politisch und wissenschaftlich nicht mehr als das ganz Andere der Gesellschaft betrachtet werden und nicht als pathologische Entgleisung wahrgenommen werden, sondern gehört zu dem, was ich die problematische Normalität unserer Gesellschaft nenne.

Es lassen sich drei Felder bestimmen, in denen aktuelle Entwicklungen darauf hinweisen, dass sich eine extreme Rechte als ernste gesellschaftliche Gefahr etablieren kann. Anhaltspunkte dafür bieten erstens die objektiven sozioökonomischen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland, zweitens die subjektiven Verarbeitungsmuster gesellschaftlicher Verwerfungen durch Abstiegsängste und drittens die Institutionalisierung eines politischen Scharniers zwischen den Parteien der Rechten und den Parteien der Mitte.

Zu diesen drei Ebenen hat jüngst Oliver Nachtwey eine überzeugende Analyse der deutschen Gegenwart vorgelegt, die er als Abstiegs-gesellschaft bezeichnet. Diese fördere unter anderem auch mehr autoritäre Tendenzen.

Der Begriff der Abstiegs-gesellschaft wird von Nachtwey in folgende, empirisch unterfütterte Phänomene gebündelt: Die europäische Wirtschaft verliert im Weltmaßstab an Bedeutung. Dafür gibt es ökonomische Zahlen. Die Profitraten fallen tendenziell und lassen sich durch Profite im Finanzsektor kurzfristig aufrechterhalten, was aber zukünftige Krisen beschleunigen wird. Es reduziert sich die ökonomische, soziale und kulturelle Durchlässigkeit unserer Gesellschaft. Die Mittelschichten verlieren trotz Bildungssteigerungen an realer Bedeutung. Stichworte sind Kapitalismus ohne Wachstum, postdemokratische Reduzierung der demokratischen Institutionen und die Gefahr eines antidemokratischen Neoautoritarismus.

Die Abstiegs-gesellschaft, die Nachtwey der regressiven Moderne als Phase des Kapitalismus zurechnet, stellt damit – Zitat – „eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und Polarisierung“ dar. Zu dieser objektiven Tendenz korrespondieren auf subjektiver Ebene verschiedene hinlänglich von Wilhelm Heitmeyer und anderen in den letzten Jahren beschriebene Einstellungen. Ein ausgeprägter Wohlstandschauvinismus, Abstiegsängste, insbesondere bei denen, die von dem Abstieg noch gar nicht bedroht sind, und ein völkisches Nationenverständnis, das eine Solidarität über dieses Volksverständnis hinaus nicht zulässt.

Hier zeigt sich, was unsere Gesellschaft von den Individuen verlangt und worunter diese leiden. Der – ich zitiere – „Gebrauch von Ellenbogen“ – das ist metaphorisch, ursprünglich von Adorno formuliert, von Heitmeyer und verschiedenen anderen aufgenommen – „ist eine Metapher für die unerbittliche Durchsetzung des Privatinteresses als Maxime unserer Gesellschaft“.

Das nehmen die extreme Rechte und der Rechtspopulismus erfolgreich auf, in dem sie mit einer Scheinsolidarität der Volksgemeinschaft antworten, die zu massiver Ausgrenzung führt. Dafür ist eine Antwort der sich insgesamt demokratisch verstehenden Gesellschaft notwendig.

Ich will hier als dritte These die Notwendigkeit der politischen Bildung nennen. Ich nenne jetzt hier nur eine, obwohl es natürlich noch andere gibt. Diese scheint mir aktuell aber besonders wichtig.

Die dritte These lautet: Die Bevölkerung muss sozioökonomisch alphabetisiert werden, um sich mündig in die nicht repressive Gestaltung der Gesellschaft einbringen zu können.

Die Entstehung einer schlagkräftigen Rechten ist ein Ergebnis des ökonomisch-sozialen Umbaus der Gegenwartsgesellschaft. Damit ist die Rechte Teil dieser Gesellschaft. Unsere Gesellschaft trägt also Verantwortung für die Entstehung und Etablierung der Rechten.

Das lässt sich nach zwei Richtungen auflösen. Entweder gibt man sich damit zufrieden oder versteht sogar die Ängste und Aggressionen oder aber man unterzieht nicht nur die Einstellungen und Taten der Rechten, sondern auch die gesellschaftlichen Entwicklungen, die solche Einstellungen und Handlungen fördern, einer kritischen Analyse und einer entsprechenden kritischen politischen Praxis.

Das verlangt meines Erachtens eine adäquate Gesellschaftstheorie heute, die in wesentlichen Grundzügen eine politische Ökonomie, wie Nachtwey das nennt, bzw. eine kritische Sozialforschung zu sein hat. Hier gilt es maßgeblich im Bereich der politischen Bildung nachzuarbeiten. Es muss eine sozioökonomische Basis zu Grunde gelegt werden. Damit meine ich keine betriebswirtschaftliche, sondern eine soziologisch-volkswirtschaftliche Grundlage. Es geht also nicht darum, in der Schule zu lernen, wie ich eine Steuererklärung mache. Darum geht es nicht. Es geht tatsächlich um ein makroökonomisches politisches Begreifen unserer gesellschaftlichen Entwicklung.

Insofern müssen wir eine sozioökonomische Alphabetisierung auf den Weg bringen, so dass die heute unter ökonomischen Maximen stehende Gesellschaft in ihrer Funktions- und Benachteiligungsweise annähernd begriffen werden kann. Erst dann, wenn die Menschen sich die Entwicklungen hier nicht unter Rekurs auf Antisemitismus, Antiziganismus und auf sonstige aggressive Ableitungs- und Ablenkungsargumente begreifen können, erst dann, wenn sie ökonomisch sozial verstehen, wie unsere Gesellschaft strukturell funktioniert, dann können sie der eigenen Interessen bewusst und unter Wahrung der Rechte und Ansprüche anderer und mit Respekt vor ihnen politisch nicht repressiv agieren.

Frau **Dr. Kurth**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich teile prinzipiell den dieser Anhörung zugrunde liegenden Antrag, wonach das Erstarken extremistischer Kräfte und damit einhergehende



Straftaten eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen. Auch ist es aus meiner Sicht folgerichtig, Ursachen und Formen des politischen Extremismus sowie präventive Mittel zu dessen Bekämpfung zu erörtern. Deshalb bedanke ich mich sehr, dass Sie mir die Möglichkeit geben, mich hier zum Themenfeld Rechtsextremismus zu äußern.

Rechtsextremismus stellt nicht nur eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar, sondern gar nicht so selten auch eine unmittelbare Bedrohung für Menschen in unserer Gesellschaft, nämlich für die Menschen, die aus der Perspektive der Rechtsextremisten als Feind oder als nicht dazu gehörig betrachtet werden. Daraus ergibt sich, dass Rechtsextremismus insbesondere von Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch von vielen anderen als bedrohliches, aber auch als angstmachendes politisches Phänomen wahrgenommen wird.

Rechtsextremismus hat viele Facetten und ist auf vielfältige Weise gesellschaftlich sichtbar, zum Beispiel durch die im letzten Jahr stark angestiegenen rechtsextremistisch motivierten Straftaten, durch öffentlich artikulierte rechtsextreme Einstellungen, durch Parteien und Organisationen, durch Zeitschriften und andere Publikationen, durch Graffiti, Webpräsenzen und natürlich in sozialen Netzwerken, durch Wahlergebnisse, aber auch durch Musik und anderes.

Wie Sie meiner schriftlichen Stellungnahme entnehmen konnten, liegt einer meiner Forschungsschwerpunkte in der Analyse des Teils der sogenannten neuen Rechten, den man als akademischen Rechtsextremismus bezeichnen kann. Quantitativ gesehen ist das ein eher kleiner Bereich innerhalb des Gesamtspektrums rechtsextremer Erscheinungsformen, aber ein durchaus wirkmächtiger.

Die Akteurinnen und Akteure des akademischen Rechtsextremismus begehen selten Straf- und noch seltener Gewaltstraftaten, scheuen aber mittlerweile immer häufiger das Bündnis mit militanten Kräften nicht. Personelle Überschneidungen zwischen den Szenen haben meiner Wahrnehmung nach in den letzten Jahren zugenommen, zumindest sind sie öffentlich sichtbarer geworden. Rechtsextreme Studierende und Akademiker sind als künftige Multiplikatoren, Funktionäre rechtsextremer Parteien und Organisationen und oder Ideologieproduzenten und Publizisten wichtig für die rechtsextreme Szene.

Befasst man sich mit dem akademischen Rechtsextremismus, stößt man unweigerlich auf Burschenschaften und Burschenschafter des Dachverbandes Deutsche Burschenschaft, über die es immer wieder negative Schlagzeilen gibt. So titelte „Spiegel online“ am 15. Juni 2011, wenige Tage vor dem jährlich in Eisenach stattfindenden Burschentag: Burschenschafter streiken über Ariernachweis.

Der Konflikt innerhalb der Deutschen Burschenschaft hatte sich an der Frage entzündet, wer denn im Sinne des Art. 9 der Verfassung der Deutschen Burschenschaft als Deutscher gelten kann und wer nicht. In formaler Hinsicht ging es um die Interpretation des nicht erst seit 2011 kontrovers diskutierten sogenannten volkstumbezogenen Vaterlandsbegriffs nach Art. 9 der Verfassung des Verbandes, de facto aber um die Frage, ob und wenn ja, unter welchen Bedingungen die Deutsche Burschenschaft studierende deutsche und österreichische Staatsbürger mit Migrationshintergrund als Deutsche klassifiziert und damit als Mitglieder akzeptiert.

Migrationsströme und ethnische Vermischungen, die auch den Lebensraum der Deutschen nicht ausgelassen hätten, so hieß es in einem Abschlussbericht verschiedener

Regionalkonferenzen, die der Verband 2010 durchgeführt hatte, hätten die Frage aufgeworfen, ab wann Zugezogene als Mitglieder eines Volkes gelten. Hintergrund dieser Debatte war die Aufnahme deutscher Studenten mit Migrationshintergrund in einige wenige bundesrepublikanische Burschenschaften der Deutschen Burschenschaft. Dieses Verhalten hatte verbandsintern zu heftigen Konflikten bis hin zu rassistischen Beleidigungen und Ausschlussdrohungen geführt.

Aufgrund eines Antrags befasste sich dann auch der Rechtsausschuss der Deutschen Burschenschaft mit dieser Frage und kam zu der in meiner schriftlichen Stellungnahme ausführlich zitierten Auffassung, dass die deutsche bzw. österreichische Staatsangehörigkeit allenfalls ein Indiz dafür sein könne, inwiefern jemand tatsächlich Deutscher sei. Maßgeblich sei vielmehr die Abstammung von Angehörigen des deutschen Volkes, weshalb nur Bewerber, deren – so hieß es wörtlich – „familiäre Wurzeln schwerpunktmäßig im deutschen Siedlungsgebiet in der Mitte Europas oder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa liegen, aufgenommen werden können“.

Bei Zweifeln müsse der Rechtsausschuss prüfen, insbesondere in drei Fällen, erstens bei Bewerbern, die nicht dem deutschen Volk angehören, zweitens bei Bewerbern, deren Eltern nicht beide dem deutschen Volk angehören, und drittens bei Bewerbern, deren Eltern zwar deutsche Volksangehöriger seien, die aber selbst einem anderen Volk angehören, beispielsweise bei Adoptivkindern.

Das Öffentlichwerden dieses Gutachtens sowie einige Anträge für den Burschentag 2011 und auch späterer Burschentage lösten eine große Protest- und Empörungswelle innerhalb und außerhalb des Verbandes aus. Zahlreiche Austritte waren die Folge, sodass der noch 1984 mit mehr als 25.000 Mitgliedern zweitgrößte und prominenteste Dachverband stark geschrumpft ist, zumal der Skandal von 2011 nicht der erste war.

Seit 1980 sind ca. 100 Burschenschaften aus der Deutschen Burschenschaft ausgetreten. Die Zahl ihrer Mitglieder in den aktiven Burschenschaften und Altherrenhäusern ist auf geschätzt weniger als 5.000, offiziell auf 7.000 gesunken. Das heißt, die Deutsche Burschenschaft hat in den letzten 30 Jahren nahezu vier Fünftel ihrer Mitglieder verloren. Sie vertritt aktuell noch 66 Mitgliedsburschenschaften, davon 43 in Deutschland und 23 in Österreich.

In Hessen gibt es noch vier Burschenschaften: die Germania Kassel, die Germania Marburg, die Rheinfranken Marburg und die Normania-Leipzig zu Marburg. Die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia, die vom Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz seit einigen Jahren als Verdachtsfall geführt wird, wird zwar auf der Homepage des Verbandes noch in Gießen gelistet, hat ihren aktiven Betrieb allerdings im vergangenen Jahr mit der sogenannten Neugründung der Dresdensia-Leipzig nach Leipzig verlagert. Der Hausbauverein der Altherrenschaft betreibt das Gießener Haus jedoch als Studentenwohnheim weiter, Zeitungsberichten zufolge nach wie vor gemeinnützig.

Von den genannten vier Burschenschaften beteiligt sich nur die Burschenschaft Rheinfranken Marburg mit einem Antrag an der genannten Debatte. Eingbracht wurde er von Aktivitas und Altherrenschaft gemeinsam, und zwar als Kompromissvorschlag. Hier wurde gefordert, die Abstammung in Art. 9 der Verfassung der Deutschen Burschenschaft aufzunehmen. Außerdem sollte dieser um Formulierungen ergänzt werden, nach denen Bewerber nicht deutscher Abstammung nur bei vollendeter Assimilation an das deutsche Volk in eine DB-Burschenschaft aufgenommen werden können. Eine bloße Integration in die deutsche Gesellschaft reiche nicht aus; denn – so die Auffassung der

Burschenschaft Rheinfranken – das derzeit geltende Staatsangehörigkeitsrecht entspreche nicht der Überzeugung der Mehrheit der Burschenschaften.

Relevant für die Situation in Hessen als diese Stellungnahme und dieser Antrag der Rheinfranken ist der Verbandsvorsitz der Marburger Burschenschaft Germania im Geschäftsjahr 2015. Die Marburger Burschenschaft Germania inszenierte sich schon im Vorfeld als quasi revolutionäre avantgardistische Kraft, die sich dem Zeitgeist widersetzt und standhaft bleibt, koste es was, es wolle. Jenseits ihrer rhetorischen Inszenierungen, insbesondere in den sozialen Netzwerken, zeigte die Germania nicht zuletzt durch die von ihr verantworteten Ausgaben der „Burschenschaftlichen Blätter“, der Verbandszeitschrift der Deutschen Burschenschaft, wie gut ihre Akteure innerhalb der extremen Rechten vernetzt sind, national wie international.

Ich bin in meiner schriftlichen Stellungnahme ausführlich auf den Themenschwerpunkt „non konformes Europa“ eingegangen, das dergestalt aussah, dass eine Reihe neuer rechter Akteure nicht nur aus dem burschenschaftlichen Spektrum Anschlussmöglichkeiten für Burschenschafter aufzeigten. So ist es auch explizit benannt worden.

Positiv Bezug genommen wurde auf verschiedene rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien, Organisationen und Bewegungen in Deutschland und Europa. Besonders deutlich traten hierbei die Sympathien für die verschiedenen nationalen Sektionen der auch vom Hessischen Landesamt für Verfassungsschutz beobachteten sogenannten identitären Bewegung zutage, einerseits durch die Bezugnahme auf verschiedene Sektionen dieser Identitären, andererseits durch Funktionäre dieser Identitären als Autoren des Heftes.

Philip Stein, der in seiner Funktion als stellvertretender Sprecher der Deutschen Burschenschaft das Heft plante und der mittlerweile Leiter der Initiative „Ein Prozent für unser Land“ ist, ging sogar so weit, den Kultursprecher der neofaschistischen italienischen Casa-Pound-Bewegung zu interviewen. Die, wie es dort hieß, selbst ernannten Faschisten des dritten Jahrtausends hätten mit über 50 rechtsalternativen Jugendzentren und besetzten Häusern in ganz Italien, eigenen Kneipen, Restaurants, Buch- und Klamottenläden, Tonstudios sowie Kunstgalerien eine beeindruckende Welt erschaffen, von der Rechte in ganz Europa nur träumen könnten.

Alles in allem zeigt dieser Schwerpunkt exemplarisch erstens die engen Vernetzungen und personellen Überschneidungen von DB-Burschenschaften mit den Identitären, zweitens die von der Burschenschaft Germania Marburg in der Funktion als Vorsitzende Burschenschaft aktiv betriebene Vernetzung extrem rechter Kräfte in Europa, die als nonkonform verniedlicht werden. Er enthält drittens eine Reihe von theoretischen wie praktischen Überlegungen, die europäische Integration in Form der Europäischen Union ebenso zu zerstören wie die demokratischen Ordnungen der europäischen Nationalstaaten. Viertens werden Sympathien für einen Faschismus des dritten Jahrtausends artikuliert. Fünftens wird ein theoretischer wie praktischer Schulterschluss mit militanten Kräften praktiziert.

Es wundert nicht, dass solche und andere Debattenbeiträge und Aktivitäten zu heftigen Diskussionen innerhalb der Burschenschaften, aber auch in der Verbindungsszene insgesamt geführt haben. Neben zahlreichen Distanzierungen anderer Kooperationsverbände und der schon genannten Austrittswelle aus dem Verband gibt es seit 2011 sogar eine Initiative Burschenschafter gegen Neonazis.

Meines Erachtens ist deshalb eine Beobachtung der sich immer weiter radikalisierenden Deutschen Burschenschaft und ihrer Mitgliedsburschenschaften gerade auch in Hessen dringend notwendig.

Damit komme ich zum Ende. Das ist das, was kurzfristig notwendig ist. Mittel- und langfristig ist aus meiner Sicht die professionelle politische Bildung zu stärken, gerade und insbesondere in den Schulen. Mir wird relativ häufig von Studierenden berichtet, dass ihr Politikunterricht und oder der Politikunterricht an ihren Praktikumsschulen fachfremd durchgeführt wird. Sollte dieser Befund zutreffend, wäre das problematisch.

Meines Wissens gibt es keine empirische Studie, anhand derer man Auskunft erhalten könnte, in welchem Ausmaß Politikunterricht fachfremd unterrichtet wird. Meines Erachtens wäre eine solche Erhebung durch das Kultusministerium dringend notwendig, um Daten zu erhalten, die aufzeigen, inwieweit an dieser Stelle Professionalisierungsbedarf besteht. Denn eine fachlich kompetente und an der Aufklärung orientierte politische Bildung flächendeckend in den Schulen ist aus meiner Sicht die Minimalbasis für jegliche Extremismusprävention.

Herr **Dr. Becker**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, meine Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass Sie sehr offen zu diesem Thema heute eingeladen haben. Das gab mir die Freiheit, auch selbst einen Akzent setzen zu dürfen.

Sie wissen, das Beratungsnetzwerk arbeitet seit 2007 auch in Hessen. Die Zahl der Beratungsfälle steigt seitdem kontinuierlich. Eine wichtige Erkenntnis war von Anfang an – und das ist wichtig für die folgenden Ausführungen –: Unsere Beratungsarbeit und zunehmend natürlich auch die Anfragen nach Präventions- und Bildungsangeboten haben nicht in allen Fällen etwas mit Kontexten des organisierten Rechtsextremismus zu tun. Wenn wir von Rechtsextremismus in Hessen und in anderen Bundesländern sprechen, dann sind das oftmals sehr alltägliche Kontexte, in denen das Ganze stattfindet.

Das geht sehr gut einher – der Kollege Bundschuh hat ja schon auf die Studien hingewiesen – mit den verschiedensten empirischen Studien, die wir seit Anfang der 80er-Jahre in Deutschland kennen, die zeigen: In der ominösen Mitte der Gesellschaft sind Vorurteile wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus verbreitet, teilweise sehr stark verbreitet, mit allen Unterschieden, mit allen Fragen, die man auch an solche Studien stellen kann.

Seit einem Jahr, also seit der Aufnahme von Flüchtlingen erleben wir aber – und das ist meine zentrale These – einen fundamentalen gesellschaftspolitischen Wandel in diesem Land. Das abstrakte Einstellungspotenzial, das lange gemessen wurde, findet zunehmend eine physische Form und wird über dieses Thema gebunden. Ich möchte das anhand von einigen Beispielen deutlich machen.

Stellen Sie sich ein Stimmungsbarometer mit zwei Polen vor. Auf dem einen Pol engagieren sich Menschen, die offen für Veränderungen sind. Auf dem anderen Pol befindet sich die Abwehr von dieser Entwicklung oder gar Gewalt. Dazwischen – das ist immer wichtig, wenn man von Polen spricht – bewegen sich sehr viele Menschen mit Ängsten, Fragen und Sorgen. Das kann man manchmal nicht unterscheiden. Driftet das in Vorurteile ab? Es gibt insofern viele Fragen an die weitere gesellschaftliche Entwicklung in diesem Land.

Ich möchte das anhand unserer Beratungspraxis aufzeigen. Das ist seit zwei Jahren ein großer Schwerpunkt, nämlich die sogenannte proaktive Beratung von Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Dies möchte ich anhand von einigen Aspekten verdeutlichen. Ich hoffe, dass ich Ihnen damit ein Stück weit Einblick auf diese Thematik als ein wesentlicher Ausschnitt für dieses Thema bieten kann.

Der erste Aspekt von vielen Aspekten, die ich ansprechen möchte, ist eigentlich ein sehr positiver Aspekt, dem man nicht vergessen darf. Wir erleben seit einem Jahr ein unglaubliches Engagement von vielen Menschen. In jedem hessischen Dorf, in jeder hessischen Stadt und natürlich auch über die Landesgrenzen hinaus engagieren sich Menschen unterschiedlicher Herkunft bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Es gibt dazu sehr interessante Studien, die das untersuchen. Im vergangenen Jahr kam eine Studie von Berliner Kollegen zu dem Ergebnis, dass die Menschen das hauptsächlich deshalb machen, weil sie denken, dies sei eine Art Nothilfe. Man müsse helfen. Man müsse einen Beitrag leisten, damit die Menschen hier gut ankommen und damit das alles gelinge.

Es gibt eine sehr interessante Replikationsstudie, die jetzt veröffentlicht wurde. Dabei wurde nochmals nach den Motiven gefragt. Das Hauptmotiv der Ehrenamtlichen war: Wir machen gemeinsam mit anderen Menschen für andere Menschen etwas Sinnvolles.

Das heißt, wir erleben im Moment eine sehr starke Kraft, insbesondere auf kommunaler Ebene, die im Grunde genommen etwas zugespitzt in der Situation im vergangenen Herbst einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, bis die Kommunen und das Land so weit waren, damit es nicht so etwas wie einen „Staatsnotstand“ gibt.

Zunehmend merken wir aber in unserer Beratungsarbeit, dass diese Ehrenamtlichen Beschimpfungen und Anfeindungen ausgesetzt sind. Das beginnt morgens beim Bäcker. Das können aber auch Drohbriefe sein. Das ist also ein kleiner Parameter, auf den man achten muss.

Gehen wir einmal dieses Stimmungsbarometer weiter durch. Die sozialen Netzwerke spielen eine zentrale Rolle im Zusammenhang mit der Hasskriminalität. Im vergangenen Jahr wurden sogenannte Nein-zum-Heim-Seiten auch in Hessen geschaltet. Wichtig ist, dass es keinen Unterschied mehr gibt zwischen offline und online.

Derartige Seiten bei Facebook oder andernorts, die einen konkreten Ort zum Gegenstand haben, wo sich Menschen wehren, und zwar in einer Heftigkeit wehren, dass dort Einrichtungen eröffnet wurden, wirken sich so auf kommunale Verantwortungsträger aus, dass ein Bürgermeister dann fragt: Was mache ich denn mit solchen Stimmungen im Netz, wenn ich heute Abend eine Bürgerversammlung leiten muss? Was droht mir hier? Kippt mir hier etwas weg?

Den dritten Aspekt möchte ich nur ganz kurz ansprechen, da er auch schon mehrfach genannt worden ist. Das betrifft die Veränderung im Parteienspektrum, das Aufkommen der AfD. Wir hatten ja Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, aber auch Kommunalwahlen in Hessen. In allen Kreisen, in denen die AfD angetreten ist, sitzt nun die AfD im Kreistag. Wir haben neue Koalitionsfarben, unübersichtliche Suchbewegungen und hauchdünne Mehrheiten. Zudem haben wir – das zeigen auch Gespräche mit Kommunalpolitikern – eine große Unsicherheit: Wie gehen wir mit diesem Lokalpopulismus um, der uns in den Kreistagen droht? Wie reagieren wir darauf, wenn wir bei den komplexen Themen Flucht und Asyl keine einfachen Antworten geben können?

Der vierte Aspekt bezieht sich auf die Straf- und Gewalttaten. Im vergangenen Jahr – das zeigen die Zählungen des Bundeskriminalamts – sind Übergriffe gegenüber Flüchtlingen, gegenüber Flüchtlingsunterkünften fast um das Fünffache gestiegen. Auch in Hessen ist die Zahl von niedrigem Niveau aus stark angestiegen.

Aber nicht nur das ist besorgniserregend. Vielmehr muss man sich die konkreten Beispiele anschauen. Ich habe zwei Beispiele in meinem schriftlichen Statement genannt. Dabei geht es unter anderem nicht nur um die Bedrohung von Flüchtlingen bzw. um die Bedrohung von Flüchtlingsunterkünften, sondern es geht um die zunehmende Bedrohung von Kommunalpolitikern, von Journalisten, von Ehrenamtlichen und von anderen Personengruppen. Eine Umfrage der Zeitschrift „Kommunal“ unter 1.000 Bürgermeistern kam zu dem Ergebnis, dass fast 50 % der Befragten angegeben haben, dass sie selbst oder ihre Mitarbeiter bereits Drohbriefe bekommen haben.

Sie kennen die Beispiele aus Hessen, in denen Bürgermeisterin und Bürgermeister bedroht wurden. Wir saßen und sitzen gemeinsam mit Ihnen in Workshops zusammen zum Thema, was man tun kann, damit die Stimmung nicht kippt. Da sagt ein Bürgermeister zu mir: Wissen Sie, ich habe nur einmal einen solchen Brief bekommen, aber seit dem ist es wie eine Schere im Kopf. Wenn ich nach draußen gehe, wenn ich in eine Bürgerversammlung gehe und mit den Bürgern spreche, was kann ich dann noch sagen und was nicht mehr? – Es findet also auf perfide Art und Weise etwas statt.

Meine Damen und Herren, drei Thesen zum Schluss. Es ist ein komplexes Thema. Wir haben wenig Zeit heute. Der erste Punkt ist: Ich denke, dass die Aufnahme von Flüchtlingen als Megathema zeigt, dass es viele nicht erledigte Hausaufgaben in diesem Land gibt. Das Thema wirkt wie ein Katalysator. Themen wie der Umgang mit dem Islam, Themen wie die Integration, Themen wie der sozialer Ausgleich und vor allem Themen bezogen auf die Frage, wie wir in einer pluralisierten und individualisierten Welt zusammenleben wollen, was eine gemeinsame Identität ist, werden im Moment von anderen bearbeitet. Ich denke, hierauf muss man ein großes Augenmerk legen.

Die Beratungspraxis zeigt, dass die ganze Welt in einem Dorf stattfinden kann. Insbesondere die kommunalpolitischen Verantwortungsträger stehen manchmal unter Druck, alles vor Ort erklären zu müssen. Ein Stück weit müssen sie auch den Kopf dafür hinhalten. Sie müssen Verantwortung tragen und dabei die Waagschale halten. Sie müssen Offenheit anbieten für Menschen, die neu kommen. Sie müssen aber auch die anderen mitnehmen. Hier braucht es sehr viel Unterstützung.

Außerdem ist mir an dieser Stelle sehr wichtig, dass wir nicht nur nach den alten Schemata die Lage beurteilen sollten. Es gibt nicht nur Linksextremismus und Rechtsextremismus. Ich glaube, es gibt eine vertikale Linie, die wir einziehen müssen. Es zeigt sich die Tendenz, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich immer weniger von diesem politischen System vertreten fühlen. Die Angriffe gehen zum Beispiel auch gegen Sie als Landtagsabgeordnete. Hier liegt meiner Meinung nach eine wichtige Demarkationslinie. Wie gewinnt man Menschen zurück, die sich von diesem System nicht mehr vertreten fühlen?

Nun zum dritten Punkt. Wir richten uns sehr stark nach den Lauten. Das meine ich metaphorisch. Wir richten uns sehr stark nach denjenigen, die Krach schlagen, die meinetwegen die AfD wählen. Denken Sie aber auch an die sehr vielen Ehrenamtlichen, die dazu beitragen, diese Situation zu gestalten. Diese sind aber sehr leise. Mein Plädoyer ist, hier mehr zu unterstützen und diesen leisen Menschen auch eine Stimme zu geben.

Herr **Dr. van Hüllen**: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete und Zuhörer! Sie werden vielleicht meiner schriftlichen Vorlage die anscheinend widersprüchliche Aussage oder Tendenz entnommen haben, dass ich einerseits auf die Entwicklung im rechten politischen Spektrum mit einer gewissen Gelassenheit zu antworten empfehle, andererseits aber bestimmte Formen des Rechtsextremismus für einer verschärften Wachsamkeit würdig halte. Das klingt nach einem Widerspruch, entspricht aber nun einmal der Komplexität der Situation.

Der deutsche Rechtsextremismus war bisher im Kern ein sehr harter, nämlich ein völkisch-rassistischer Rechtsextremismus. Er war und ist in dieser Form gesellschaftlich isoliert, ausgegrenzt und geächtet. Die stark gesteigerte Aufmerksamkeit, die wir im Vergleich zu anderen europäischen Ländern diesem Phänomen widmen, hat etwas mit unserer Geschichte zu tun. Ich bin eigentlich sehr stolz darauf, dass wir in Deutschland fast flächendeckend die Idee vertreten, dass wegen der deutschen Vergangenheit die Existenz von antisemitischen und völkisch-rassistischen Kräften an sich eine moralische Unerträglichkeit darstellt.

Andererseits hatten wir in Deutschland bisher keine rechtspopulistische Partei von nennenswerter Konsistenz und Dauer. Damit scheint es vorbei zu sein. An dieser Frage kann man feststellen, dass sich die deutsche Realität jetzt dem europäischen Standard angepasst hat. Das muss man nicht gut finden. Ich glaube aber, es ist sinnvoll, wenn wir zur Beurteilung der Situation in der Realität ankommen.

Umgekehrt ist allerdings – das kann man den Zahlen entnehmen, insbesondere den Straftatenzahlen – der harte Rechtsextremismus ein Stück weit aufgewachsen. Man könnte mit einiger Vorsicht sagen, dass wir vielleicht vor einem neuen Zyklus einer Konjunktur von Rechtsextremismus stehen, die einige Jahre anhalten könnte, je nachdem, auf welchen Faktoren diese beruht. Bei den Faktoren sind drei in Rechnung zu stellen.

Zum einen sind es die endogenen Faktoren, die Rechtsextremismus steuern. Das betrifft die eigenen Machtmittel im weitesten Sinne. Diese sind schwächer geworden. Seit dem Wegfall der letzten NPD-Fraktion im Landtag von Schwerin am Sonntag sind sie nochmals schwächer geworden. Potente Finanzgeber sind nicht erkennbar. Das intellektuelle Potenzial ist – um es vorsichtig zu sagen – bescheiden.

Was für ein großes Glück: Wir haben auch nicht die Situation, dass wir einen charismatischen Politiker oder Führer in dieser Szenerie finden könnten. Ganz im Gegenteil. Wenn etwas zuverlässig ist, dann ist es in dieser harten rechtsextremistischen Szene gewissermaßen der ständige Kampf der kleinen Führer gegeneinander. Die endogenen Faktoren und Bedingungen sind also relativ schwach ausgeprägt.

Was die exogenen Bedingungen angeht, so bleibt die gesellschaftliche Ächtung erst einmal stabil. Elektoral – das wissen wir auch – geht vom harten Rechtsextremismus des Typus NPD praktisch keine Bedrohung mehr aus. Ganz im Gegenteil. Das Aufwachsen des Rechtspopulismus hat nämlich zu einer Konkurrenz geführt, die die tatsächlichen Rechtsextremisten dazu zwingt, sich noch schärfer zu positionieren. Damit isolieren sie sich noch stärker, als sie es schon bisher getan haben. In dieser Hinsicht ist dies also eine ideologische Zuspitzung.

Entscheidend für das Verhältnis, das von außen auf den Rechtsextremismus einwirkt, ist allerdings auch, ob die neue rechtspopulistische Partei Rechtsextremisten in ihrer Mitte Wirkungsmöglichkeiten einräumt. Dazu kann man bisher relativ wenig sagen. Es gibt Anhaltspunkte in die eine oder andere Richtung. Ich war in der vorigen Woche in Meck-

lenburg-Vorpommern und habe da so einiges gehört über Kontakte, die – man könnte es vorsichtig sagen – relativ unappetitlich klingen. Das ist offen. Das war immer offen bei neuen Parteien. In diese strömen alle möglichen Kräfte. Je nachdem, wie gefestigt eine solche Organisation ist, kann das Ergebnis ein günstiges sein oder ein für die Demokratie ungünstiges Ergebnis.

Faktor Nummer drei sind die Gelegenheitsstrukturen. Sie sind tatsächlich der echte Treiber des heutigen Aufschwungs im Bereich des Rechtsextremismus. Dazu zählt natürlich in erster Linie die Migrationspolitik, weil sie den ideologischen Kern des Rechtsextremismus scheinbar bestätigt. Nationalismus, Xenophobie in den härteren Teilen, Rassismus. Genau das ist sozusagen der Kern des rechten völkisch-rassistischen Rechtsextremismus.

Wenn sich die ökonomischen und sozialen Belastungen durch die Zuwanderung für die Bevölkerung bemerkbar machen, wenn das Gefühl einer inneren Sicherheit schwindet, dann haben wir günstige Gelegenheitsstrukturen. Ich denke, das wird eine Weile so bleiben.

Die islamistisch motivierte Gewalt ist dabei nur ein Faktor, meiner Ansicht nach ein nachgeordneter Faktor.

Somit bin ich beim zweiten Teil meiner Ausführungen. Dies betrifft die Frage, an welcher Stelle wir besonders aufmerksam sein müssen. Die Gefahr rechtsterroristischer Zuspitzungen ist nach meinem Dafürhalten keineswegs gebannt. Zwar ist der NSU in seiner ganz speziellen Konstellation Geschichte, aber das Gedankengut, das diese Leute motiviert hat, nämlich der sogenannte White-Power-Rassismus, der sich in eine Situation hineinimaginiert, in der die weiße Rasse weltweit vor einem Entscheidungskampf steht, dem man nicht ausweichen könnte, dieses Gedankengut ist ja nicht aus der Welt. Im Gegenteil, wir haben das Phänomen, dass in einer kleinen isolierten Szenerie diese Treiber weiter wirksam werden.

Schauen Sie sich einmal die Wirkungsmechanismen von Terrorismus im allgemeinen Sinne an. Demnach ist Terrorismus auch eine Kommunikationsstrategie. Eine solche kleine Szene, die ein isoliertes Ziel hat – White Power, Endkampf um die Herrschaft auf der Welt –, wird jetzt sehen, dass sie in einer Minderheitenposition ist, sich gleichzeitig aber als Wissende wähnt und daraus die Idee ableitet, es gelte, eine Botschaft zu senden. Das war immer die Kommunikationsstrategie von Minderheiten, die sich terroristisch eingelassen haben.

Das bedeutet, dieses Feindbild existiert, und die Voraussetzungen für eine terroristische Zuspitzung sind jedenfalls abstrakt gegeben. Deswegen muss die Frage des Rechtsextremismus in seiner gewalttätigen Form auf der Prioritätenliste der Sicherheitsbehörden ziemlich weit oben bleiben, sicherlich hinter dem islamistischen Terrorismus, aber nicht sehr weit dahinter.

Wir benötigen dazu allerdings einen mentalen Paradigmenwechsel in der Politik und auch in den Sicherheitsbehörden, damit wir uns dieser Herausforderung auch in der gleichen Gründlichkeit stellen können, wie dies die anderen europäischen Staaten tun.

Wir haben eine Reihe von Reformen in den Sicherheitsbehörden hinter uns. Die meisten davon sind auch zielführend gewesen. Aber das, was neu geschaffen wurde, krankt leider an drei typisch deutschen Fehlern. Geblieben ist eine gesellschaftliche Misstrauenskultur, die verbreitet davon ausgeht, dass die Gefahren für die Gesellschaft nicht



etwa von Terroristen ausgehen, sondern von den eigenen Sicherheitsbehörden – unterschwellig oder nicht. Das ist immer noch vorhanden.

Es gibt zweitens einen Hang zur Bürokratisierung, der diejenigen Kräfte in Polizei und Nachrichtendiensten beschäftigt mit formalen und administrativen Aufgaben. Damit werden auch diejenigen Köpfe beschäftigt, die eigentlich etwas ganz anderes zu tun hätten.

Es gibt drittens die Tendenz einer rechtlichen Überregelung mit dem Ergebnis, dass häufig genug parlamentarische Verbesserungen, die in Gesetzesform gegossen werden, von der Justiz anschließend entweder wirkungslos gemacht oder komplett zurückgenommen werden. Ich denke, das müssen wir überwinden. Dazu können auch Parlamente beitragen.

Letzten Endes darf man auf eine Angelegenheit nicht verzichten hinzuweisen. Bei der Bevölkerung kommen subjektiv Machtlosigkeit von Sicherheitsbehörden und die von mir beschriebenen Phänomene als gesteigertes Gefühl einer subjektiven Unsicherheit an. Das heißt, wie auch immer die Situation tatsächlich aussieht, davon profitiert natürlich der Rechtspopulismus, aber gefühlte sind die Menschen unsicher. Sie wissen sicher ganz gut, was passiert, wenn sich der deutsche Wutbürger in irgendeiner Form bedroht fühlt. Er tritt dann aus. Nach aller Erfahrung tut er das nach rechts.

Herr **Kemper**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Parlamentarier, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Einladung. Ich habe nach der Durchsicht der Stellungnahmen festgestellt, dass kaum auf die AfD eingegangen worden ist. Deswegen möchte ich meiner mündlichen Stellungnahme kurz etwas zur AfD vorwegschicken. Dabei werde ich speziell eingehen auf Björn Höcke als Vertreter der völkisch-nationalistischen Strömung der AfD.

Es ist wichtig, auf die AfD einzugehen, weil sich die AfD selbst innerhalb Europas, innerhalb der europäischen Rechten im Sinne von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus verortet. Sie ist im Europäischen Parlament in beiden rechten Fraktionen vertreten, in der EFDD und der ENF, um noch in diesem Jahr eine gemeinsame Fraktion aller rechten Parteien zu bilden. Außerparlamentarisch gibt es den Zusammenschluss der blauen Allianz, einen Zusammenschluss von FPÖ und AfD. Außerdem gibt es die Zusammenarbeit „Patriotischer Frühling“, einem Zusammenschluss von FPÖ, Front National, AfD und Lega Nord. Europäisch gesehen verortet sich die AfD genau dort.

Ideologisch gesehen finden sich in der AfD drei unterschiedliche Strömungen, denen die Forderung nach mehr Ungleichheit gemeint ist und denen die parteipolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland ein Dorn im Auge ist.

Die neoliberale Strömung konstatiert einen Widerspruch zwischen unternehmerischer Freiheit und Demokratie. Hier sei zum Beispiel verwiesen auf Konrad Adams Artikel „Wer soll wählen?“ in der „Welt“ im Jahr 2006.

Die antisäkulare christlich-fundamentalistische Strömung will mehr Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Hier findet sich ein Übergangsfeld zu monarchistischen Kreisen und zu den Reichsbürgern.

Schließlich gibt es noch die völkisch-nationalistische Bewegung, auf die ich jetzt eingehen möchte. Mit Unterstützung der AfD wird versucht, eine national-völkische Bewe-

gung aufzubauen. Bestandteile sind zum Beispiel die Erfurter Demonstrationen von Björn Höcke in Erfurt, Pegida und identitäre Bewegung. Hierzu gibt es aktuell Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen vom Höcke-Spektrum oder in Hessen den Herkules-Kreis.

Zentrale Identifikationsfigur ist der hessische Geschichtslehrer und Landesvorsitzende und Landesfraktionschef der AfD in Thüringen, Björn Höcke. Höckes Ideologie kann als faschistisch eingestuft werden. Ich habe dazu eine 150 Seiten umfassende Expertise verfasst, in der ich Zitate von Björn Höcke ausgewählt habe. Er möchte auf ultranationalistische Grundlage einen fundamentalen Systemwechsel anstreben. Er sieht entsprechend die AfD als fundamental-oppositionelle Bewegungspartei.

Besonders bedenklich ist die Zusammenarbeit zwischen Björn Höcke und dem militanten und mehrfach vorbestraften Neonazi und NPD-Kader Thorsten Heise, dessen Name sich bekanntlich durch NSU-Akten zieht. Es gibt eine Vielzahl erklärungs- und aufklärungsrelevanter Verbindungen von Björn Höcke zu einer rechtsextremen Person, die 2011 und 2012 unter dem Pseudonym Landolf Ladig im national-völkischen Magazin von Thorsten Heise publiziert hat.

Der erste Artikel der 2011 von Landolf Ladig basiert auf einem Leserbrief von Björn Höcke aus dem Jahr 2008. Björn Höcke war zu diesem Zeitpunkt Geschichtslehrer. In diesem Artikel wird der identitären Systemopposition empfohlen, sich auf den Führungsanspruch einer erwarteten Revolution vorzubereiten, um die NS-Wirtschaftspolitik auf rasenbiologischer Grundlage wiederherzustellen. Landolf Ladig verweist auf aufpotenzierte Krisendynamiken, die die Einführung einer organischen Marktwirtschaft nach dem Systemsturz, nach der Revolution ermöglichen würden.

Eine Internetrecherche von mir ergab, die Wortkombination „aufpotenzierte Krisendynamiken“ und die Wortkombination „organische Marktwirtschaft“ findet sich ausschließlich bei Landolf Ladig und drei Jahre später bei Björn Höcke. Sonst gibt es diese Wortkombination nicht. Das ist erklärungsrelevant.

Nur in Ladigs und Höckes Texten wird der Titel des Buches „Der deutsche Genius“ in einer bestimmten Weise wiedergegeben, nämlich Genius der Deutschen. Das heißt, sowohl Ladig als auch Höcke zitieren falsche Bücher. Nur die beiden machen das.

Ladig und Höcke streben eine populationsökologische Postwachstumsökonomie an und verwenden beide in ihren Texten – beide haben nicht viel publiziert, von Landolf Ladig gibt es nur zehn Seiten, Höcke ist auch kein Vielschreiber – außergewöhnliche Vokabeln wie Homöostase, Perturbation, Entelechie, Entropie, Vernutzung usw. Dies sind Begrifflichkeiten, die ich im Lexikon nachschlagen muss, um zu wissen, was das überhaupt ist.

Höcke gab laut Dieter Stein, dem Herausgeber der „Jungen Freiheit“, ab 2007 öffentlich nur unter Pseudonym schreiben zu wollen, weil er Lehrer ist und deswegen schon einmal Ärger bekommen hat. Seit Höcke 2013 in die Parteipolitik ging, gibt es das Pseudonym Landolf Ladig nicht mehr. Die Person ist quasi verschwunden.

Im letzten Text von Ladig wird Björn Höckes Wohnhaus beschrieben. Höcke und Heise leben in Nachbardörfern und haben zugegeben, dass sie sich getroffen haben und dass sie sich kennen.

Nachdem die ersten Überzufälligkeiten in dieser Sache im Frühjahr 2015 publik gemacht wurden, hat der alte Bundesvorstand unter Bernd Lucke – im Jahr 2015 sind die ganzen

Wirtschaftsprofessoren mehr oder weniger aus der AfD herausgeflogen – Björn Höcke aufgefordert, mich anzuzeigen und eine eidesstattliche Erklärung abzugeben, dass an diesen Sachen nicht dran sei.

Björn Höcke hat dies verweigert. Es gab dann ein Amtsenthebungsverfahren gegen Björn Höcke. Dann sind Bernd Lucke usw. aus der Partei ausgetreten. Poggenburg, ein Verbündeter von Höcke, hat sich dann ins Schiedsgericht wählen lassen und hat die Sache beendet. Seither wird diese Sache nicht mehr aufgegriffen.

Dies alles verweist meiner Meinung nach auf eine Identität zwischen Höcke und Ladig. Wenn es diese Identität nicht gibt, müsste erklärt werden, wie es zu diesen Überzufälligkeiten kommt. Aber auch dann ist sicher, dass es eine Verbindung gibt zwischen Ladig und Höcke. Die ganzen Überzufälligkeiten zeigen das.

Das heißt, Höcke baut seither eine Bewegung auf, und zwar in der Hoffnung auf tausend Jahre Deutschland – Zitat – „an an den Mythen des Deutschen Reichs“ anknüpfend. Die AfD sei die letzte evolutionäre bzw. friedliche Chance für Deutschland. Er prognostiziert einen Bürgerkrieg und dass Deutschland durch ein tiefes Tal der Tränen gehen werde. Eine „Tatelite“ müsse die entartete Politik, die entartete Finanzwirtschaft und die perverse Geisteskrankheit Gender Mainstream stoppen bzw. vertreiben, um zu verhindern, dass der afrikanische Ausbreitungstyp den mittlerweile dekadent gewordenen europäischen Platzhaltertyp überrenne.

In diesem Zusammenhang droht Höcke der Bundespolizei, sie würde später zur Rechenschaft gezogen werden, wenn sie weiterhin den Vorgesetzten, den sogenannten Deutschlandaabschaffern folgten.

Das Ganze zusammengenommen ist meiner Meinung nach nicht nur eine faschistische Tendenz. Sie hat tatsächlich neonazistische Tendenzen. Ich denke, das müsste genauer beobachtet werden. Höcke ist nach wie vor Lehrer in Hessen. Er ist nur beurlaubt. Das heißt, auch da müsste etwas passieren.

Abg. **Holger Bellino**: Nach den letzten Zitaten muss man sich zunächst einmal etwas erholen; denn das ist schon eine ganz besondere Wortwahl. Sie haben das aber auch entsprechend kommentiert.

Ich habe vier Fragen. Beginnen möchte ich mit einer Frage an Herrn Dr. Becker. Sie haben davon gesprochen – so habe ich es zumindest verstanden –, dass man sich nicht so sehr mit Links- und Rechtsextremismus und mit der Trennlinie zwischen beiden befassen solle. Vielmehr haben Sie von einer vertikalen Linie gesprochen, die einzuziehen sei. Vielleicht können Sie konkretisieren, was Sie darunter verstehen und vor allem, was das für uns in der Politik bzw. in der Exekutive bedeutet.

Unter den leisen Menschen verstehe ich diejenigen Menschen, die sich für unsere Grundordnung engagieren. Diese Menschen kümmern sich in diesem Zusammenhang auch um Flüchtlinge, um diesen Menschen eine Stimme zu bieten. Was kann man über das hinaus, was wir bereits getan haben, in diesem Bereich noch tun?

Was kann man einem Bürgermeister bzw. einem Kommunalpolitiker raten, damit die Stimmung vor Ort nicht kippt? Dies ist insbesondere dann eine Gefahr, wenn weitere Flüchtlinge kommen sollten oder Flüchtlinge weiter aufgeteilt werden.

Herr Kemper hat von drei Strömungen in der AfD gesprochen. Können Sie prozentual hinterlegen, wie stark diese Strömungen sind? Haben Sie Erkenntnisse, wie sich die einzelnen Strömungen hinsichtlich ihres Organisationsgrades und ihres Einflusses auf die AfD darstellen? Können Sie dazu bereits etwas sagen?

Herrn Dr. van Hüllen würde ich gerne fragen, wie er im Kontext des Verfassungsschutzes den Einsatz von V-Leuten einschätzt. Wie bedeutsam ist das?

Meine letzte Frage richtet sich an Herrn Professor Backes, der Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gegeneinander abgewogen hat. Wo verläuft Ihres Erachtens die Trennlinie? Wann wird aus Rechtspopulismus Rechtsextremismus? Haben Sie Erkenntnisse darüber, wie sich das im Zeitablauf in dem einen oder anderen Fall konkret entwickelt hat?

Abg. **Lisa Gnadt**: Herr Kemper, Sie haben sehr ausführlich über Herrn Höcke geschrieben und sind auch in Ihrer mündlichen Stellungnahme darauf eingegangen. Mich interessiert, welche Rolle Höcke und sein politisches Umfeld in Hessen spielt. Vielleicht könnten Sie diesen Aspekt noch einmal näher beleuchten. Wie schätzen Sie die hessische AfD im bundesweiten Kontext ein?

Herr Dr. Becker, Sie haben das Stimmungsbarometer und die damit verbundenen Verschiebungen geschildert. Würden Sie sagen, dass durch diese Stimmungsveränderung die Rechtsextremen deutlich selbstbewusster auftreten und gestützt sind durch den Rechtspopulismus in der gesellschaftlichen Mitte? Wie würden Sie die Reaktion der Bevölkerung beschreiben? Sehen Sie vor Ort eher eine Hilflosigkeit und eine Lähmung, oder haben Sie den Eindruck, dass das zivilgesellschaftliche Engagement stark genug ist, um vor Ort entsprechend darauf zu reagieren? Was ist aus Ihrer Sicht aufgrund dieser Stimmungsveränderung, die Sie beschrieben haben, insbesondere vonseiten des Landes notwendig? Müsste noch ein größerer Fokus als bisher auf den Präventionsbereich gelegt werden? Bedarf es einen größeren Fokus auf den Bereich der politischen Bildung, wie wir es heute auch schon gehört haben? Sehen Sie die Bausteine schon umgesetzt, oder sind Sie der Meinung, dass andere Dinge seitens des Landes noch stärker in den Fokus gerückt werden müssen?

Frau Dr. Kurth, welche Rolle spielt der akademische Rechtsextremismus, den Sie beschrieben haben, auch im Zusammenhang mit den Burschenschaften, in Hessen? Wo gibt es konkrete Überschneidungen im Bereich des Rechtsextremismus und des – – Sie haben gesagt, ein Bündnis mit den Radikalen werde nicht mehr gescheut. Können Sie konkrete Anhaltspunkte für die hessische Situation liefern?

Da Sie den akademischen Rechtsextremismus beschrieben haben, würde ich gerne von Ihnen wissen, ob es zu kurz greift, wenn man sagt, dass die rechte Ideologie ein Ausfluss wirtschaftlicher Not sei. Insbesondere der Bereich des akademischen Rechtsextremismus zeigt, dass das nicht immer mit wirtschaftlicher Not zusammenhängt. Vielleicht können Sie zu diesem Themenkomplex noch etwas sagen.

Abg. **Jürgen Frömmrich**: Ich habe eine Frage an Herrn Becker, der eingegangen ist auf das Engagement und die wichtige Rolle, die Ehrenamtliche im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise gespielt haben. Dies betrifft auch die Frage des Rechtsextremismus und die Frage fremdenfeindlicher Übergriffe usw. Dieser Bereich des ehrenamtlichen Engagements wird weiterhin gebraucht, auch wenn die Flüchtlingszah-

len zurückgehen. Wie kann man diesen Bereich stärker unterstützen? Welche Hilfen kann man diesen Menschen anbieten?

Außerdem möchte ich Herrn Becker bitten, noch etwas auszuführen zur Wirkung der Präventionsprogramme, die wir hier in Hessen aufgelegt haben. Welche weiteren Schwerpunkte müssen wir in diesem Bereich setzen? In vielen der eingereichten Stellungnahmen habe ich gelesen, dass auch der Bereich Social Media eine Rolle spielt. Dies betrifft insbesondere Hasskommentare und anderes. Kann man deshalb in diesem Bereich eine stärkere Präventionsschiene einbauen? Was könnte man aus Ihrer Sicht da noch einbauen?

Herr Dr. van Hüllen hat ausgeführt, dass er der Auffassung ist, dass von der NPD keine Bedrohung mehr ausgeht. Welche Auswirkungen hat das auf das NPD-Verbotsverfahren? Das könnte man jetzt fragen. Das werden Sie aber nicht beantworten können.

Wenn man davon ausgeht, dass davon keine Bedrohung mehr ausgeht, dann frage ich Sie: Wie schätzen Sie die verstärkt zu beobachtende Zusammenarbeit der Rechtspopulisten in der AfD mit der NPD ein? Wie steht es um die personellen Verquickungen, die es da gibt? Hierzu haben wir von Herrn Kemper einige Ausführungen gehört. Insofern hätte ich gerne eine Einschätzung von Ihrer Seite dazu. Vielleicht sagen Sie auch etwas zur Zusammenarbeit der AfD, der NPD und des Bereichs der identitären Bewegung. Vielleicht können Sie noch etwas zur identitären Bewegung und zur Unterfütterung der AfD aus diesem Bereich sagen. Vielleicht kann auch Frau Dr. Kurth etwas dazu sagen.

Abg. **René Rock:** Es sind zwar schon einige Fragen gestellt worden, aber es bleibt vielleicht noch die eine oder andere Frage oder eine Ergänzung zu einer Frage übrig.

Herrn Dr. van Hüllen möchte ich fragen nach der Personenidentität zwischen der AfD und der NPD. Als Kommunalpolitiker kennt man ja die Gesichter. NPD, Republikaner und wie die alle hießen. In der AfD sind nun dieselben Leute, und es gibt dasselbe Gedankengut. Die Strukturen werden relativ schnell politisch erfasst. Diese Personen bringen sich sehr schnell in die Position eines Fraktionsvorsitzenden. Das sind die Leute, die NPD-Karrieren hinter sich haben. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Herr Dr. Becker, Sie haben die Radikalisierung angesprochen, die sich zunächst einmal verstärkt im Internet abbildet. Welche Erkenntnisse haben Sie, dass es über das hinaus geht, was im Internet stattfindet? Wie stark gehen diese Radikalisierungen über die reine Meinungsäußerung hinaus? Wir haben leider immer wieder Hinweise darauf, dass es zu mehr kommt als nur zu einem Hasskommentar oder einem Brief.

Herr Professor Backes, an Sie habe ich noch eine Frage im Hinblick auf die Berichterstattung. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf die Berichterstattung über die rechten Initiativen und Parteien hingewiesen. Sie haben außerdem dargestellt, wie dies durch die öffentliche Berichterstattung befördert wird. Welche Vorschläge haben Sie, wie man das weniger hilfreich gestalten könnte für diese rechten Vereinigungen wie zum Beispiel für die AfD?

Abg. **Barbara Cárdenas:** Frau Dr. Kurth, Sie haben viel zu den Burschenschaften gesagt. Ich kann mich noch gut an die 70er-Jahre erinnern, als wir das bereits als ein Phänomen

im rechtsradikalen Ambiente angesehen haben. Ich habe in Münster studiert. Darin haben wir damals schon eine veritable Gefahr gesehen.

Wie verhält sich diese Szene, vor allem diese völkisch-neonazistische Szene, unter den Burschenschaftlern gegenüber der AfD, auch gegenüber Pegida und anderen Bewegungen? Gibt es hierbei auch Überlappungen, beispielsweise personelle Überlappungen?

Wie hoch ist eigentlich das Gefährdungspotenzial einzuschätzen? Sie haben ja gesagt, es gebe immer weniger Mitglieder, die aber gut vernetzt seien, auch über die neuen Medien, vielleicht auch europaweit. Welche Rolle spielen diese Burschenschaften aktuell überhaupt noch?

Vielen Dank auch für den Hinweis auf den möglicherweise fachfremden Politikunterricht. Dem werden wir sicher genau nachgehen. Als bildungspolitische Sprecherin möchte ich das auch deutlich machen.

Herr Dr. Becker, ich fand es sehr spannend, was Sie erzählt haben. Insbesondere für die engagierte Arbeit vor Ort möchte ich Ihnen danken. Ich habe zwei Nachfragen.

Ist es wirklich so, dass 50 % aller Bürgermeister Drohungen erhalten haben? Habe ich Sie da richtig verstanden? Ich weiß von Bürgermeistern aus meiner Umgebung, dass es dieses Gefühl gibt.

Wie soll man dem auf der lokalen bzw. kommunalen Ebene begegnen? Wir haben beispielsweise in Dietzenbach ein überparteiliches Bund-statt-braun-Bündnis gegründet. Ist das etwas, um der momentan in allen Kommunalparlamenten sitzenden AfD etwas entgegenzusetzen?

Darüber hinaus haben Sie dargestellt, dass Journalisten, aber auch Landtagsabgeordnete bedroht werden. Das erleben wir auch. Flüchtlingsinitiativen werden bedroht. Wie schätzen Sie die Gefahr im Landtag ein? Wie sollten wir eigentlich solchen Bedrohungen und Nachstellungen entgegentreten?

Herr Kemper, Sie haben deutlich dargestellt, dass es historisch unterschiedliche Entwicklungen gegeben hat und dass es bei der AfD verschiedene Strömungen gibt. Ist dieser stark völkisch bis fast faschistoid geprägte Teil eigentlich noch mit dem Grundgesetz vereinbar? Denken Sie, dass man auch in die Richtung eines Verbots gehen sollte? Gleiches gilt für den sogenannten libertären Flügel in der AfD. Stellt sich auch da die Frage nach der Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz?

Herr **Dr. Becker**: Herr Bellino, Sie baten um ein kurzes Statement zu der These, dass die Demokratie an einer bestimmten Stelle kippt. Wir wissen aus unterschiedlichen Studien – leider haben wir für Hessen keine Zahlen –, dass die Zustimmungswerte bei repräsentativen Studien zur parlamentarischen Demokratie rückläufig sind. Das kann man koppeln – das ist auch im Rahmen einiger Studien gemacht worden – mit der Verbreitung von Vorurteilkulturen.

Ich denke, wir kennen dieses Phänomen schon lange. Wir erkennen diese Studien schon lange. Wir kennen schon lange das Phänomen der Nichtwähler. Derzeit erleben wir das wieder. Wir haben keine sinkende Wahlbeteiligung sondern eine steigende Wahlbeteiligung. Insofern finden neue Bindungen statt.

Schauen wir uns einmal diese beiden Pole und außerdem an, was wo wegkippt. Schauen wir uns einmal den Rechtspopulismus an. Auch über Deutschland hinaus ist dies ein Stück weit die Abkehr, die Polarisierung zwischen denen da oben und denen da unten. Das ist ein sich wenden gegen politische Eliten gleich welcher Partei. Das sind dann sozusagen die Systemparteien. Das ist ein Abwenden von der EU, bei aller Kritik, die man anbringen kann. Das ist teilweise ein Ablehnen des politischen Systems.

Hier werden jetzt ein Stück weit Angebote gemacht, und das ist der Unterschied. Menschen gehen jetzt wieder zur Wahl, wählen aber eine andere Partei. Die Wählerwanderung bezieht sich nicht nur auf die Nichtwähler, sondern ziehen Wähler aus allen Parteien heraus. Das wissen Sie viel besser als ich. Das zeugt ja davon, dass ein Angebot gemacht wird, das teilweise in seiner Zuspitzung nicht mehr dem entspricht, was Konsens war.

Dies konnte man sehr gut anhand der verbalen Zuspitzungen in Dresden beobachten. Das ist eine Besonderheit. Wir hatten in Hessen keine großen Pegida-Demonstrationen. Es gab aber auch hier entsprechende Versuche. Schauen Sie sich aber einfach nur einmal die Sprache an, die in Dresden verwendet wurde, mit der Menschen mobilisiert wurde. Studien zeigen, dass die Menschen nicht auf die Straße gegangen sind aufgrund der Angst vor der Islamisierung des Abendlandes. Das stand erst an dritter oder vierter Stelle. Dies war Ausdruck einer grundlegenden Unzufriedenheit mit dem politischen System.

Das sind viele Versatzstücke. Ich bin überzeugt davon, dass man jetzt darauf achten muss. Jetzt ist die Zeit, darauf zu achten, weil wir uns ansonsten sehr stark an Diskurse gewöhnen, die wir vielleicht im Moment noch nicht für möglich halten.

Das Bild der leisen Menschen bezog sich auf das Ehrenamt. Dazu haben Sie einige Fragen gestellt. Sie haben gefragt, was man da machen könne. Dieses Ehrenamt bezieht sich ja nicht – um einmal ein Beispiel zu nennen – auf eine Stimme für oder gegen Windkraftanlagen. Das ist ein großes Thema in Hessen. Dafür kann man sich engagieren. Man kann sich auch gegen die Schließung eines kommunalen Schwimmbades engagieren. Das kann man auch sehr emotional machen.

In Hessen und andernorts engagieren sich aber Menschen für andere, die mit einer Fluchterfahrung hierher kommen, die teilweise traumatisiert sind. Diese Menschen sind nun da, und das ist alles nicht einfach. Ich nehme jetzt nur einmal die Perspektive der Ehrenamtlichen ein. Es gibt Menschen, zu denen man eine Beziehung aufgebaut hat, die dann abgeschoben werden. Diese Menschen sind dann von heute auf morgen weg. Dann kommt es zu Anfeindungen usw. Insofern ist das eine hoch anspruchsvolle Arbeit.

Bei all dem, was die Kommunen leisten, auch bei der Betreuung dieser Ehrenamtlichen, fehlt aus unserer Sicht oft ein Angebot – in Führungszeichen – der Supervision für solche Ehrenamtsgruppen. Dafür gibt es in der Fläche schlicht und ergreifend keine Mittel. Im Moment machen wir ein kleines Pilotprojekt in einem Landkreis, weil wir sehen, dass es die Notwendigkeit gibt, weil es eine harte Arbeit ist. Diese Menschen machen, machen und machen, teilweise bis zur Erschöpfung. Viele wenden sich gar nicht ab, wie es erwartet wurde. Sie bleiben also engagiert.

Das heißt, an dieser Stelle ist es durchaus angebracht, Unterstützungsangebote in Erwägung zu ziehen. Natürlich wird man das nicht in der Fläche darstellen können. Es sind aber Angebote notwendig, die mehr über die Einzelfälle hinausgehen.

Die Bürgermeister sind damit konfrontiert, wie man Landes-, Bundes- und EU-Politik umsetzt. Dabei geht es um Geld. Dabei geht es um Zuständigkeiten. Das bekommen wir in den Gesprächen natürlich mit. Die uns gestellten Fragen zielen natürlich darauf ab, wie das im sozialen Nahraum wirkt. Das ist natürlich eine emotionale Gemengelage. Menschen nehmen möglicherweise wahr – in Hessen gab es das Gott sei Dank nur in wenigen Fällen –, dass Turnhallen temporär geschlossen oder andere kommunale Angebote nicht ausgebaut werden. Außerdem sind in den Kitas nicht genügend Plätze da. Das muss ich Ihnen alles nicht erzählen. Das heißt, mit diesen Stimmungslagen muss man jonglieren.

Wenn es zu Bedrohungen kommt, braucht es einfach einen Unterhaken über die Parteigrenzen hinaus. Da braucht es Solidaritätskundgebungen vielleicht auch aus diesem Haus. Man darf sie nicht alleine stehen lassen. Es gibt Fälle, bei denen Bürgermeister bedroht wurden. Als erste schnelle Hilfe wurde vorgeschlagen, alle ins Boot zu holen und bei allen offenen Fragen zu sagen, dass eine rote Linie überschritten worden ist. Es kann nicht sein, dass jemand so angefeindet wird.

Damit löst man natürlich nicht das Problem, aber das sind die wichtigen Signale, wie man ganz konkret an das Gemeindewesen sendet, dass da niemand allein gelassen wird.

Noch ein Punkt mit Blick auf die kommunale Ebene. Es passiert in jedem Ort etwas. Viele haben große Not, die Dinge zu gestalten. Wir haben mit Bürgermeistern gesprochen. Das machen Sie auch alle. Sie suchen zum Beispiel eine Chance aufgrund des sozio-demokratischen Wandels in bestimmten hessischen Regionen, das Gemeinwesen anders gestalten zu können.

Unsere Beobachtung ist: Alle rennen. Jeder für sich. Es hört sich so banal an. Manchmal müsste man die Menschen nur an einen Tisch bekommen, sodass es einen Austausch gibt. Vielleicht wäre das ein Signal dieses hohen Hauses, auf Landesebene die kommunalpolitischen Verantwortlichen zu solchen Fragen zusammenzuholen und gemeinsam zu beraten mit den jeweiligen unterschiedlichen Fragestellungen, die jeder mitbringt: Wie wollen wir das Land Hessen weiterentwickeln?

Frau Gnadl, Sie haben nach dem Stimmungsbarometer gefragt. Wir kennen aus der Rechtsextremismusforschung einen Aspekt, gerade wenn es darum geht, Jugendlichen Rechtsextremismus zu erklären. Auch das haben wir schon gehört. Die wachen nicht morgens auf und sind rechtsextrem, sondern das ist ein Sozialisationsprozess. Wir schauen uns immer an – das hat auch etwas mit der Praxis zu tun –, in welchen Strukturen Jugendliche erwachsen werden. Herr van Hüllen hat von den Gelegenheitsstrukturen gesprochen. Diese kann man herunterbrechen auf die lokale Ebene. Dort, wo es Vorurteile am Stammtisch gibt, fühlen sich Jugendliche vielleicht ein Stück weit legitimer, aktiver zu werden, als in Orten, in Gemeinschaften, wo man vielleicht doch ziemlich klar sagt, was geht und was nicht geht.

Das heißt, wir finden beides wieder. Wir finden Reaktionen der Hilflosigkeit. Das ist häufiger im ländlichen Raum der Fall. Das hat etwas mit der Sozialstruktur zu tun. Die Menschen kennen sich dort. Man ist sehr viel dichter beieinander. Man achtet sehr viel mehr darauf, was der andere macht oder eben auch nicht macht. Damit ist sehr sensibel umzugehen. Aber da kann es natürlich auch sein, dass es dort einen anderen Konformismus gibt.



Wir haben in Hessen – das muss man sagen – grundsätzlich eine sehr starke Zivilgesellschaft. Das ist ein großes Pfund, das wir in Hessen hatten. Dies war auch in der Vergangenheit der Fall bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Beides gilt es zu beobachten. Der Rechtsextremismus in Hessen in überschaubarem Maße, wie er hier organisiert ist, konnte auch von dieser großen Fragestellung profitieren. Denken Sie an die Wahlergebnisse der NPD. Das ist wie eine Bluttransfusion für einen Totgesagten gewesen. Das hat zu den Ergebnissen geführt, die Sie kennen, in den wenigen Hochburgen, die noch da sind. Wir haben eine rechtsextreme Kleinpartei namens „Der Dritte Weg“, der vom Westerwald aus immer mehr nach Hessen hineinagiert und ganz gezielt in die Orte geht und versucht, dort die Stimmungen zu beeinflussen.

Herr Frömmrich hat nach der Wirkung der Präventionsprogramme gefragt. Wir haben dankenswerterweise ein Landesprogramm und haben in diesem Jahr wesentlich mehr Mittel auch für unseren Bereich erhalten und sind sehr stark damit beschäftigt, die Angebote aufzubauen. Das gilt auch für den Bereich der Bekämpfung des extremistischen Salafismus.

Das wird uns alle nicht entlasten, so gut es auch ist, dass wir das Programm haben und dass die Mittel aufgestockt werden. Ich glaube, das ist schon an mehreren Stellen angekommen, auch im Beispiel des Politikunterrichts: Mit Modellprojekten können wir die Arbeit der Regelstrukturen nicht ersetzen. Das heißt das Thema der politischen Bildung können wir mit sehr vielen Sonderprogrammen bearbeiten. Auch das Thema „Social Media“ können wir mit vielen Sonderprogrammen angehen. Das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ beispielsweise wurde damit beauftragt. Damit wurde ein Projekt zum Umgang mit Hatespeech aufgesetzt. Damit können wir Multiplikatoren befähigen.

Gerade beim Internet ist das natürlich ein Tropfen in ein sehr großes virtuelles Meer. Insofern können wir nicht erwarten, dass ein einzelnes kleines Projekt mit zwei Stellen hier für Veränderungen sorgt.

Ich denke, wir müssen zentrale Bausteine definieren und dann schauen, wo wir womit in die Regelstrukturen von oben nach unten hineingehen müssen. Das betrifft die Arbeit mit Jugendlichen und alles, was mit der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen zu tun hat. Das betrifft die Jugendarbeit. Das hat auch etwas mit Schulunterricht zu tun. Das hat auch etwas mit Medienkompetenz zu tun. Das wäre also fast sogar eine eigene Anhörung wert.

Herr Rock, hinsichtlich der Radikalisierung über das Internet hinaus gibt es keine konkreten Zahlen oder Studien. Aber auch hier noch einmal der Hinweis: Wir dürfen nicht trennen zwischen – – Nein. Wir dürfen nicht mehr trennen. Das ist fast schon eine Generationenfrage. Jugendliche gehen völlig anders mit Social Media um als meine Generation oder eine ältere Generation. Es gibt keine Trennung zwischen sozialen Netzwerken und reellem Leben. Diese Regel müssen wir einfach verstehen.

Wenn Postings gemacht werden mit Klarnamen, dann kann man davon ausgehen, dass diese auch im realen Raum der Jugendlichen wahrgenommen und ausgetauscht werden. Es wäre wichtig, diesen Aspekt als Radikalisierungsfeld wahrzunehmen. Im Bereich des extremistischen Salafismus ist dies viel dramatischer. Dies sollten wir auch für den Bereich des Rechtsextremismus auf den Schirm nehmen.

Frau Cárdenas hat nach der Studie in der „Kommunal“ gefragt. Das habe ich auch in meiner Stellungnahme zitiert. Das war eine bundesweite Umfrage in der Zeitschrift

„Kommunal“ unter 1.000 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Darin heißt es: 47 % der Befragten haben angegeben, dass sie selbst, Mitarbeiter der Verwaltung oder Mitglieder des Gemeinderats persönlich beschimpft und oder beleidigt wurden. – Nur einmal als Indikator: Das ist schon ein mehr oder weniger alltägliches Phänomen, um das wahrzunehmen.

Was die Bedrohungen angeht, denke ich, ist es natürlich in erster Linie dann auch eine Aufgabe der Sicherheitsbehörden. Das wird ja dann auch so gemacht.

Ich will zum Abschluss noch einmal auf das Beispiel zurückkommen. Ein anonymer Drohbrief, dem man als Sicherheitsbehörde nicht weiter nachgehen kann, wirkt trotzdem nach. Das ist ein Form von symbolischer Gewalt. In dieser aufgeladenen Stimmung, die wir teilweise in diesem Land haben, fällt das zurück auf die einzelne Person, die entscheiden muss, wie sie damit umgeht. Der eine kann das sehr schnell abbürsten. Der andere macht sich das aber sehr zu eigen. Das kann man aber nicht voraussetzen. Man muss also diese Sachen ein Stück weit ernst nehmen und dann auch überlegen, wenn es so etwas gibt, parteiübergreifend auf einer Linie stehen und sich vor die Personen stellen, die im öffentlichen Fokus bedroht werden.

Herr **Kemper**: Ich habe vier Fragen herausgehört. Die erste Frage bezog sich auf das Verhältnis der verschiedenen Strömungen der AfD. Es ist gefragt worden, wie stark diese eigentlich seien. Dazu gibt es keine empirischen Daten. Es gibt keine Umfragen, die zeigen, wie stark diese sind.

Ich schaue mir an, wer diese Strömungen repräsentiert und wie sich diese Strömungen im Parteiprogramm ausdrücken. Daran kann man das ablesen. Dann wird abgestimmt, und dann kann man anhand der Abstimmungen ungefähr herauslesen, wie stark die Kräfteverhältnisse sind.

Dabei wiederum muss man verschiedene Länder unterscheiden. In Baden-Württemberg zum Beispiel sind meiner Meinung nach die christlich-fundamentalistischen Strömungen sehr stark. Das zeigt sich anhand eines Papiers, das verfasst wurde, das extrem antifeministisch orientiert ist. Das ist beim Bundesparteitag nicht durchgekommen, weil es als zu radikal angesehen wurde. In Baden-Württemberg ist das ohne Gegenstimmen und ohne Gegenstimmen durchgekommen. Das sind Gruppierungen in Baden-Württemberg, die sehr stark sind. Dort ist dieser christliche Fundamentalismus sehr stark.

National-völkische Bewegungen sind natürlich in Thüringen und auch in Sachsen-Anhalt stark. Das erkennt man an den Parteivorsitzenden in diesen Ländern.

Im Rahmen des soeben stattgefundenen Landesparteitags in Nordrhein-Westfalen wurde der Spitzenkandidat der AfD in Nordrhein-Westfalen bestimmt. Da gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Marcus Pretzell, der eher neoliberal eingestellt ist, aber auch eher zum gemäßigten Flügel der AfD gehört, und einem Vertreter, der vor allem von der völkisch-naturalistischen Strömung stark gemacht wurde. Das war tatsächlich ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Marcus Pretzell ist mit 44 % der Stimmen zum Spitzenkandidaten gewählt worden. Das war aber denkbar knapp. Nordrhein-Westfalen galt aber immer auch als eher gemäßigt. Das heißt, dort ist die völkisch-nationalistische Szene sehr viel stärker geworden.

Schauen wir uns einmal die Jugendbewegung der AfD an, also die Junge Alternative, die auch immer stärker wird, weil die AfD zumindest mit Blick auf die Parteienbindung hauptsächlich von unter 30-jährigen gewählt wird. Bei den beiden Vorsitzenden der Jungen Alternative gibt es eine Aufteilung zwischen Sven Tritschler und Markus Frohnmaier. Markus Frohnmaier hat gesagt, Höcke sei sein großes Vorbild. Dieser gehört also deutlich zur national-völkischen Szene. Sven Tritschler gehört eher zu den Neoliberalen. Er steht einer Gruppierung nahe, die sich libertäre Alternative nennt. Diese fordert, dass das Rentensystem und die Entwicklungshilfe abgeschafft werden. Sie fordern einen reinen Minimalstaat, sind also extrem neoliberal. Das ist also die Aufteilung zwischen den beiden.

Zahlen dazu gibt es aber nicht. Ich kann nur immer wieder feststellen anhand von Äußerungen und anhand von Programmen, wie stark diese sich gerade durchsetzen.

Zur Frage des Verhältnisses der AfD in Hessen. Ich glaube, darauf wird später noch eingegangen werden. Es ist gefragt worden, wie stark Björn Höcke in diesem Zusammenhang ist. Björn Höcke war ja hier Lehrer und ist eigentlich immer noch Lehrer.

Dieser hat zu vier verschiedenen rechten Gruppierungen Kontakte. Dies ist zunächst einmal der rechte Rand von ehemaligen CDUlern. Dies ist zum Beispiel Alexander Gauland, der Höcke in der AfD immer protegiert hat und ihn immer in Schutz genommen hat. Gauland war ja auch hier in Hessen in der CDU.

Dann Herr Hofmeister, auch ehemaliger CDUler, der den Schuldienst verlassen musste. Es gab angeblich rassistische Äußerungen von ihm. Er hat den Schuldienst daraufhin verlassen. Er arbeitet sehr eng mit Herrn Höcke zusammen und ist auch in der AfD.

Schließlich Herr Hohmann, der damals aus der CDU herausgeflogen ist nach antisemitischen Äußerungen. Auch sie arbeiten eng zusammen.

Das ist die eine rechte Gruppierung, die sehr eng mit Hessen zu tun hat.

Eine zweite Gruppierung sind die deutsche Burschenschaften. Auch da gibt es sehr enge Verbindungen von Björn Höcke zu den deutschen Burschenschaften. Aber auch zum Beispiel Gauland wurde eingeladen von der Deutschen Burschenschaft, und zwar im Jahr 2013. Er hat das auch wahrgenommen und ist bei der Deutschen Burschenschaft in Marburg aufgetreten. Ich weiß jetzt aber nicht, bei welcher Gruppierung er war. Das war eine der beiden Burschenschaften.

Auch Höcke hat eine Einladung bekommen. Torben Braga zum Beispiel, der Vorsitzender der Deutschen Burschenschaft war, hat in Thüringen in der Landtagsfraktion von Björn Höcke gearbeitet.

Eine dritte Gruppierung ist die neue Rechte. Die neue Rechte ist institutionell mit dem Institut für Staatspolitik verbunden. Das wurde in Hessen gegründet, und zwar nördlich von Frankfurt. Dann folgte ein Umzug in die Nähe von Halle. Dort ist Andreas Lichert sehr wichtig. Andreas Lichert sitzt sowohl im Institut für Staatspolitik als auch im Vorstand der AfD-Hessen. Auch da gibt es eine enge Zusammenarbeit.

Die vierte Bewegung bezieht sich auf die neonazistische Bewegung, auf die NPD. Da müsste weiter geforscht werden. Ich gehe davon aus, dass zwischen Landolf Ladig und Björn Höcke Verbindungen existieren. Ich kann nicht beweisen, dass Björn Höcke Landolf Ladig ist, aber ich kann auf jeden Fall beweisen, dass es auf jeden Fall ganz en-

ge Verbindungen gibt. Es hat eine ganz lange gemeinsame Ideologieproduktion stattgefunden.

Ladig zitiert einen Arne Schimmer, der zwischen 1993 und 1999 in Gießen studiert hat und mit Gansel zusammengearbeitet hat, der auch zur NPD gehört hat. Beide sind NPDler. Auch Björn Höcke hat zwischen 1993 und 1999 in Gießen studiert. Ich denke, da gibt es Verbindungen, die ich aber nicht nachweisen kann. Das sind Bezüge, die man genauer untersuchen müsste.

Es gibt also in allen vier Bereichen auch in Hessen ganz enge Verbindungen. Im Herkules-Kreis zum Beispiel treffen sie sich auch konkret.

Dann zur Frage nach den Identitären. Es wurde gefragt, welche Verbindungen es da gebe. Das wird momentan heiß diskutiert in der AfD. Der Bundesvorstand möchte eigentlich keine Zusammenarbeit mit den Identitären. Von der Satzung her geht das auch nicht. Das ist eigentlich ausgeschlossen. Man hat eigentlich gesagt, dass man nicht mit Gruppierungen zusammenarbeite, die vom Verfassungsschutz observiert werden oder die in Berichten des Verfassungsschutzes erwähnt werden. Die identitäre Bewegung wurde dort aber explizit aufgelistet.

Die patriotische Plattform in der AfD hat allerdings deutlich gesagt: Wir sind identitär. – Auf einer Demonstration in Wien hat man sich halt ablichten lassen. Auch Björn Höcke zum Beispiel ist jetzt wieder in Österreich eingeladen, wo die identitäre Bewegung noch sehr viel stärker ist als in Deutschland. Dort nimmt er an einem Kongress teil, der zum Umfeld der identitären Bewegung zählt.

Ähnliches zeigte sich in Ostwestfalen. Da war ein gemeinsamer Kongress geplant mit Martin Söllner und Björn Höcke. Martin Söllner ist der Chef der identitären Bewegung in Österreich. Martin Söllner hat quasi eine Art Praktikum gemacht am Institut für Staatspolitik in Halle von Götz Kubitschek. Götz Kubitschek wiederum ist ein alter Bekannter von Björn Höcke. Sie kennen sich schon lange. Auch da gibt es sehr enge Verbindungen.

Nun zur Frage, ob die AfD grundgesetzwidrig ist. Ich bin kein Jurist, sondern Soziologe. Insofern möchte ich mich an dieser Stelle zurückhalten. Ich finde einige Sachen sehr bedenklich, die vom national-völkischen Flügel kommen, aber auch vom neoliberalen Flügel. Insbesondere im neoliberalen Flügel gibt es viele Diskussionen, die sich auf Friedrich August von Hayek beziehen. Friedrich August von Hayek hat in seinem Hauptwerk geschrieben, man könne argumentieren, dass man den Menschen, die Geld vom Staat erhalten, das Wahlrecht entzieht; denn wenn diese Menschen irgendwann die Mehrheit haben sollten, würden sie sich noch mehr Geld vom Staat auszahlen lassen. Deswegen sei es sinnvoll, diesen Menschen präventiv das Wahlrecht zu entziehen. Das sind Diskussionen, die in dieser neoliberalen Szene tatsächlich geführt werden.

Konrad Adam, der die AfD mit aufgebaut hat und der auch in Hessen aktiv ist, der der Chef ist der sich momentan im Aufbau befindlichen Stiftung der AfD, hat im Jahr 2006 einen Artikel geschrieben, in dem er zum Ausdruck bringt, dass das allgemeine Wahlrecht keine gute Erfindung gewesen sei.

Herr **Dr. van Hüllen**: Ich habe zwei Fragekomplexe wahrgenommen. Der eine ist mehr technischer Natur. Herr Bellino, Sie haben nach der Notwendigkeit von V-Leuten in den Nachrichtendiensten gefragt. Es ist ganz einfach so, dass ein Nachrichtendienst ohne V-Leute nicht funktionieren kann. Das ist nach wie vor das ökonomischste und effizienteste

Mittel, um Informationen zu beschaffen, die in einer bestimmten Struktur jemand anders geheim halten will.

Allerdings muss man bestimmte Standards einhalten. Da Sie sicherlich jetzt auch im Auge gehabt haben, was denn so im Bereich NSU passiert ist, möchte ich sagen: Diese Standards sind im Bereich der Rechtsextremismusbeobachtung und -bekämpfung nicht eingehalten worden. Sie werden derartige Pannen, wie sie in den NSU-Ausschüssen deutlich geworden sind, bei der Führung und bei der Auswahl von V-Leuten nicht aus anderen Bereichen kennen. Dass man dort vielleicht Erfolge nicht an die Oberfläche trägt, liegt in der Natur der Sache.

Ich darf aber daran erinnern, dass zum Beispiel das finale Ende der Roten Armee Fraktion im Jahr 1993 herbeigeführt wurde durch einen V-Mann des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes.

Was ist falsch gelaufen? Hier hat die Politik ein bisschen mitgespielt. In den 1990er-Jahren, als sich unmittelbar nach der deutschen Einheit die Übergriffe gegen Minderheiten und andere in den ostdeutschen Bundesländern stark gehäuft haben, gab es die übliche und törichte Anforderung der Politik: Wir haben da ein Problem. Schafft bitte einmal nachrichtendienstliche Zugänge, und zwar möglichst bis zur nächsten Woche.

Dieser wiederholte Druck von ganz oben, von den Ministerien, hat dazu geführt, dass die Standards verfallen sind. Außerdem war man der Meinung, dass Rechtsextremisten üblicherweise korrupt und deshalb leicht ansprechbar sind. Das stimmt im Großen und Ganzen. Gleichwohl hat man Leute zu V-Leuten gemacht, die die Voraussetzungen nicht erfüllten. Die ungeheure Zahl von Pannen, die Ihnen aufgefallen ist in den Untersuchungsausschüssen, reflektiert genau dieses Problem. Wenn man das richtig macht, ist es in Ordnung, aber es muss sehr vorsichtig und sehr sensibel und auf einer qualitativ hohen Stufe passieren.

Es gibt dazu im Grunde genommen keine Alternative; es sei denn, Sie führen eine umfassende, wenn nicht gar flächendeckende Telekommunikationsüberwachung ein. Nach allgemeiner juristischer Auffassung ist dies aber ein stärkeres Mittel des Grundrechtseingriff als eine V-Person. Im Übrigen ist sie weniger wirksam. Ein richtiger Profi, der weiß, was er im Schilde führt und sich im Fadenkreuz der Sicherheitsbehörden wähnt, wird weder mailen noch telefonieren. Er lässt es ganz einfach bleiben. Insofern würden Sie viel Geld für etwas auf ausgeben, was nicht funktioniert.

Bei entsprechenden Standards ist dieses Mittel meines Erachtens unverzichtbar. Die Idee, man könnte das durch technische Mittel ersetzen, ist höchstwahrscheinlich unwirksam und übrigens auch juristisch bedenklich.

Die beiden anderen Fragen bezogen sich auf das Interaktionsverhältnis zwischen der AfD und dem Rechtsextremismus, vulgo NPD. Ich beginne einmal mit der Frage, was das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf ein NPD-Verbotsurteil machen wird. Das ist Spekulation, Herr Frömmrich, aber ich würde mit Ihnen darauf wetten, dass das Bundesverfassungsgericht die Ereignisse in Mecklenburg-Vorpommern vom vergangenen Sonntag als Begründung dafür nimmt, sagen: Für ein Parteienverbot als schärfste Waffe der wehrhaften Demokratie reichen die Voraussetzungen jetzt nicht mehr.

Damit sind Sie das Problem los. Sie wollten das Problem 2001 im ersten Verfahren schon loswerden. Soziologen und Politikwissenschaftler, aber keineswegs Juristen würden sagen, dass das Bundesverfassungsgericht auch eigene Machtinteressen hat. Das ist da-

mals sehr deutlich geworden. Damals haben Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung gesagt: Karlsruhe, mach´ einmal!

Dann sich hat Karlsruhe einen interessanten Geschäftsordnungstrick ausgedacht, um aus der Bredouille zu kommen. Jetzt die Zumutung eines zweiten Versuchs mit einer schwächeren NPD. Die gleiche Zumutung noch einmal.

Wenn ich Verfassungsrichter wäre, würde ich die Steilvorlage vom vorigen Sonntag nehmen und sagen: Das war's. – Man kann gespannt sein. Irgendwann im Herbst wird es zur Entscheidung kommen.

Zum Interaktionsverhältnis zwischen NPD und AfD. Als organisatorischer Korpus ist die NPD jetzt unwichtig. Das bedeutet nicht, dass die Leute aus der Welt geschaffen sind. Das bedeutet noch lange nicht, dass die Ideen aus der Welt geschaffen worden wären. Wir werden etwas erleben, was wir auch in früheren Jahrzehnten schon einmal gesehen haben, nämlich dass kleine extremistische Strukturen versuchen, an größeren weicheren Strukturen anzudocken, weil sie dort ein größeres Resonanzfeld für ihre Anliegen vermuten.

Nun kann ich das Problem von zwei Seiten betrachten. Ich gehe erst einmal von der extremistischen Struktur aus. Da haben wir den großen Vorteil, dass die Verfassungsschutzbehörden vonseiten der NPD in solche Bewegungen hineinsehen können. Sie können zum Beispiel einschätzen, ob da eine Strategie vorliegt oder ob da einzelne Personen aus persönlichem Interesse neue Karrieren, Abgeordnetenmandat, Dienstwagen oder sonst etwas suchen. Das könnte ja auch der Fall sein. Ich denke, man wird dazu ein Bild erhalten.

Viel interessanter ist aber, wie stark dieser Einfluss wird. Ich gehe jetzt auf die andere Seite der Betrachtung. Ich sehe mir das jetzt aus der Sicht der AfD an. Duldet eine solche unfertige Partei den Zulauf von Leuten, die deutlich bekannt sind? Herr Rock hat völlig zu Recht gesagt, dass wir sie alle kennen. Es ist ja nichts so gut erforscht wie das Personal des Rechtsextremismus. Das haben wir heute mehrfach gehört. Bis auf die kommunale Ebene kennen Sie die üblichen Verdächtigen.

Also muss gesammelt werden. Die AfD muss zur Rede gestellt werden: Was denkt ihr euch dabei, wenn ihr solche Leute akzeptiert? Habt ihr euch das zuvor überlegt? Oder sind eure ganzen Begründungen hinsichtlich der Grundgesetztreue nicht nach außen gekehrter Blödsinn? Muss man der Fassade Glauben schenken? – Der Fassade muss man keinen Glauben schenken.

Die Frage, wie stark solche personellen Einflüsse sind, spielt selbstverständlich für die Politik eine Rolle. Wenn das vereinzelt auf einer unteren Ebene passiert, kann man vielleicht darüber hinwegsehen. Wenn das aber in Landesvorständen passiert, würde ich schon sagen, dass ein bestimmender Einfluss vorhanden ist. Dann kommt irgendwann der Tag, an dem man sagen muss: Nun haben wir nach den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder diejenigen Verdachtsmomente für extremistische Bestrebungen, die es uns erlauben, zunächst einmal nicht die ganze Organisation zu verbieten, aber vielleicht einen Einfluss innerhalb dieser Organisation. Das wäre dann auch ein Fall für die Exekutive.

Ich denke, man sollte in aller Deutlichkeit mit dieser Partei darüber reden. Sie werden sie in absehbarer Zeit wahrscheinlich auch hier im Landtag sitzen haben. Das wird Ihnen drohen, wenn Ihre demokratischen Abwehrkräfte unvollständig bleiben. Das ist die

normale Konsequenz in einer wehrhaften Demokratie. Das sollte man dann auch machen.

Prof. **Dr. Backes:** Mir sind zwei Fragen grundsätzlicher Art gestellt worden. Zunächst einmal wurde gefragt nach der Abgrenzung zwischen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Dazu gibt es in der wissenschaftlichen Literatur wie in vielen anderen Fragen keinen Konsens. Man kann aber doch sagen, dass in der international vergleichenden Parteienforschung ein gewisses Grundverständnis vorhanden ist. In diesem Sinne kann man die Frage vielleicht doch beantworten.

Rechtsextremismus würden jedenfalls die meisten internationalen vergleichenden Parteienforscher fassen als ein Phänomen, das eine klare Antisystemtendenz, eine klare Antisystemhaltung im Hinblick auf die politischen Systeme der Europäischen Union bzw. der demokratischen Welt an den Tag legt. Also Ablehnung von grundlegenden Werten und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten.

Populistisch können solche Parteien, die als rechtsextremistisch eingestuft werden, auch sein. Der historische Nationalsozialismus und der italienische Faschismus waren beide populistische Bewegungen. Die Historiker, die über die NS-Bewegung oder die historischen Faschisten gearbeitet haben, haben diesen Begriff auch schon sehr früh angewendet, und zwar noch bevor in der Politikwissenschaft im Hinblick auf aktuelle Phänomene dieser Begriff verwendet worden ist.

Warum sind sie populistisch aus der Sicht der Historiker? Welchen Populismusbegriff kann man hier zugrunde legen? – Dieser Begriff wird in der Literatur leider oft sehr schwammig verwendet. Wenn man versucht, diesen Begriff sinnvoll zu definieren, kann man drei Elemente nennen, die in der Forschung auf einen gewissen Konsens treffen.

Erstens. Die Interessen des Volks werden als eine Einheit betrachtet. Es wird also ein homogener Volksbegriff zugrunde gelegt. Die Elite, die dem Volk entgegengesetzt wird, wird ebenfalls als homogen gedacht. Ein homogenes Volk und eine homogene Elite werden gegeneinander in Anschlag gebracht, wobei dann die populistische Partei den Anspruch erhebt, die wahren Interessen des Volkes gegen die korrupte und entfremdete Elite zu vertreten.

Das wäre eine Definition, die sicherlich von vielen Forschern geteilt wird. In diesem Sinne war der Nationalsozialismus populistisch. In diesem Sinne ist auch die NPD populistisch.

Die AfD ist ebenfalls populistisch. Wenn Sie sich die Programme anschauen, finden Sie diese Elemente. Es fehlt dort aber eine klare Antisystemhaltung. Schauen Sie sich einmal das Grundsatzprogramm der AfD auf Bundesebene an. Was will die AfD mit dem politischen System der Bundesrepublik machen?

Dann haben Sie Vorschläge in Richtung Schweiz. Es sollte das politische System in diese Richtung weiterentwickelt werden. Daraus geht also eine klare Antisystemhaltung im Sinne von antidemokratischen Forderungen nicht hervor.

Schauen wir uns aber einmal die Positionen an, die am rechten Flügel der AfD vertreten werden, die Herr Kemper uns hier vorgestellt hat. Dieser ist ja keine kleine Minderheitenströmung innerhalb der AfD. Dort werden Ideen ventiliert, die mit grundlegenden Werten und Spielregeln demokratischer Verfassungsstaaten unvereinbar sind. Rassismus ist

mit der Idee der Menschenrechte unvereinbar. Insofern haben wir natürlich in der AfD eine rechtspopulistische Partei mit in Teilen rechtsextremistischer Tendenz.

Die zweite Frage war auch mehr grundsätzlicher Art. Sie fragten nach der Berichterstattung im Zusammenhang mit politischen Extremismen. In meinem Thesenpapier taucht das auf im Zusammenhang mit Interaktionsdynamiken, die wir untersucht haben, zwischen erfolgreichen Parteien – das haben wir beispielsweise bei der NPD in Sachsen untersucht, die dort zwei Mal in den Landtag eingezogen ist – und der militanten gewaltgeneigten Szene.

Da haben wir festgestellt, dass Teile der Medien dabei eine Katalysatorrolle gespielt haben, als dass eine sehr sensationsorientierte Berichterstattung dominierte. Wir kennen das Phänomen ja auch aus der Terrorismusforschung. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, dass manchmal Terroristen und Journalisten eine Symbiose bilden. Das ist jetzt sehr hart ausgedrückt. Journalisten und Terroristen bilden dann eine Symbiose, wenn Journalisten dem Kommunikationsbedürfnis der Terroristen nachkommen. Der Terrorist braucht schließlich Öffentlichkeit.

Wie können Journalisten dieser Falle entgehen? Das ist nicht so einfach, weil der Journalist eine Informationspflicht hat. Ich würde sagen: Eine nüchterne, sachliche, Alarmismus vermeidende, aber auch nicht verharmlosende Berichterstattung wäre angebracht. Sensationsorientierte Medien können einen Beitrag zur Stimulierung von rechtsextremistischer Gewalt wie auch von Erfolgen rechtsextremistischer Parteien sein.

Frau **Dr. Kurth**: Ich bin gefragt worden nach der Rolle des akademischen Rechtsextremismus in Hessen, insbesondere auch nach konkreten Überschneidungspunkten mit radikalen, mit militanten Kräften. Ich hatte ja schon gesagt, dass rein mit Blick auf die Quantität das ein eher kleinerer Bereich innerhalb des Rechtsextremismus ist. Herr Dr. van Hüllen hatte bereits gesagt, dass das, was da an intellektuellem Potenzial vorhanden ist, eher bescheiden ist.

Bedauerlicherweise ist es aber so, dass die intellektuelle Bescheidenheit nicht unbedingt die potentiellen Wirkungsmöglichkeiten verringern. Vielmehr kann man feststellen, dass man mit bestimmten Thesen, die entsprechend intellektuell verpackt werden, die zwar Zusammenhänge herstellen, die ziemlich an den Haaren herbeigezogen sind, durchaus sein Publikum erreicht. Das heißt, sich nur darüber lustig zu machen über bestimmte intellektuelle Fehlschlüsse, die da gezogen werden, würde die Sache meines Erachtens verkennen, da es durchaus Rezipienten gibt, die der Auffassung sind, dass das die Realität abbildet, was dort postuliert wird.

Die Akteure des akademischen Rechtsextremismus sind insofern für die rechtsextreme Szene wichtig, als dass letztendlich einen Großteil des Funktionärspotenzials darstellen und auf diese Art und Weise ganz unterschiedlich in Organisationen, Zeitschriften Parteien hinein wirken. Das ist gar nicht neu, sondern das hat sich auch in den vergangenen Jahrzehnten gezeigt. Das hat sich aber ein Stück weit zugespitzt.

Ganz konkret auf Hessen bezogen ist es so, dass eine Reihe von Mitgliedern aus verschiedenen Kameradschaften, freien Kräften in hessische Burschenschaften in den vergangenen Jahren eingetreten sind, wobei davon auszugehen ist, dass gar nicht alle bekannt sind. Aber alleine das, was bekannt geworden ist, zeigt, dass das nicht einfach nur Einzelphänomene sind. Das betrifft quasi Aktivisten beispielsweise aus der sogenannten Lumdatal-Gruppe, mit der sich der hessische Verfassungsschutz ausführlich beschäf-



tigt hat. Sie sind auch nicht alle Mitglieder der gleichen Burschenschaft geworden, sondern sie haben sich ein Stück weit verteilt. Es gibt aber auch Zuzug aus anderen Bundesländern, wo andere als Schüler schon aktiv waren in militanten Gruppen, die dann zum Studium gehen und dann in eine Burschenschaft eintreten.

Das ist aus meiner Sicht jedenfalls in der Menge ein neues Phänomen, weil man sich zuvor in der Deutschen Burschenschaft bemüht hat, eine etwas stärkere Abgrenzung zu wahren. Das sehe ich im Moment aber nicht. Das ist sicherlich eine Folge des Schrumpfungs- und gleichzeitig Radikalisierungsprozesses. Das ist aus meiner Sicht durchaus ein beunruhigendes Phänomen.

Rechtsextremismus ist kein Privileg der Deklassierten und derjenigen, die weniger gebildet sind, sondern Rechtsextremismus zieht sich durch die verschiedenen Schichten der Gesellschaft. Der akademische Rechtsextremismus wird aber häufig unterschätzt, weil man das damit nicht assoziiert, weil man denkt, dass Bildung doch eigentlich gegen Rechtsextremismus immunisieren müsste. Das ist in einem gewissen Maße zwar der Fall, aber nicht vollkommen.

Der nächste Fragenkomplex bezog sich auf die Verknüpfungen mit der AfD. Das habe ich in meiner Stellungnahme überhaupt nicht angesprochen; denn ansonsten wäre sie noch länger ausgefallen. Die AfD ist für viele Burschenschafter in der Deutschen Burschenschaft eine große Hoffnung. Man fantasiert quasi eine Art deutsche FPÖ herbei. Man sieht insbesondere für sich selbst Karrieremöglichkeiten, und zwar ganz nach dem Vorbild der FPÖ, wo die Burschenschaftsszene einen relativ großen Einfluss hat und entsprechend mit Positionen in den letzten Jahren versorgt worden ist. Das wünscht man sich auch für die Bundesrepublik.

Ein Ausdruck davon ist, dass die Möglichkeit einer erfolgreichen rechten Partei jenseits bzw. rechts von CDU und CSU bereits in den „Burschenschaftlichen Blättern“ diskutiert worden ist, als von der AfD noch überhaupt keine Rede war. Die waren also führend dabei, das entsprechend vorzubereiten, das zu diskutieren und das auszuloten. An diesem Punkt ist die Eigenbeschreibung vielleicht nicht ganz falsch, dass man sich ein Stück weit als Avantgarde begreift.

Das Gefährdungspotenzial sehe ich nicht in erster Linie in ganz konkreten Straf- oder Gewalttatsachen, auch wenn man das nie ausschließen kann. In der Geschichte ist es immer wieder vorgekommen, dass sich einzelne aus den Burschenschaften so radikalisiert haben, dass sie tatsächlich zur Tat geschritten sind. Ganz prominent ist die Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Lewin Anfang der 1980er-Jahre in Erlangen. Diese Tat ist von einem Burschenschafter begangen worden, der sich vermutlich im Rahmen der Wehrsportgruppe Hoffmann radikalisiert hat.

Wir haben immer wieder erlebt, beispielsweise in Österreich im Rahmen des sogenannten Südtirol-Terrorismus, dass sich Burschenschafter beteiligt haben. Ungeachtet dessen würde ich nicht sagen, dass es zu einem Massenphänomen wird. Das ist auch gar nicht deren Absicht. Meines Erachtens muss aber im Blick der Sicherheitsbehörden sein, dass aus diesem Kontext heraus einzelne Täter hervortreten können, und zwar insbesondere dann, wenn sich das nicht erfüllt, was sich viele im Moment herbeifantastieren.

Wenn man die Diskussionen innerhalb dieser Szene betrachtet, dann stellt man fest, dass das eine Art kollektives Berauschen ist infolge der Wahlerfolge der AfD und anderes. Die Vorstellung, der Bürgerkrieg, die Revolution oder der Umbruch stehe kurz bevor, und man sei die Mehrheit, man würde die Mehrheit repräsentieren. Das ist natürlich von

einem unglaublichen Größenwahn geprägt. Die Frage ist aber, was passiert, wenn den einzelnen bewusst wird, dass das nicht mehr als Fantasie ist, dass die Realität vielleicht doch anders aussieht, als die eigenen Theorien und Vorstellungen dies suggerieren.

Die wichtige Rolle oder Funktion der Burschenschaften für die rechtsextreme Szene ist neben dem Personal die Infrastruktur. Burschenschaften verfügen in jeder Universitätsstadt über entsprechende Häuser, also über die Infrastruktur, in der dann auch entsprechende Veranstaltungen stattfinden können und tatsächlich auch stattfinden. Dann werden Parteifunktionäre und andere eingeladen werden. Dies ist ein Treffpunkt, um die Thesen, die Strategien und die Überlegungen zu diskutieren. Dies sind bisweilen sogar gemeinnützige Einrichtungen, also vom Staat mitfinanzierte Einrichtungen. Damit entgeht man der lästigen Pflicht, sich einen anderen Veranstaltungsort zu suchen, was damit verbunden wäre, wenn ein Gaststättenbetreiber oder ein Hotelier sagt, dass man eine solche Veranstaltung eigentlich gar nicht im Hause haben wolle. Daher ist das natürlich attraktiv für die extreme Rechte.

Das ist also eher die düstere Prognose. Es gibt allerdings auch eine positive Prognose.

Die Zerlegung des Dachverbandes der deutschen Burschenschaften, das Verlieren der demokratischen Kräfte innerhalb des Verbandes hat viele andere in der Kooperationszene sehr hellhörig werden lassen. Es gibt viele, die mich ansprechen, die jetzt sehr sehr hellhörig geworden sind und sagen: Wie verhindern wir, dass so etwas in unserem Verband passiert, dass eine Minderheit durch geschicktes Agieren, durch geschlossenes Auftreten, durch einen sehr langen Atem so etwas erreicht? Das sind jahrzehntelange Prozesse. Sie haben das angesprochen. Das ist nichts vollkommen Neues. Wie kann also verhindert werden, dass es ihnen gelingt, die demokratische Mehrheit auszuschalten? Das sage ich an dieser Stelle bewusst etwas pointiert.

Ich glaube, da sind andere ein Stück weit gewarnt. Das ist das, was man als das Positive, als das Gute an dieser ansonsten doch sehr deprimierenden Entwicklung festhalten kann.

Herr **Schäfer**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordneten, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die rechtsextremistische Szene hat aus unserer Sicht ihr absolutes Thema gefunden, nämlich Flüchtlinge und Asyl. Das ist zwar kein neues Phänomen. Neu ist aber die absolute Dominanz und Vehemenz der Agitation zu diesem Thema. Sie nimmt sich und sieht sich als sehr wichtig an, weil sie sich als Deutschlandretter versteht, die weiß, was man nun tun muss und glaubt, damit Anschluss an die Mehrheitsgesellschaft zu bekommen.

Sie fühlt sich im Aufwind, gewinnt an Selbstbewusstsein und fühlt sich von Teilen der Gesellschaft gefordert und getragen. In sozialen Netzwerken wird pauschal, empathielos, brutal und menschenverachtend gehetzt, dem Islam mit Feindseligkeit und Ablehnung begegnet.

In Tonlage und Inhalt nehmen wir eine Radikalisierung wahr. Ihre Ziele verfolgen die Rechtsextremisten auf unterschiedliche Art und Weise. Das Kameradschaftsmodell ist zwar noch aktuell, wird aber nach unserer Auffassung zunehmend von Internetgruppen und neuen kleinen Parteien verdrängt.

Rechtsextremistische Parteien, darunter auch die NPD, versuchen sich zwar der demokratischen Strukturen zu bedienen, wollen diese aber letztlich abschaffen. Demgegen-

über setzen Neonazis vor allem auf den Kampf um die Straße. Sie versuchen durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Aufmerksamkeit zu erzielen und ihre Propaganda zu verbreiten.

Aus den vielen verschiedenen Bestrebungen möchte ich ein, zwei Beispiele nennen. Die Partei „Der Dritte Weg“ vertritt am Nationalsozialismus orientiert ein völkisch-biologisch geprägtes Menschen- und Gesellschaftsbild. Indem die Partei „Der Dritte Weg“ außerdem gezielt in der Umgebung von Flüchtlingsunterkünften Fremdenfeindlichkeit verbreitet und Personen in Politik und Gesellschaft, die sich für Flüchtlinge einsetzen, als Überfremdungsbefürworter verunglimpft, trägt sie meiner Meinung nach wie andere Rechtsextremisten dazu bei, den Nährboden für rassistische Hetze und Gewalt gegen alle Menschen zu bereiten, die nach ihrer Auffassung nicht der nationalen Identität des deutschen Volkes angehören.

In einem nachrichtendienstlichen Lagebild, das wir 2015 und 2016 erstellt haben, haben wir 2015 etwa 140 und in diesem Jahr etwa 90 Eintragungen vorgenommen. Ganz überwiegend sind das Flyerverteilungen insbesondere im Umfeld von Flüchtlingsunterkünften. Deshalb haben wir im Spätherbst letzten Jahres gemeinsam mit der Polizei eine sogenannte Anklopf-Aktion ins Leben gerufen. In diesem Zusammenhang werden bekannte Rechtsextremisten von Polizei und Verfassungsschutz offen und anlassunabhängig angesprochen gerade auf diese Agitation. Die Reaktionen sind sehr unterschiedlich, und zwar von: „mit Ihnen reden wird nicht“ bis hin zu: „können wir Telefonnummern austauschen?“ oder: „gibt es Aussteigerprogramme?“. Wir stoßen auf junge Menschen, die sehr nachdenklich werden, ob sie tatsächlich den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Neu ist – und darüber ist hier schon gesprochen worden – die identitäre Bewegung. Sie nimmt deutlich an Fahrt auf. Bisher eher im Internet verortet, mehr im Internet unterwegs, zunehmend aber auch mehr in der Öffentlichkeit präsent in Gießen, in Fulda, in Frankfurt am Main, in Frielendorf, in Wölfersheim und in Marburg, um nur einige zu nennen.

Im Rahmen ihrer Kampagne „Der große Austausch“ behauptet die identitäre Bewegung, dass durch die Masseneinwanderung ein reiner Bevölkerungsaustausch stattfindet. Bald würden ganze Landstriche und Länder gekippt und ausgetauscht sein.

Die identitäre Bewegung – und das macht sie aus unserer Sicht gefährlich – hat überwiegend eine junge Zielgruppe, die bislang nur in Teilen von rechtsextremistischer Agitation erfolgreich angesprochen wurde, im Visier. Die Kombination aus martialischer Bildsprache und antidemokratischen Ideologieelementen kann insbesondere bei nach geistiger Orientierung suchenden jungen Menschen dazu führen, dass sich diese rechtsextremistischem Gedankengut zuwenden.

Ich hatte zu Beginn meiner Ausführungen auf das erstreckende Selbstbewusstsein der rechtsextremistischen Szene hingewiesen. Rechtsextremistische Musik ist deshalb für den Verfassungsschutz von besonderer Bedeutung, weil insbesondere Jugendliche eine der wichtigsten Zielgruppen der rechtsextremistischen Szene sind. Junge Menschen sind in einer Phase, in der sie suchen und auch anfällig sind oder aus pubertärer Provokation heraus handeln, aber dann den Absprung nicht mehr schaffen.

Musik ist ein wichtiges jugendorientiertes Medium zum Transport politischer Botschaften, gerade in einer Zeit, in der die herkömmlichen Transmitter Zeitung, Fernsehen und Radio nicht so funktionieren, wie es sein sollte. Diese kommen bei den Jugendlichen und Her-

anwachsenden nicht mehr an. Wir müssen gesellschaftlich alle Anstrengungen unternehmen, damit diese wieder besser greifen. Liederabende, Konzerte und das immer verfügbare Angebot zum Beispiel auf YouTube sind attraktiver. Davor müssen wir warnen. Wir müssen dafür sorgen, dass damit gerade nicht der Einstieg in eine rechtsextremistische Szene gelingt, von deren Entwicklung man sich nicht sicher sein kann, wo sie endet.

Deshalb ist Aufklärung geboten. Geben wir den Anfängen keine Chance. Eltern und Lehrer sind die wichtigsten Aufklärer und Verhinderer, wenn es gerade darum geht. Das Demokratiezentrum im Beratungsnetzwerk ist ein wichtiger Beratungspartner.

Der Verfassungsschutz darf keine Gelegenheit verstreichen lassen, um auf die Wirkungen dieser Musik hinzuweisen, und die Polizei mit Informationen zu versorgen, damit insbesondere gegen Konzerte nachhaltig vorgegangen wird. Repression ist da sehr wichtig. In Hessen setzen wir alles daran, dass diese nicht stattfinden kann. Null Toleranz. Damit nehmen wir dem Rechtsextremismus eine wichtige Anlaufstelle.

Auch wenn möglicherweise die Zahlen und Fakten nicht so ansteigen, wie vielleicht in anderen Ländern, wir also nur wenige demonstrative Aktionen haben, fast keine Musikveranstaltungen, rangiert Hessen insgesamt eher im hinteren Bereich im Ländervergleich. Gleichwohl bedarf die Szene größter Aufmerksamkeit. Es gilt: Wehret den Anfängen der Anfänge.

Auch wenn sich der gewaltorientierte Rechtsextremismus derzeit eher nicht homogen darstellt, kann der rechtsextremistische Bodenersatz, der auf das Übelste in sozialen Netzwerken deutlich wird, in konkreten Straftaten und in Terrorismus münden. Dem vorhandenen Potenzial traue ich genau das: terroristische Anschläge, terroristische Taten, weil insbesondere auch deshalb die rechtsextremistische Szene und Rechtsextremisten eine besondere Affinität zu Waffen und Gewalt haben.

Deshalb müssen gerade wir als Verfassungsschutz in besonderem Maße aufmerksam sein und alle zur Verfügung stehenden nachrichtendienstlichen Mittel einsetzen. Den menschlichen Quellen – das habe ich meinen ersten 18 Monaten nach 41 Jahren bei der Polizei beim Verfassungsschutz unzweifelhaft feststellen können – kommt eine besondere Bedeutung zu. Dieser Bereich muss selbstverständlich glasklar geregelt, aufmerksam hinterfragt und kontrolliert werden, aber schnell und deutlich ausgebaut werden. Wir können den Anfängen der Anfängen nur wehren, wenn wir von Anfang an Informationen bekommen.

Ich bin sehr froh, dass wir in kurzer Zeit das Landesamt für Verfassungsschutz umorganisieren konnten. Seit dem 01.05.2016 gibt es eine Abteilung, die sich ausschließlich mit der Bekämpfung und der Beobachtung des Rechtsextremismus beschäftigt. Das fokussiert die Analyse. Wir gleichen uns dem Bundesamt für Verfassungsschutz an. Zusammenarbeit und Kommunikation werden effizienter.

Das bedeutet, dass in sämtlichen Fachabteilungen der Extremismus beobachtet wird. Es werden neu strukturierte Dezernate geschaffen, die sich mit Strukturanalysen und der strategischen Auswertung beschäftigen. Das ist also ein größerer wissenschaftlicher Anspruch auf der einen Seite und eine fallbezogene operativer Auswertung auf der anderen Seite.

Das bereits im Oktober 2015 eingerichtete Hauptsachgebiet „Beratende Prävention“ bietet konkrete Beratungsleistungen in Form von fallbezogenen Gesprächen, Vorträgen

und Schulungsmaßnahmen für ausgewählte Bedarfsträger an. Dazu gehören in insbesondere Landkreise, Kommunen, Schulen, soziale Einrichtungen, andere Behörden, öffentliche Stellen oder sonstige Stellen wie Verbänden und Vereine.

Auch wenn der Schwerpunkt derzeit noch im Bereich des Islamismus und des Salafismus liegt, sind Aufklärung und Beratung zum Thema Rechtsextremismus wichtiger Bestandteil geworden. Die Tätigkeit transportiert die in den Fachabteilungen eingerichtete fachliche Kompetenz sowie durch Analyse gewonnene Bewertungen und Prognosen, insbesondere auch im phänomenübergreifenden und Wechselwirkungen zwischen Phänomenbereichen betreffend, gezielt und fallbezogen an Bedarfsträger und intensiviert deutlich die Präsenz des Landesamts für Verfassungsschutz im öffentlichen Raum.

Das Hauptsachgebiet wird durch eine langjährig im Verfassungsschutz tätige Politik- und Islamwissenschaftlerin geleitet, die über große Erfahrungen verfügt und häufig durch einen qualifizierten Mitarbeiter für den Rechtsextremismus unterstützt wird. In Kürze wird sie auch unterstützt durch eine Migrationsbeauftragte oder einen Migrationsbeauftragten, um insbesondere die Arbeit mit interkultureller Kompetenz einbringen zu können.

Präsidentin **Thurau**: Sehr geehrter Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ich werde Ihnen zunächst einmal in der gebotenen Kürze etwas zur polizeilichen Lage berichten; dann werden einige Anmerkungen zur Gefahrenabwehr, zur Repression und zur Zusammenarbeit auch mit anderen Behörden folgen. Schließlich werde ich noch einige wenige Worte zur Repression verlieren.

Seit Bekanntwerden der Verbrechen des NSU im Jahre 2011 ist die Bekämpfung des Phänomens der rechtsextremistisch ausgerichteten politischen Kriminalität verstärkt in die gesamtgesellschaftliche und damit auch in die politische Betrachtung gerückt. Polizeilich wurden in der Folge alle Maßnahmen der Gefahrenabwehr ebenso wie die der strafprozessualen Aufgabenwahrnehmung und die der Prävention überprüft.

Auch die Aus- und Fortbildung der Polizei wurde vor diesem Hintergrund intensiv reflektiert und neu aufgestellt. Die hessische Landesregierung setzte in diesem Kontext eine Expertenkommission ein, die – unter anderem auch unter Beteiligung des Landeskriminalamts – Empfehlungen für die polizeiliche Arbeit in Hessen erarbeitet hat.

Herr Schäfer hat es schon angedeutet: Obwohl Hessen in der polizeilichen Kriminalstatistik im Phänomenbereich PMK-rechts im Bundesvergleich im unteren Drittel repräsentiert ist, so steigen doch die Fallzahlen in den letzten zwei Jahren auffallend an, vor allem im Kontext mit den starken Zuwanderungszahlen auch in unserem Bundesland. Ich schließe mich hier den Ausführungen von Prof. Dr. Backes an: Die differenzierte Darstellung der polizeilichen Kriminalstatistik bedarf auch nach unserer Auffassung an dieser Stelle einer Weiterentwicklung. Allerdings sind die Parameter bundesweit determiniert, sodass eine Veränderung der polizeilichen Kriminalstatistik zeitaufwendig ist. In der Diskussion sind diese Fakten allerdings sehr wohl.

Signifikant ist, dass die Delikte mehrheitlich im Bereich der Propagandastraftaten zu subsumieren sind. Die im Phänomenbereich registrierten Gewaltdelikte, vor allem Körperverletzungsdelikte, sind anteilig mit 3 % dokumentiert. Im Jahr 2015 zählten hierzu 18 Körperverletzungsdelikte, ein versuchtes Tötungsdelikt, eine Raubstraftat und ein Widerstandsdelikt.

Ich möchte hierbei anmerken, dass uns die Propagandastraftaten noch sehr viel Sorgen machen; zum einen, weil die Aufklärungsquote hier nicht besonders hoch ist. Zum anderen dürfen wir dabei die menschenverachtende Gesinnung, die in diesen Delikten zum Ausdruck kommt, nicht vernachlässigen. Wir müssen durchaus im Fokus haben, dass das eine oder andere Propagandadelikt auch sehr schnell einmal die Schwelle zur physischen Gewalt überschreiten kann. In Relation zu den ebenso priorisierten Phänomenbereichen der PMK-links und dem islamistischen Terrorismus weist allerdings der rechtsextremistische Part einen Anteil von 40 % aus.

Während wir es in den Phänomenbereichen „Links“ und „salafistischer Terrorismus“ vorwiegend mit Jugendlichen und heranwachsenden Tätern im jungen Erwachsenenalter zu tun haben, gibt es im Rechtsextremismus allerdings auch einen Part von erwachsenen Menschen, die bereits über 30 Jahre alt sind, was bedeutet, dass hier ein offenbar bereits gefestigtes Meinungsbild festzustellen ist.

Auffallend ist gerade gegenüber dem linksextremistischen Spektrum, dass bislang eine stringente strukturierte Vernetzung in Hessen, bundesländerübergreifend oder bis hinein in den internationalen Kontext noch nicht – ich betone: noch nicht – festzustellen ist. Unsere Vorredner haben jedoch bereits – aus unserer Sicht zu Recht – darauf hingewiesen, dass in diesem Bereich eine sehr dynamische Entwicklung auch im europäischen Kontext festzustellen ist, und wir damit rechnen müssen, dass auch hier eine Anpassung stattfindet. Momentan ist das noch nicht der Fall, selbst innerhalb unseres Bundeslandes gelingt es den unterschiedlichen rechtsextremistischen Verbindungen noch nicht, sich gemeinsam nachhaltig zu strukturieren und untereinander zu vernetzen. Eine sorgfältige Beobachtung der weiteren Entwicklung ist allerdings geboten.

Für unsere Sicherheitsarbeit ist von Bedeutung, dass alle aktuellen Aktivitäten der unterschiedlichen Szenen in Korrelation zueinander agieren. Das bedeutet: Die Aktivität der einen extremistischen Gruppierung wirkt sich grundsätzlich auf die der anderen aus und vermag insoweit das eigene Gefährdungspotenzial noch erheblich zu erhöhen.

Nicht ohne Bedeutung für die Aktivitäten der rechtsextremistischen Szene sind zunehmend einerseits die Veranstaltungen der AfD – das ist ebenfalls bereits angemerkt worden – und der Pegida, andererseits aber auch die internationale politische Entwicklung, vor allem in der Türkei, die sich über entsprechende Versammlungen bzw. Demonstrationen in Deutschland nach Deutschland transferiert und wiederum die Aktivitäten des rechtsextremistischen Spektrums zu beeinflussen vermag. Abzuwarten bleiben auch die Auswirkungen durch ein mögliches Verbot der NPD durch das Bundesverfassungsgericht und die damit verbundenen Konsequenzen.

Nun zur bundesweiten Zusammenarbeit mit Polizeibehörden, den Diensten und der Justiz. Für die erforderliche Erkenntnisgewinnung und eine solide Bewertung der Lage ist zunächst im Vorfeld der gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen und derjenigen im Rahmen der Strafverfolgung die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz von sehr großer Bedeutung. Unter Beachtung des Trennungsgebots erfolgt ein regelmäßiger Informationsaustausch.

Dies gilt ebenso für die Kooperation des Landeskriminalamts mit den übrigen hessischen Staatsschutzdienststellen, den anderen Bundesländern und dem Bundeskriminalamt, der Bundespolizei und dem Zollkriminalamt. Institutionalisiert ist die Zusammenarbeit im Sinne eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes in dem Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, eingerichtet beim Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.

In Hessen existiert seit zehn Jahren im hessischen Innenministerium ein Gemeinsames Informations- und Analysezentrum Politisch Motivierte Kriminalität sowie seit 2013 das Hessische Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, welches der Koordination und Bündelung der ressort- und phänomenübergreifenden Maßnahmen sowie der Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen dient. Hier werden zudem staatliche wie auch zivilgesellschaftliche Aktivitäten der Demokratieförderung insbesondere über Projekte gebündelt.

Zur Gefahrenabwehr. Hier haben wir fall- und anlassbezogen folgende Schwerpunktmaßnahmen getroffen: Offensiv überwachen wir einschlägige rechte Treff- und Brennpunkte; wir kontrollieren und führen Razzien durch. Wir observieren insbesondere rechte Rädelsführer und Akteure. Anlassbezogen werden Gefährderansprachen durchgeführt. Wir schreiben Rechtsextremisten zur polizeilichen Beobachtung aus, ebenso zur gezielten Kontrolle nach § 17 HSOG, was ein neues rechtliches Instrument darstellt.

Wir erteilen präventive Meldeauflagen. Außerdem leiten wir einschlägige Fahndungsmaßnahmen ein bei Straftaten im Zusammenhang mit rechten Tatmotivationen, zum Beispiel bei Körperverletzungen, herausragenden Sachbeschädigungen und Brandanschlägen. Darüber hinaus veranlassen wir die Entziehung behördlicher Erlaubnisse; betroffen sind hier zum Beispiel waffen- und sprengstoffrechtliche Erlaubnisse, aber auch Fahrerlaubnisse. Wir fertigen Verdachtsmeldungen an im Rahmen eines Frühwarnsystems bei rechten Aktivitäten, und dies bereits im Vorfeld gefahrenabwehrrechtlicher Eingriffsmöglichkeiten nach dem HSOG.

Neben den gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen und der Führung komplexer Ermittlungsverfahren prüft und initiiert das LKA vor allen Dingen auch vereinsrechtlich bei bestimmten Gruppierungen Vereinsverbote, so bereits erfolgreich durchgeführt im Fall des Vereins „Sturm 18“.

Beim Thema „Prävention“ fasse ich mich kurz, was nicht bedeuten soll, dass wir nicht einen ganz besonderen Fokus darauf legten. Die Prävention gehört zu den wichtigsten Aufgabenfeldern für uns im Landeskriminalamt und in der hessischen Polizei. Hier verweise ich aber auf die sehr ausführlichen Darstellungen in unserer Stellungnahme. Beispielsweise nenne ich das Projekt „Rote Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“. Ich weise auch noch einmal auf unser sehr bewährtes Aussteigerprogramm „IKARus“ hin, welches fortwährend Erfolge erzielt, und das Beratungsnetzwerk hessen.

Herr **Grün**: Die rechtsextremistische Szene in Hessen stellt sich auch für die Polizei als sehr heterogen dar und fordert uns auf den verschiedenen Ebenen. Sie besteht aus unterschiedlichen Gruppen wie Skinheads, neonazistischen Organisationen und Vereinen, Kameradschaften, sogenannten Freien Kräften oder Parteien wie der NPD.

Diese Gruppierungen haben die Polizei in der Vergangenheit oft beschäftigt. Auf lokaler Ebene kam es immer wieder zu Einschüchterungsversuchen oder Propagandadelikten, Körperverletzungen und Beleidigungen. Dies hat immer auch Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Eine starke Polizeipräsenz, hoher Kontrolldruck und die stringente Verfolgung von begangenen Straftaten sind aus unserer Sicht unerlässlich, um aufkeimende neonazistische Strukturen wieder zu verdrängen. Rechtsterroristische Vereinigungen, die mit dem Potenzial des nationalsozialistischen Untergrundes vergleichbar wären, sind momentan nicht aktiv.

Bei vielen rechtsextremistischen Aktivitäten spielt das Internet eine bedeutende Rolle. In eigenen Foren, aber auch in den frei zugänglichen Sozialen Netzwerken erfolgen Kommunikation und Meinungsbildung; aber auch Mobilisierung für Demonstrationen und Konzerte finden über das Internet statt.

Zunehmend ist jedoch zu beobachten, dass immer mehr konspirativ gearbeitet wird. In den meisten Fällen findet ein Erstkontakt über das Internet statt, danach wird aber ganz oft mit dem Smartphone oder über herkömmliche Telefonie der weitere Kontakt bis hin zum Einsatz von Mittelsmännern und Kurieren betrieben. Dies erschwert die Arbeit der Polizei, vor allem die Recherche, wo Versammlungen, Treffen und Konzerte der rechten Szene stattfinden. Erstrebenswert wäre hier nach Auskunft der Staatsschutzdienststellen eine personell unterlegte, bei den Präsidien angesiedelte Internetauswertestelle, um die Aktivitäten der einzelnen rechten Gruppierungen umfänglich vor Ort aus- und bewerten zu können.

Die Präsenz der Polizei und die Intensität polizeilichen Tätigwerdens, sei es im präventiven wie auch im repressiven Bereich, ist gerade rund um die Flüchtlingsunterkünfte besonders hoch; aber auch der niederschwellige Bereich unterhalb von Straftaten fordert die Polizei personell und zeitlich enorm. Hier wird bewusst viel Zeit und Personal investiert, um noch im Stadium von Streitigkeiten und aggressivem Verhalten rechtzeitig und deutlich zu dokumentieren, dass es seitens der Polizei keine Toleranz für fremdenfeindliche Aktivitäten gibt.

Ziel ist es, in Hessen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten keine Versammlungen und Aufzüge zuzulassen, in denen erkennbar rechtsextremistisches Gedankengut vertreten wird. Es muss erreicht werden, dass solche Versammlungen und Aufzüge bereits im Vorfeld verboten werden. Die zuständigen Ordnungsbehörden werden über einschlägige Erkenntnisse der Polizei unverzüglich unterrichtet.

Man muss den Rechten auf den Füßen stehen; keines ihrer Treffen darf unbehelligt bleiben. Keine rechtsextreme Party ohne Polizeipräsenz! Bei Einsätzen aus Anlass rechtsextremistischer Veranstaltungen setzt die Polizei eine niedrige Einschreitschwelle an. Der polizeiliche Handlungswille und die Handlungsfähigkeit der Polizei werden durch entschlossenes und konsequentes Auftreten immer wieder dokumentiert.

Für Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen den Weg in rechtsextremistische Gruppierungen gefunden haben, gibt es in Hessen eine Reihe von vielversprechenden Hilfsangeboten, um wieder den Ausstieg zu schaffen. Die in Hessen angebotenen Hilfs- und Ausstiegsprogramme sind in unserer schriftlichen Stellungnahme ausführlich aufgeführt.

Dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus, dem HKE, kommt dabei eine besondere Funktion zu; denn es koordiniert die landesweiten Bemühungen zur Prävention und Intervention gegen verfassungsfeindliche Bestrebungen in allen Phänomenbereichen. Dies begrüßt die Gewerkschaft der Polizei ausdrücklich. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der alle Bereiche unseres gemeinschaftlichen Zusammenlebens angesprochen und aufgefordert sind, sich klar gegen rassistische und neonazistische Tendenzen zu positionieren.

Ein vom Bundeskriminalamt veröffentlichtes Forschungsprojekt, „Extremismen in biografischer Perspektive“, wurde in Kooperation mit dem Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politik an der Universität Duisburg-Essen durchgeführt. Diese Studie kommt unter



anderem zu folgenden zentralen Ergebnissen: Radikalisierungsprozesse stellen keine von der sonstigen Entwicklung anderer Lebensbereiche isolierten Prozesse dar; sie sind integraler Bestandteil biografischer Verläufe.

Trotz aller Ähnlichkeit bestimmter psychosozialer Grundmuster der Entwicklungsverläufe werden auch sehr unterschiedliche Motivlagen und Wege in den Extremismus offenkundig. Radikalisierungsverläufe von Akteuren unterschiedlicher extremistischer Milieus weisen mehr Gemeinsamkeiten hinsichtlich ihrer psychosozialen Verlaufsdynamik auf, als es die jeweiligen ideologischen Grundlagen der unterschiedlichen Milieus vermuten lassen. Die untersuchten Biografien charakterisieren grundlegend entwicklungsbelastete Personen. Ursachen sind beispielsweise strukturell und emotional gestörte Familiensysteme, fehlende soziale Bindungen oder Brüche in Bildungs- und Berufskarrieren. – So weit die Studie des BKA.

Deshalb ist es nach unserer Ansicht richtig, gerade den präventiven Bereich der Beratung, der Ausstiegshilfen, aber auch den intelligenten Ansatz der „Roten Linie – Hilfen zum Ausstieg vor dem Einstieg“ weiter intensiv zu betreiben, um ein Abdriften in die extremistische Szene zu verhindern.

Ohne das Trennungsgebot von Polizei und Verfassungsschutz antasten zu wollen, muss sichergestellt sein, dass wichtige Informationen für die jeweils andere Organisation bereitgestellt und zugänglich gemacht werden. Herr Schäfer hat vorhin bereits das Nötige hierzu zugesagt.

Im vergangenen Jahr kam es in Hessen zu 28 Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte und zu weiteren 39 Übergriffen auf Flüchtlinge. Im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts ist in Hessen mit 707 gemeldeten Fällen für das Jahr 2015 ein Anstieg um 159 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Wie bereits in den vergangenen Jahren, bildeten auch 2015 die Propagandadelikte mit 379 Fällen den Schwerpunkt.

Bei den Straf- und Gewalttaten, die sich gegen Asylunterkünfte bzw. gegen die sich in den Liegenschaft befindlichen Personen richteten, waren bundesweit die stärksten Steigerungsraten im gesamten Meldedienst zu verzeichnen. So stieg in Deutschland die Zahl der Gewalttaten gegen Asylunterkünfte und den darin untergebrachten Personen von 177 Gewalttaten im Jahr 2014 auf 923 Gewalttaten in 2015. Das entspricht einer Steigerungsrate von 421,5 % und macht deutlich, welche besorgniserregende Entwicklung hier gerade stattfindet.

Die Polizei verwendet enorme Ressourcen, um auch im unterschweligen Bereich, in dem es noch nicht zu Straftaten gekommen ist, sofort eingreifen zu können. Diese Anstrengungen sind aber nötig und wichtig, um wachsende Konflikte bereits im Vorfeld einer Straftat auszuräumen und beenden zu können.

Um dem Phänomen von extremistischen Gewalttaten bis hin zu terroristischen Anschlägen adäquat begegnen zu können, ist die Präsenz der Polizei in der Fläche ein wichtiger Faktor. Ob bei Anschlägen wie in Frankreich und in Belgien oder bei fremdenfeindlich unterlegten Amoktaten wie kürzlich in München mit neun Toten – entscheidend für eine schnelle und effektive Intervention durch die Polizei ist auch die ausreichende Präsenz in der Fläche. Der Amoktäter von München hatte noch 300 Schuss Munition dabei – nicht auszudenken, was alles hätte geschehen können, wenn er nicht binnen kurzer Zeit von der Polizei gestellt worden wäre.

Mit der Einstellungsoffensive des Landes Hessen durch zusätzliche 1.010 Vollzugsstellen bei der Polizei bis zum Jahr 2020 folgt die Landesregierung einer zentralen Forderung der Gewerkschaft der Polizei in Hessen. Politik muss Verantwortung zeigen und sich zu einer personell wie technisch hervorragend ausgestatteten Polizei bekennen, in ruhigen wie in belasteten Zeiten. Polizei muss heute auf veränderte Bedingungen und eine immer internationalere Kriminalität schnell reagieren können. Dies wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

Die bereits vollzogenen sowie die geplanten Aufstockungen der Staatsschutzdienststellen in Hessen werden von der GdP ausdrücklich begrüßt. Es muss jedoch sichergestellt sein, dass auch in die Polizeistationen und Reviere zusätzliches Personal verortet wird. Gerade das Ereignis von München hat gezeigt, dass die polizeiliche Präsenz vor Ort unerlässlich ist, um im ersten Angriff bei Amok- oder Terrorlagen schnell intervenieren zu können.

Außerdem wurde auf den Basisdienststellen der hessischen Polizei in den letzten Jahren immer wieder Personal herausgezogen, um andere wichtige Bereiche – Stichworte: Prävention, Cybercrime, Staatsschutz – personell aufzustocken. Diese Eingriffe in gewachsene Personalstrukturen der Basisdienststellen haben unübersehbare Folgen nach sich gezogen und bedürfen dringender Korrekturen. – Vielen Dank.

Herr **Schmitt**: Zunächst kurz ein technischer Hinweis: Ihnen liegt eine Stellungnahme des DBB Hessen vor – das sage ich, damit Sie das auch entsprechend zuordnen können –; diese stammt von uns und gilt in gleicher Weise auch für die Deutsche Polizeigewerkschaft.

Wenn man am Ende einer Reihe von vielen Rednern steht, dann ist eine Menge bereits gesagt. Insofern versuche ich es, mich auf einige wenige Verstärkungen von Dingen zu beschränken, die bereits vorgetragen wurden. Ansonsten verweise ich auf eben diese schriftlichen Stellungnahmen.

Die Bekämpfung des Bestandes an Personal im Bereich des Rechtsextremismus halten wir für ausgesprochen schwierig. Man kann tatsächlich nur darauf verweisen, dass man dem schon bestehenden Phänomen mit allen Mitteln der Repression und mit aller Konsequenz begegnet. Dazu gehört, dass die Institutionen, die in erster Linie zuständig sind – Polizei, Verfassungsschutz, Justiz – auch weiterhin entsprechend personell und strukturell gestärkt werden. Die jüngst beschlossenen Maßnahmen – der Kollege Grün hat es vorhin ausgeführt – begrüßen auch wir ausdrücklich; wir halten sie aber im Hinblick auf die Zukunft noch immer nicht für ausreichend.

Ich möchte noch einen Aspekt anführen, der heute noch nicht vorgetragen wurde: Es ist wichtig, die Institutionen, die zuallererst in der Pflicht stehen, mit entsprechendem Vertrauen seitens des Parlaments auszustatten. Ich sage das deshalb, weil es gerade hier in diesem Hohen Hause schon vorgekommen ist, dass versucht wurde, gerade die Institution Landesamt für Verfassungsschutz erheblich in Misskredit zu bringen. Das verurteilen wir auf das Schärfste.

Weiterhin halten wir es für ganz wichtig – das ist bereits gesagt worden; ich will es aber noch einmal verstärken –, die Aussteigerprogramme weiterzuführen. Selbst wenn sie ausgesprochen mühevoll arbeiten müssen und am Ende zahlenmäßig möglicherweise nicht die gewünschten Ergebnisse bringen, so ist doch jeder Einzelne, der wieder auf den richtigen Weg zurückgeführt werden kann, dieser Mühe wert gewesen.

In diesem Zusammenhang halten wir eine tiefergehende, seriösere öffentliche Berichterstattung für dringend erforderlich. Hier herrschen viele Missstände; das ist heute noch einmal ganz deutlich geworden. Für mich jedoch war beispielsweise die Dimension der Bedrohung von Kommunalpolitikern oder von Helfern in diesem Ausmaß neu. Ich halte es für wichtig, dass wir hierüber in der Zeitung lesen und in den Medien entsprechend informiert werden, sodass die Teile der Bevölkerung, die sich sozusagen im Bereich des Übergangs vom noch grundgesetzestreuen Verhalten hin zu Sympathieentwicklungen für rechtsextreme Gedanken befinden, dadurch vielleicht etwas mehr ins Nachdenken kommen. Ich würde mir jedenfalls sehr wünschen, dass wir da in der Öffentlichkeit ständig auf dem aktuellen Kenntnisstand gehalten werden.

Besondere Sorge macht uns auch der Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz sowie der des Bundesamts für Verfassungsschutz, wonach im vergangenen Jahr mindestens die Hälfte der Taten von Ersttätern verübt worden. Das ist für uns ein Indiz dafür, dass auch hier die Grenzen fließend sind und dass die Beobachtung der Szene und die Bekämpfung des Phänomens schwieriger wird, einfach dadurch, weil sich mittlerweile Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen – so ist unser Kenntnisstand – mit solchen Gedanken tragen. Wir können auch anhand der Wahlergebnisse feststellen, dass es solche Wanderungsbewegungen gibt, und das halten wir für ein Alarmsignal.

Die möglichen Ursachen sind hier zum Teil schon angesprochen worden. Ein bunter werdender Staat, die zunehmende Europäisierung und Internationalisierung von Kriminalität mit allen dazugehörigen Begleiterscheinungen erfordern einen starken Staat; sie erfordern eine entsprechende Personalausstattung sowie die richtigen Gesetze. Und auch hier sollte das Bemühen nicht nachlassen, ständig besser zu werden.

Diffuse Ängste in der Bevölkerung, Ängste vor Kriminalität, die zunehmende Zahl von als arm geltenden Menschen auch bei uns in unserem reichen Land, die regelmäßig nicht genügend in der Tiefe geführte Diskussion: „Passt der Islam zu den Werten unseres Grundgesetzes?“, sowie – auch das ist schon angeklungen – ein Gefühl des persönlichen Ausgegrenztseins und des persönlichen Gescheitertseins – das sind für uns mögliche Ursachen, um sich nach und nach mit solchen rechtsextremen Gruppierungen anzufreunden, mit ihnen zu sympathisieren und ihnen am Ende beizutreten.

Zur Prävention. Natürlich muss das Augenmerk darauf gelegt werden, den Nachwuchs zu vermeiden und eine Austrocknung in irgendeiner Form herbeizuführen. Auch da halten wir es für wichtig, dass auf Bundesebene sowie in den Ländern wichtige politische Weichenstellungen erfolgen müssen, um den Bürgern das zum Teil abhandengekommene Gefühl, dass der Staat und seine Institutionen die Herausforderungen der Zukunft hinreichend bewältigen können, zurückzugeben und zu stärken. „Der Staat ist auf die Herausforderungen der Zukunft nicht genügend vorbereitet“, – das ist eine Sorge, die uns in unseren täglichen Gesprächen nicht nur mit Bediensteten, sondern auch im persönlichen Umfeld immer häufiger entgegengeworfen wird.

Im Rahmen der Prävention muss erreicht werden, dass zumindest versucht wird, die zunehmende Neigung zu Gewalt und die zunehmende Verrohung in unserer Gesellschaft in irgendeiner Form zu bremsen oder weniger heftig ausfallen zu lassen. Das ist allerdings keine Aufgabe, die allein von Verfassungsschutz oder Polizei oder den zuständigen Ämtern bewältigt werden kann, sondern das ist in der Tat eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Hierzu sind schon einige Aspekte angeklungen.

Es muss uns zukünftig gelingen, unseren Nachwuchs, unsere Kinder mehr und stärker zu grundgesetzfesten Menschen zu erziehen. Die Medienkompetenz, wie sie in den Schu-

len heutzutage mit einer Wochenstunde im Stundenplan vorgesehen ist, halten wir bei Weitem für nicht ausreichend. Wir haben es heute schon gehört, und wir wissen es auch alle, dass gerade das Internet und insbesondere die Sozialen Medien für Agitationen von Rechtsextremismus ein hervorragendes Instrument darstellen.

Die Gewaltfreiheit muss wieder die oberste Maxime in unserer Erziehung werden. Alle Institutionen, beginnend mit dem Elternhaus, über den Kindergarten bis hin zu den Schulen und allen nachfolgenden Kontaktadressen von Jugendlichen sind hier in der Pflicht. Es muss uns gelingen, die Menschen wieder dahin gehend zu erziehen, dass sie Respekt vor dem anderen, Respekt vor der Würde des anderen haben. Dafür muss mehr politischer Mut her, um Einfluss zu nehmen auf zum Teil krankhafte Entwicklungen im Bereich der Medienangebote und des Fernsehens. Außerdem sollte man auch einmal darüber nachdenken, ob die Kunstfreiheit, so wie wir sie heute ausleben, tatsächlich noch zeitgemäß und in der Lage ist, solchen Phänomenen weiterhin zu begegnen. – Vielen Dank.

Abg. **Lisa Gnadl**: Zunächst habe ich eine Frage an den Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz Herrn Schäfer. Ich würde gerne von Ihnen wissen, welche Verbindungen Sie zwischen der von Ihnen beschriebenen rechtsextremen Szene und der Thematik „Rechtspopulismus in der Mitte der Gesellschaft“ sehen, und ob Ihrer Meinung nach dadurch die rechtsextreme Szene gestärkt wird.

Außerdem würde ich gerne von Ihnen wissen, wie Sie die AfD einschätzen. Gibt es hier fließende Übergänge? Müsste nicht auch die AfD stärker in den Blick genommen werden? Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, ob Sie eine Verbindung der rechtsextremen Szene zur AfD bereits in den Fokus genommen haben.

Eine weitere Frage möchte ich gerne an Frau Thureau vom Landeskriminalamt stellen. Sie haben vorhin in Ihren Ausführungen davon gesprochen, dass es in Hessen keine nachhaltige gemeinsame Strukturierung in der rechtsextremen Szene gibt. An dieser Stelle möchte ich einmal nachfragen, woran Sie das festmachen. Ist es nicht so, dass beispielsweise der Betreiber der „Identitären Projektwerkstatt“ ein wichtiger hessischer AfD-Funktionär ist, der auch über das Institut für Staatspolitik umfassende Kontakte in die extreme Rechte hat? Gibt es nicht auch weitere gemeinsame Strukturen zwischen unterschiedlichen Gruppierungen und Funktionären?

Schließlich möchte ich noch Herrn Grün von der GdP eine Frage stellen. Sie haben es sowohl in Ihren schriftlichen als auch in Ihren mündlichen Ausführungen angesprochen, dass Sie sich eine bei den Polizeipräsidien angesiedelte Internetauswertestelle wünschen bzw. solche Stellen fordern. Können Sie zu dieser Internetauswertestelle vielleicht etwas Genaueres sagen? Wie stellen Sie sich das vor? Haben Sie da schon konkrete Umsetzungsvorschläge?

Abg. **Holger Bellino**: Zunächst möchte ich noch einmal auf Herrn Schäfer und Frau Thureau zurückkommen; Sie hatten von der Anklopf-Aktion – so nannte es Herr Schäfer – bzw. von den Gefährderansprachen gesprochen. Das waren ja Ihre Worte. Bei den Adressatenkreisen geht es ja um fast identische Personen. Mich würde interessieren, wie sich der von Ihnen wahrgenommene Erfolg dargestellt. Kann man das etwas näher quantifizieren, auch bezüglich der, wie Sie es formulierten, Nachdenklichkeit? Inwieweit erreicht man, dass die Leute nachdenklich werden, dass man sie sensibilisiert oder dass sie sagen: „Ich lasse das bleiben“?

Ein zweiter Punkt. Das ist für einen Politiker vielleicht gefährlich, aber ich frage trotzdem alle, die sich in der zweiten Runde gemeldet haben: Was würde für Sie Ihre Arbeit in der Prävention und, wenn es sein muss, auch in der Verfolgung und der Sanktion erleichtern, über die personelle Ausstattung hinausgehend? Da ist ja schon einiges geschehen. Gibt es dennoch Dinge, die Sie uns oder dem Bundesgesetzgeber ins Lastenheft schreiben möchten, wo Sie sagen: „Wenn dieses oder jenes geschieht, können wir noch effizienter arbeiten“?

Dann habe ich noch eine Frage an Herrn Schmitt. Sie haben vorhin noch einen Appell in Richtung Politik und Fernsehen gerichtet. Geht das vielleicht noch ein bisschen konkreter?

Schließlich habe ich noch eine letzte Frage an alle: Wie sollte man Ihrer Meinung nach im Zusammenhang mit Amokläufen sowie konkret im Bereich des Rechtsextremismus mit der Berichterstattung umgehen? Das wurde vorhin ja schon mal thematisiert. Wie ist es, wenn die Rechtsextremen da draußen rummarschieren, und wir stellen dann 300 oder 500 Polizisten dazu, und dann ist Schluss mit lustig? Oder machen wir es so, wie wir es bisher auch machen, dass sich in solchen Fällen ein Antibündnis im positiven Sinne formiert, und dann sind da nicht nur 500 Polizisten, sondern 5.000 Menschen, und dazu eine ganz andere mediale Aufmerksamkeit? Wie sollte man Ihrer Meinung nach auf Seiten der Medien, der Politik oder der Zivilgesellschaft damit umgehen? Vorhin hat jemand in der ersten Runde dazu gesagt: darüber berichten, aber nicht aufbauschen. Wie sehen Sie das?

Abg. **Hermann Schaus:** Ich möchte anfangs kurz mein Zuspätkommen erklären: Wir machen bei den Linken jetzt einen fliegenden Wechsel, und das hat damit zu tun, dass ich Teilnehmer der Delegationsreise des Ministerpräsidenten war. Wir sind erst vor einer Stunde aus Südamerika zurückgekommen. So viel vorweg. – Natürlich haben wir die Unterlagen durchgearbeitet; mein Mitarbeiter hat mich überdies entsprechend informiert. Insofern habe ich drei Fragen, die ich gerne stellen möchte.

Meine erste Frage geht an Herrn Schäfer, und dabei geht es um den Komplex, den auch Frau Gnadl angesprochen hat, nämlich um die Rolle der AfD. Verstehen Sie die AfD nicht auch als Plattform, auf der sich eine ganze Reihe von rechtsradikalen Organisationen versammelt, vernetzt und dadurch stärker wird? Das Landesamt für Verfassungsschutz versteht sich ja als Frühwarnsystem. Sie wissen, wir haben leichte Zweifel, gerade auch aus den derzeitigen Erfahrungen im NSU-Untersuchungsausschuss, was die Frühwarnfunktion des Landesamts für Verfassungsschutz betrifft. Da wüsste ich ganz gerne, wie Sie die rechte Gewalt bislang wahrgenommen haben und in welcher Form denn Ihre Frühwarnfunktion stattgefunden hat.

In eine ähnliche Richtung geht meine Frage an Frau Thureau. Sie haben selbst von der Plattformfunktion der AfD gesprochen. Auch da will ich noch einmal nachhaken. Wir erleben, dass es da Verbindungen gibt zu Burschenschaften, zu ehemaligen NPD-Mitgliedern, zur „Identitären Bewegung“ bis hin zu Pegida. Ist das nicht genau die Plattformfunktion, die die AfD an dieser Stelle wahrnimmt?

Meine letzte Frage geht an Herrn Grün von der GdP. Sie haben die personelle Besetzung bei der Polizei angesprochen, dass es jetzt mehr Anwärter gibt. Ihnen ist sicher bekannt, dass wir als Linke seit Jahr und Tag mehr Anwärter fordern und sehr erfreut darüber sind, dass es in diesem Jahr endlich mal einen großen Zuwachs gegeben hat, wengleich die Anwärter erst in drei Jahren zur Verfügung stehen werden.

Darüber hinaus wüsste ich ganz gerne, was unabhängig von der verbesserten Personalausstattung der Polizei denn Ihrer Meinung nach vor Ort geschehen sollte. Mehr Personal ist ja das eine, aber die Frage ist doch auch, welche Anforderungen damit verbunden sind, um die Polizei gerade in Bezug auf vielfältige Übergriffe, Veranstaltungen usw. zu entlasten. Haben Sie da Ideen? Gibt es Ihrerseits Vorschläge, wie da eine bessere Zusammenarbeit und eine Entlastung der Polizei vor Ort stattfinden kann?

Abg. **Jürgen Frömmrich:** ich würde gerne eine Frage noch etwas ergänzen, die der Kollege Bellino in Richtung Herrn Schäfer gestellt hat; Frau Thurau ist ebenfalls angesprochen worden; und zwar geht es um die Gefährderansprache. Dabei handelt es sich um ein System, das wir in Hessen in manchen Brennpunkten mit rechtsextremen Hotspots eingesetzt haben, beispielsweise im Schwalm-Eder-Kreis. Es geht darum, den Kontrolldruck sowie die Polizeipräsenz vor Ort erhöhen. Könnten Sie vielleicht noch etwas dazu sagen, wie erfolgreich das war und wie Sie dieses System weiterentwickeln?

Es gibt noch einen zweiten Punkt, zu dem ich ebenfalls Frau Thurau und Herrn Schäfer befragen möchte. Eine der Erkenntnisse aus dem NSU-Komplex dreht sich um die Frage des Austauschs über gewisse Phänomenbereiche zwischen den Behörden und der Bundesländer untereinander. Könnten Sie vielleicht noch etwas dazu sagen, wie weit Sie da sind, wie der Austausch und die Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern funktionieren und wie es im Hinblick auf gewisse Gruppierungen, beispielsweise „Identitäre Bewegung“, „Dritter Weg“ und andere aussieht? Das spielt ja nicht nur in Hessen, sondern gerade auch in den Grenzregionen eine Rolle. Vielleicht können Sie dazu etwas sagen.

Dann habe ich noch einen dritten Punkt. Immer wieder wird berichtet über Rechtspopulisten, die in Richtung AfD tendieren, und über die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen aus anderen Ländern. Im Zusammenhang mit dem Berliner Wahlkampf wird über Beziehungen der AfD zu Russland berichtet. Können Sie dazu etwas sagen?

Präsident **Schäfer:** Vielen Dank für die Fragen. Ich versuche, das Ganze ein wenig zu bündeln und beginne mit Frau Gnadl und der Frage, wie sich die rechtspopulistische Szene für uns darstellt. Die AfD – das muss man zunächst mal so festhalten – ist kein Beobachtungsobjekt, weder des hessischen noch eines anderen Verfassungsschutzes. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat diese Bundespartei erst vor Kurzem sehr ausführlich geprüft und keinerlei Anhaltspunkte festgestellt, dass sie mit nachrichtendienstlichen Mitteln überwacht werden müsste.

Das heißt für uns aber nicht, dass dieser Bereich in unserer Betrachtung keinerlei Rolle spielte, sondern wir überwachen und beobachten sehr wohl uns bekannte Rechtsextremisten, ob und inwieweit diese Einfluss und Anschluss an andere Organisationen bekommen, zum Beispiel auch die AfD. Wir überwachen und beobachten dann deren Tätigkeit und wie diese sich auswirkt. Das heißt, wir überwachen also nicht die Partei AfD, sondern uns bekannte Rechtsextremisten und versuchen, herauszubekommen, wie deren Standing ist und inwieweit sie Einfluss auf eine solche Organisation haben.

Die Schnittmenge zwischen klar abgegrenztem Extremismus und Rechtsextremismus, wo der Verfassungsschutz eine gesetzliche Zuständigkeit hat – bei allem, was außerhalb liegt, hat er keine Zuständigkeit und darf das auch nicht; denn wir überwachen nicht die Gesellschaft –, ist meiner Meinung nach größer geworden, ebenso der Graubereich.

Ich komme zur Frage, wie wir das einschätzen. Wir glauben schon, dass die von uns überwachte rechtsextremistische Szene einen deutlichen Aufwind aus anderen Bereichen erhält, die in diesem Graubereich liegen oder bis in die Mitte der Gesellschaft reichen, und zwar durch neue Parteien, auch durch die AfD.

Mehrfach wurden schon die Anklopf-Aktionen angesprochen. Das ist für uns ein langfristiges Projekt, Herr Schaus, bei dem es genau darum geht, früh zu warnen und eine Ansprache herbeizuführen, sozusagen einen Stachel zu setzen und deutlich zu machen: Wir warten nicht erst auf irgendwelche Anlässe.

Warum machen wir das zusammen mit der Polizei? – Wir haben eine Vielzahl von uns bekannten Rechtsextremisten analysiert und haben dann nach der Auswertung eine Aufteilung zwischen Polizei und Verfassungsschutz im Rahmen der Zuständigkeiten und gesetzlichen Regelungen vorgenommen. Danach können sowohl der Verfassungsschutz als auch die Polizei solche Ansprachen durchführen, wobei die Polizei mehr Gefährderansprachen durchführt, wir hingegen mehr Gespräche. Das ist für den Verfassungsschutz sehr aufwendig, weil wir über gewisse Befugnisse nicht verfügen. Deshalb müssen wir uns auf eine solche Gesprächssituation umfassend vorbereiten, die dann aber für die Damen und Herren, die wir ansprechen, durchaus spontan und überraschend ist.

Wir haben deshalb dafür entschieden, um bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt solche Menschen anzusprechen, die sich möglicherweise in einer Phase der Agitation oder Selbstfindung befinden. Wir wollen ihnen auf diese Weise deutlich machen: Wir haben euch auf dem Schirm. Wir kennen euch, und wir betrachten das Geschehen ziemlich genau. – Dann sprechen wir die Damen und Herren darauf an.

Wir waren uns von Beginn an darüber im Klaren, dass es Situationen geben würde, in denen das Gespräch nur wenige Sekunden dauert. Wir waren uns auch darüber im Klaren, dass unsere Befragter – davon haben wir nicht sehr viele – gewisse Gefahren eingehen und auch ihre Identität preisgeben, fotografiert und abgelichtet werden. Das alles nehmen wir jedoch in Kauf. Tatsächlich hat es Gespräche gegeben, die nur wenige Sekunden gedauert haben. Es hat aber auch Gespräche gegeben, die sehr lange gedauert haben, bis dahin, dass Telefonnummern ausgetauscht wurden und sogar weitere Gespräche in den Raum gestellt wurden. Ob es auch dazu kommt, muss man noch abwarten.

Wir wollen damit deutlich machen: Der Staat steht den Menschen sozusagen auf den Füßen. Wir lassen es nicht zu, dass hier agitiert und gehetzt wird – völlig unabhängig davon, ob das strafbar ist oder nicht. Wir haben natürlich den Vorteil, dass wir auch über andere nachrichtendienstliche Mittel Resonanz erhalten, sodass man hinterfragen kann: Warum ist das genau an dem Tag genau dort und mit der Person passiert?

Es gehört gerade zu einem Frühwarnsystem, deutlich zu machen, dass wir eine solche Entwicklung nicht hinnehmen wollen. Wir wollen auch nicht, dass in der Gesellschaft Ressentiments entstehen und rassistische Taten ausgelöst werden, an welcher Stelle auch immer. Deswegen halten wir an dieser Aktion fest und führen sie mindestens noch in diesem Jahr, wenn nicht sogar noch Anfang des nächsten Jahres, weiter.

Dann komme ich zur Frage von Herrn Frömmrich nach dem Austausch von Informationen in Folge des NSU-Komplexes. Wir kooperieren sehr eng mit der hessischen Polizei im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten und versuchen, unsere Informationen sehr frühzeitig auszutauschen. Wir müssen jedoch aufgrund der gesetzlichen Situation unsere

Informationen sehr bedacht und sensibel bewerten und die Art sowie den Inhalt der Übermittlung genau abwägen, damit nicht nur das Trennungsgebot, sondern insbesondere auch das Trennungsprinzip eingehalten werden.

Da haben wir, so glaube ich, inzwischen einen guten Weg gefunden. Zwischen unserem Haus und dem Landeskriminalamt finden Regelbesprechungen statt. Wir sitzen in allen Führungsbesprechungen der hessischen Polizei, auch ich persönlich, und können dort Informationen entgegennehmen und austauschen. Außerdem gibt es einen regelmäßigen Austausch auf Präsidiumsebene mit den Kommissariaten für Staatsschutz.

Innerhalb des Verfassungsschutzverbundes gehen wir neue Wege. Wir haben zum Beispiel im Bereich des „Dritten Weges“ – das betrifft uns im Limburg-Weilburger Land, im Lahn-Dill-Kreis und in Wiesbaden, viel stärker aber auf der rheinland-pfälzischen Seite – eine ganz enge Abstimmung mit dem Landesamt für Verfassungsschutz in Rheinland-Pfalz. Erst in diesen Tagen haben wir sogar eine gemeinsame Lagebeurteilung erstellt, die jetzt auf dem Weg zum Bundesamt für Verfassungsschutz ist.

Wir arbeiten in anderen Phänomenbereichen mit mehreren Bundesländern intensiv zusammen, um ganz konkrete Beobachtungen durchführen zu können. Innerhalb des Verfassungsschutzverbundes besteht ein permanenter Austausch. Sie müssen sich das so vorstellen, dass quasi alle Informationen, die innerhalb der Verfassungsschutzämter gewonnen werden, bundesweit zum Austausch gelangen.

Zur Zusammenarbeit von Russland und AfD und welche Rolle das spielt: Dazu liegen mir keinerlei Erkenntnisse vor, die wir vermitteln könnten. Das liegt aber primär daran, dass die AfD kein Beobachtungsobjekt ist. Überdies hat das hessische Landesamt keine Zuständigkeit, wenn es das Ausland betrifft, sondern das wäre dann Sache des Bundesamts.

Präsidentin **Thurau**: Ich beginne mit der Frage von Frau Gnadl. Woran machen wir es fest, dass keine strukturierte Vernetzung zwischen den Organisationen festgestellt wird? Wir wissen natürlich, dass es temporäre Kontakte zwischen den Gruppierungen gibt; das macht sich punktuell zum Beispiel an Veranstaltungen fest. Allerdings können wir noch keine strukturierte Vernetzung feststellen, die organisiert ist und kontinuierliche Verbindungen hält.

Das wird sich möglicherweise aber ändern. Wir müssen die Entwicklung sehr kritisch beobachten. Noch aber gibt es keine strukturierte, dauerhafte Vernetzung im rechtsextremistischen Bereich, weder hessenintern, noch bundesländerübergreifend, und schon gar nicht im internationalen Bereich. Das ist uns so polizeilich nicht bekannt.

Vorhin ist der Front National angeführt worden. Das ist zum Beispiel eine Gruppierung, die wir kritisch betrachten, und da müssen wir die zukünftige Entwicklung abwarten. Das hat aber nichts damit zu tun, dass es nicht entsprechende Kontakte gäbe. Sicherlich gibt es die.

Sie haben in diesem Zusammenhang die AfD angesprochen. Da ist uns allerdings von polizeilicher Seite, zumindest was das Gefahrenabwehrrecht oder das strafprozessuale Verfahren anbelangt, nichts bekannt.

Herr Bellino, Sie haben nach dem Erfolg der Gefährderansprachen gefragt. Das äußert sich sehr unterschiedlich; und da kann ich darauf verweisen, was auch Herr Schäfer in



seinem Erfahrungs- und Aufgabenbereich erfährt. Das ist eine polizeiliche Maßnahme von vielen. Die Gefährderansprache ist aber dennoch ein sehr probates Mittel, weil unsere Kontaktpartner damit ganz deutlich zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir präsent sind und dass wir uns um dieses Aufgabenfeld kümmern.

Was erleichtert unsere Arbeit außer der Ressource „Personal“? – Da führe ich an erster Stelle ganz klar an: eine erfolgreiche Prävention. Das erleichtert sowohl unsere repressive wie auch unsere gefahrenabwehrrechtliche Arbeit. Je mehr und je erfolgreicher auf dem Gebiet der Prävention gearbeitet wird, umso mehr bedeutet das für uns eine Aufgabenerleichterung. Auch bei der technischen Entwicklung müssen wir sicherlich am Ball bleiben. In diesem Zusammenhang ist zu Recht das Internet angesprochen worden. Auch der rechtsextremistische Bereich verfährt mit diesem Kommunikationsmittel ebenso wie alle anderen auch. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir sowohl technisch als auch in der rechtlichen Entwicklung am Ball bleiben.

Ich habe über die rechtliche Entwicklung gesprochen. Das gilt natürlich nicht nur im Hinblick auf das Internet oder die technische Ausstattung, sondern das gilt auch in Bezug auf unsere Maßnahmenkataloge, die einer ständigen Begleitung bedürfen. Wir stehen da im Austausch mit dem Bundeskriminalamt. Da müssen wir zusehen, dass rechtzeitig entsprechende Gesetze initiiert werden.

Ich komme zur Frage von Herrn Schaus nach der AfD. Da muss ich noch einmal das wiederholen, was ich schon zu Frau Gnadl gesagt habe: Die AfD ist bei uns polizeilicherseits noch nicht aufgefallen.

Nunmehr komme ich zur Frage von Herrn Frömmrich, der noch einmal auf die Gefährderansprachen Bezug genommen hat. Hier gilt es zu betonen, dass sowohl das Personenklintel im rechtsextremistischen Bereich wie auch entsprechende Veranstaltungen durch ein ganzes Bündel von polizeirechtlichen Maßnahmen begleitet werden. Es ist unabdingbar, dass sehr fallbezogen, sehr personenbezogen immer wieder individuell bewertet wird, welche Maßnahmen von Erfolg gekrönt sein können. Nur das Zusammenspiel aller polizeilichen Maßnahmen bis hin zur Strafverfolgung ist hier effizient.

Eine weitere Frage richtete sich nach dem Austausch mit anderen Diensten und auch anderen Bundesländern. Herr Schäfer hat hierzu hessenintern schon einiges ausgeführt. Der Austausch ist sehr intensiv, und soweit es das Trennungsgebot erlaubt, sind wir hier gut und regelmäßig unterwegs. Das betrifft auch die Kooperation mit allen anderen Bundesländern. Hier sind feste Kooperationsformen etabliert.

Ich habe in den letzten Jahren feststellen können, dass vor dem Hintergrund gerade der politisch motivierten Kriminalität – und das ist aktuell in den letzten Jahren ganz besonders deutlich geworden – im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten in allen Bereichen ein erheblicher Anstieg von Fallzahlen zu verzeichnen ist. Da gibt es im Grunde keinen Bereich, der Entspannung verspricht. Vor allem die Wechselwirkung untereinander bereitet uns da Sorgen. Das betrifft auch die Kooperationsarbeit mit den anderen Bundesländern und Behörden. Hier sind vor allem die Dienststellen des Staatsschutzes sehr engagiert. Wir können uns insgesamt auf eine gute Zusammenarbeit verlassen.

Herr **Grün**: Frau Gnadl, zu Ihrer Frage nach der Internet-Auswertestelle, die ich in meiner Stellungnahme sowie vorhin mündlich noch einmal angeführt habe. Mir ist bei meinen vielen persönlichen Gesprächen im Vorfeld zu meiner Stellungnahme von den Staats-

schutzkommissariaten der hessischen Polizei angetragen worden, dass so etwas eine sinnvolle Ergänzung zu den vorhandenen Auswertestellen sein könnte.

Das Kompetenzzentrum Rechtsextremismus beim Landesamt für Verfassungsschutz arbeitet der Polizei in diesem Bereich zu. Vor Ort wird jedoch argumentiert, dass die Freien Kräfte wie Kameradschaften oder Skinheads, die eher örtlich agieren, besser überwacht werden könnten, wenn eine eigene Internet-Überwachungsstelle vorhanden wäre, mit entsprechender technischer Ausstattung und mit entsprechend geschultem technischem Personal. Dabei reden wir jetzt gar nicht über fünf oder sechs Vollzugsbeamte. Ich denke, wenn in jedem Präsidium eine Kraft entsprechend geschult wäre, um die Internetrecherche für den lokalen Bereich intensiv betreiben zu können, dann wäre es genau das, was sich die Kollegen vor Ort wünschen.

Herr Bellino, Sie haben vorhin die Berichterstattung bildlich so skizziert: Wenn die Rechten demonstrieren, dann stehen um die 300 Polizisten drumherum und lassen sie hoch und runter marschieren, dann gehen sie wieder weg und keiner nimmt Notiz. Da richte ich aber einen schönen Gruß an die Presse und frage mich, ob die das wirklich so hinnehmen würden. Nach meinem Dafürhalten sind hier zwei Grundrechte tangiert, nämlich einmal die Demonstrationsfreiheit und zum anderen die Pressefreiheit. Das macht das Ganze sicherlich recht schwierig.

Dann gibt es noch die Gegendemonstrationen, die immer dann stattfinden, wenn die Rechten aufziehen. Da gebe ich Ihnen recht: Wenn das wegfallen würde, dann würde auch eine Ächtung des rechten Gedankenguts, wie es bei diesen Demonstrationen transportiert wird, wegfallen. Das ist eine schwierige Gefechtslage. Gar nicht über die Demonstrationen zu berichten, das wird es in der Bundesrepublik Deutschland sicherlich nicht geben. Die ganze Angelegenheit zu isolieren, da hätte ich im Hinblick auf das Versammlungsrecht ebenfalls Bauchschmerzen. Das ist also eine schwierige Geschichte.

Mit der Presse könnte man da durchaus Gespräche führen. Wir haben einen Pressekodex, und der ließe sich vielleicht um den einen oder anderen Punkt erweitern, um so die Befindlichkeiten vielleicht ein wenig herunterzufahren.

Herr Schaus, Ihre Frage und was Sie damit gemeint haben, habe ich nicht wirklich verstanden. Ich deute das jetzt mal so, dass Sie meinen: Jetzt gibt es zusätzliches Personal; wie kann das vor Ort genutzt werden? Seitens der GdP hatten wir immer von 1.000 zusätzlichen Stellen gesprochen. Da sind wir jetzt angekommen, aber es dauert sicherlich noch die bereits angesprochenen drei Jahre, bis die neuen Kräfte voll einsatzfähig sind. Sicherlich ist das eine Lehre aus der Vergangenheit. Wir müssen in kürzeren Abständen hinschauen und prüfen, ob wir noch gut aufgestellt sind und ob das alles noch reicht. Das gilt vor allem angesichts der rasanten Entwicklung bei der Kriminalität, wie sie sich derzeit darstellt, auch für den extremistischen und den terroristischen Bereich. Angesichts der ideologischen Gewalttaten religiös fanatischer Terroristen werden wir davon sicherlich nicht so schnell loskommen.

Seitens der Polizei haben wir damit angefangen, OPEn Staatsschutz einzurichten. Die sind zwar personell vorfinanziert, werden aber dann, wenn die zusätzlichen Kräfte kommen, wieder ausgeglichen. Seitens der GdP unterstreichen wir, dass diese Staatschutz-OPEn bei allen Flächenpräsidien eingerichtet wurden.

Ansonsten – auch das wurde vorhin bereits angeführt – müssen der rechtliche und der technische Bereich immer im Auge behalten und an die sich verändernden tatsächli-

chen Gegebenheiten angepasst werden. Ich denke, das sind so die Bereiche, die wir im Moment abdecken müssen.

Herr **Schmitt**: Herr Bellino, Sie hatten mich gebeten, noch einmal ein bisschen zu konkretisieren, was ich meine mit den Darstellungen in den Medien, im Fernsehen usw. Das ist im Grunde eine alte Forderung von uns, die wir immer wieder mal formuliert haben, wenn es um Gewaltexzesse in der Öffentlichkeit oder um Amokläufe wie zum Beispiel in Winnenden ging.

Ich möchte meine Überlegungen dazu aufteilen. Fangen wir mit dem Fernsehen an. Wenn man Urlaub hat und ist zu Hause, dann hat man Gelegenheit, auch tagsüber den Fernseher einzuschalten. Ich muss Ihnen sagen: Es erschüttert mich, wenn ich sehe – wohlwissend, dass unsere Kinder und Jugendlichen tagsüber ebenfalls den Fernseher einschalten –, welches Angebot da unterbreitet wird.

Im Abendprogramm wird es dann noch abenteuerlicher. Lassen Sie mich als Beispiel nur einmal den „Tatort“ anführen, dann wird das vielleicht noch plastischer. Der „Tatort“ kam damals bei einer Sendezeit von 90 Minuten mit einer einzigen Leiche aus, und das war ein spannender Krimi. Heute geht das so nicht mehr. Da muss es mindestens eine zweistellige Leichenzahl geben, am besten müssen noch Leichenteile produziert werden. Ich will das jetzt nicht noch näher ausführen. Sex and Crime ist jedenfalls das, was man derzeit im Fernsehen geboten bekommt, jenseits der mehr oder weniger amüsanten Talkshows, die es dann auch noch in großer Zahl gibt.

Dann gibt es da noch das Kino. Auch hier verzeichnen wir eine exorbitante Steigerung der Action, der Gewalt, und zwar von einer Folge zur nächsten bei durchaus beliebten Filmen. Alles wird monströser, extremer, gewaltgeneigter. Kommunikation findet kaum noch statt.

Noch schlimmer wird es dann im Internet. Hier appellieren wir an Sie und fordern, dass Sie alles nur Mögliche tun, um bei der deutschlandweiten Gesetzgebung sowie bei der EU-Gesetzgebung Regelungen zu schaffen, mit denen man auf Anbieter von Internetplattformen wie Facebook, YouTube usw., wo man ständig solche Hassparolen findet, einwirken könnte. Das geht sicherlich nicht von heute auf morgen, weil diese Bereiche ja zu einem großen Teil noch dem Grundrecht der Kunstfreiheit unterliegen, was ich übrigens bemerkenswert finde. Hier müssten Regelungen herbeiführt werden, sodass klar ist: Solche Inhalte dürfen gar nicht erst dort landen, und wenn sie dann doch, auf welchen Wegen auch immer, dort auftauchen, müssen sie eben auf Zuruf staatlicher Institutionen sehr zeitnah wieder entfernt werden. – So viel zum Bereich „Soziale Medien“.

Dann noch ein letzter Punkt. Auch das ist eine alte Forderung von uns, die ist inzwischen wieder etwas gesellschaftsfähiger geworden ist: Wir fordern die Abschaffung von Killerspielen. Wir kennen das im Zusammenhang mit Amokläufen. Anders Breivik hat sich damals noch aus dem Gefängnis heraus damit gebrüstet; auch der Amokläufer von Winnenden hatte einen entsprechenden Hintergrund.

Uns nützen alle wissenschaftlichen Untersuchungen nichts, die besagen, es gebe keine signifikanten Hinweise darauf, dass der Konsum von Killerspielen bei einem gefestigten, demokratiefesten Menschen zu einer stärkeren Gewaltbereitschaft führt. Wir wissen nämlich auch, dass gerade bei psychisch labilen und noch nicht gefestigten Jugendlichen genau das Gegenteil der Fall ist. Insofern frage ich mich, welcher Mensch auf die-

ser Welt überhaupt Killerspiele braucht. Wir kommen in unserem Alltag auch ganz gut ohne sie aus.

Ich weiß, dass das eine sehr weitgehende Forderung ist. Mir ist auch bekannt, dass die Kunstfreiheit natürlich Grundrecht hat. Trotzdem sind wir der Meinung, dass verstärkt Überlegungen in diese Richtung angestellt werden sollten. Gerade bei den Fernsehangeboten gibt es ja Gremien, bei denen man vielleicht jenseits einer gesetzlichen Regelung zunächst mit einem intensiven Werben für eine Überprüfung solcher Tendenzen ein Stück weit vorankommen kann.

Insgesamt sind wir der Überzeugung, dass die beschriebenen Entwicklungen in Summe dazu führen, dass Gewalt von vielen Menschen als gesellschaftsfähig erachtet wird und dass sie quasi zum Alltag mit dazu gehört. Insofern halten wir es für einen sehr wichtigen Bereich, den man unbedingt im Auge behalten muss.

Herr **Vogel**: Ich könnte es mir als Mitarbeiter der Regionalstelle Nord-/Osthessen, des Beratungsnetzwerks, leicht machen und sagen: Ich schließe mich vollumfänglich den Ausführungen von Reiner Becker an, der unsere Arbeit sehr plastisch und ausführlich dargelegt hat. Das will ich aber nicht, sondern ich möchte eine kurze Ergänzung zum Themenkomplex „menschenfeindliche Erscheinungsformen“ und „Willkommenskultur vor Ort“ machen.

Wir haben festgestellt, wie wichtig die Positionierung von lokal relevanten Akteuren und Entscheidungsträgern bei der Einrichtung einer Willkommenskultur ist. Wenn ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin gesagt hat: „Wir sind eine gastfreundliche Kommune, und wir werden das Möglichste tun, um Gäste oder auch neue Bürger zu empfangen“, dann hatte das unmittelbare Auswirkungen auf die Stimmung vor Ort. Wenn jemand hingegen sagt: „Das wurde mir von Wiesbaden oder von Berlin aufgedrückt“, dann gibt das eine Anti-Stimmung wieder, die vor Ort verstärkt wurde. Das hat unsere Arbeit extrem erschwert, bzw. wir kamen erst gar nicht ans Arbeiten, wenn so agiert wurde.

Das bedeutet auch, die Sorgen der Bürger ernst zu nehmen und auf sie einzugehen. Wir haben es durchaus erlebt, dass auf Bürgerversammlungen gesagt wurde: Jetzt gibt es keine Fragen mehr; wir machen das, das wird schon kein Problem sein. – Ich sage jedoch: Die Fragen der Bürger müssen beantwortet werden, und es muss da eine Grenzziehung erfolgen, wo es menschenverachtend wird, wo die Menschenwürde von Hinzugezogenen oder Flüchtlingen betroffen ist. Da ist eine Grenze überschritten, und da werden wir als demokratische Institution oder Partei nicht mitmachen. Das ist immer sehr wichtig gewesen.

Seit einem Jahr hört man immer wieder, sowohl lokal als auch auf Bundesebene, dass die Stimmung kippen würde. Wir können das aus unserer Arbeit heraus jedoch nicht feststellen. Die Stimmung kippt nicht. Ein solches Engagement, eine solche Welle habe ich persönlich in meinem Berufsleben und überhaupt in meinem Leben noch nie erlebt. Die Leute engagieren sich nach wie vor, in ihrer Freizeit, aber auch beruflich, in den Ämtern, und zwar nicht nur für Geflüchtete, sondern auch für ihr eigenes Gemeinwesen. Da kommen neue Leute, und das bedeutet: Wir machen was, das ist unsere Gemeinschaft, unser Dorf, unsere Kommune. Dafür engagieren wir uns.

Das ist zugleich eine Möglichkeit, sich konkret zu engagieren. Normalerweise gibt es dafür die üblichen Verdächtigen wie Sportverein oder Feuerwehr. Das sind Strukturen, die vor Ort vorhanden sind, wo sich die Menschen normalerweise engagieren. Jetzt kommt

plötzlich etwas Neues hinzu, und es wird ganz praktisch, überhaupt nicht abstrakt, sondern man kann ganz konkret etwas tun für sein Gemeinwesen. Wie gesagt, aus unserer Sicht können wir sagen: Die Stimmung kippt nicht.

Ich möchte noch etwas sagen zum Thema „Veränderungen in rechtsextremen Strukturen und Erscheinungsformen“. Das hat so richtig angefangen, als es vor gut anderthalb Jahren mit Pegida in Kassel losging, wo wutentbrannte ältere Herren zusammen mit Neonazi-Akteuren und Kadern demonstriert haben. Das letzte Mal habe ich es Ende der 90er-Jahre bei den Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung erlebt, dass ein solches Konglomerat zusammen auf die Straße ging und dass es auch intern keinen Skandal gegeben hat. Daran war im Übrigen auch die AfD beteiligt. Die Leute aus dem Vorstand waren sozusagen privat da; die Rechtsextremen sind nicht als Kameradschaft aufgetreten, sondern als Gruppierung. Die hatten ihre Transparente, wie man sie sonst von solchen Aufmärschen kennt, nicht dabei, die hatten auch keinen einheitlichen Look, sondern sie sind da sozusagen wie Fische im Wasser mitgeschwommen.

Vor fünf bis zehn Jahren haben wir sehr viel über Kameradschaften geredet. Heute reden wir über dieselben Leute, die aber ganz anders in der Öffentlichkeit agieren und auch im Internet anders auftreten. Die treten dort nicht mehr als „Kameradschaft XY“ auf, sondern sie treten an unter dem Motto: „Auch wir sind gegen das Flüchtlingsheim in Soundso. Wenn erst mal die Flüchtlinge kommen, dann werden dort Drogen verkauft, und dann wird die Kriminalität hier Einzug halten. Wir sind auch besorgte Bürger.“ Das ist ein relativ neues Phänomen, dass Neonazis plötzlich so auftreten, als ob sie ganz normale Bürger wären.

Zum Thema AfD. Hierzu hat sich ja auch Herr Kemper sehr ausführlich geäußert. Dazu vielleicht noch eine Ergänzung: Es gibt Hinweise darauf, dass die „Identitäre Bewegung“ im Landkreis Fulda daran Anteil nimmt und in die AfD hineingeht. Hierzu gibt es eine lokale Presseberichterstattung. Ich persönlich – Stichwort: lustige Veranstaltungen – habe aus Interesse den Politischen Aschermittwoch der AfD im Landkreis Fulda besucht. Mitglieder der „Identitären Bewegung“ – das sind junge Leute zwischen 20 und 30 Jahren – waren ebenfalls dort, natürlichen nicht in irgendeinem Outfit, in denen man sie als Szeneangehörige hätte erkennen können. Ob es ihnen tatsächlich gelingt, in die AfD hineinzukommen und dort die Stimmung vorzugeben, das muss man abwarten.

Ich möchte noch eine kurze Ausführung zum Thema „Aufarbeitung des NSU-Komplexes“ machen. Wir sind in Kassel ansässig, und daher ist das für uns ein nach wie vor sehr relevantes Thema. Als Beratungsnetzwerk haben wir im Juni dieses Jahres anlässlich des zehnten Todestages von Halit Yozgat eine Tagung mit dem Titel „Leerstelle Rassismus“ veranstaltet, wobei wir uns alle gefragt haben, welche Schlüsse wir aus dem NSU-Komplex ziehen. Das betrifft alle möglichen Bereiche: die Presse, die Pädagogik, unsere Arbeit als Netzwerk, unsere Arbeit als Berater, Lehrer und die Sicherheitsbehörden. All diese Bereiche wurden befragt, welche Lehren wir daraus ziehen sollten. Die Frage war auch, ob wir beim nächsten Mal wieder etwas übersehen; denn auch wir, die wir uns beruflich damit beschäftigen, hatten natürlich keine Ahnung, dass diese Mordserie von Rechtsextremen begangen wurde.

Es zeigte sich, wie kontrovers nach wie vor das Gedenken in Kassel ist. Es gab eine Podiumsdiskussion, bei der wirklich die Fetzen geflogen sind zwischen Vertretern von Unterstützungsorganisationen und dem Büro des Oberbürgermeisters. Das Thema ist in Kassel nach wie vor sehr präsent, und aus Kasseler Perspektive ist die Arbeit des Untersuchungsausschusses in Hessen wirklich zentral. Allerdings kommt es bei vielen so an, dass den Untersuchungsausschuss in Hessen viele Fragen beschäftigen, die in Kassel für ei-

nen Teil der Stadtgesellschaft und der Angehörigen nicht wirklich relevant sind, nämlich was der heutige Ministerpräsident und damalige Innenminister wusste oder eben nicht. Daran besteht kein vordergründiges Interesse.

Von Interesse ist vielmehr, was Herr Temme am Tatort gemacht hat. War er dort privat oder beruflich? Von Interesse ist – und das hat Herr Binninger, der Vorsitzende des Bundestagsuntersuchungsausschusses, vor ein paar Tagen gesagt –, welche lokalen Strukturen es gab. Er jedenfalls ist überzeugt, dass es solche Strukturen in Kassel gab. Wo sind diese?

Im Zuge der Berichterstattung in Kassel ist die Stimme der Angehörigen, die Stimme der von Rassismus Betroffenen – das wäre sogar eine Schlussfolgerung für die gegenwärtige Flüchtlingsdebatte – ernst zu nehmen; sie müssen in den Vordergrund gestellt werden. Es gilt, die Leisen mehr in den Vordergrund zu stellen. Ich sage immer vor Ort: Die 85 %, die nicht AfD gewählt haben, gilt es zu unterstützen. Wir müssen uns nicht immer auf diejenigen fokussieren, die laut sind und ganz bewusst Tabubrüche produzieren, um in die Medien zu kommen.

Herr **Niebling**: Ich bedanke mich für die Einladung. Sie haben jetzt schon viel gehört an Beschreibungen und Bewertungen der Lage in Hessen mit aktuellen Entwicklungen. Dem will ich gar nicht so viel hinzufügen, sondern mich auf einige wenige Punkte konzentrieren.

Verstehen wir genau, was da gerade passiert? Es gibt ja viele Beschreibungen, aber verstehen wir wirklich, was derzeit passiert? Ein weiterer Punkt wäre die individuelle Radikalisierung. Welche Zugänge finden wir da? Dann gibt es die Sozialen Medien, die Diskursgestaltung und schließlich die Frage nach Prävention im Rahmen von Regelstrukturen.

Zunächst zur Frage, ob wir genau verstehen, was da gerade passiert. Wenn wir unter die Oberfläche blicken, was finden wir denn dann? Mein Eindruck ist: Wir finden da Verunsicherung und viele Ängste. Wir erhalten Botschaften, die wir vielleicht noch gar nicht so richtig wahrgenommen haben, die wir aber einbeziehen müssen, wenn wir über Prävention nachdenken.

Es gibt die Sehnsucht nach einer Welt, in der viele Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte eigentlich wieder rückgängig gemacht werden sollen. Da soll etwas aufrechterhalten werden, was es so nicht mehr gibt. Es geht um Zusammenhalt, es geht um Identität. Das ist etwas, was im Hintergrund auf der gesellschaftlichen Ebene geschieht. Wenn wir uns einmal anschauen, wie die individuellen Radikalisierungsprozesse ablaufen – Herr Grün hat vorhin auf die Biografien hingewiesen –, dann stellen wir fest: Wir haben es mit Menschen zwischen 13 und 15 Jahren zu tun. Das sind die ganz jungen Leute, die die ersten Bezüge zur rechten Szene herstellen.

Die Hintergründe auf biografischer Ebene umfassen Gefühle von „Ich bin benachteiligt“. – Die Familienverhältnisse sind belastet. Da gibt es eine fehlende gesellschaftliche Anwendung; da gibt es auch kommunikative Selbstwertdefizite. Und hierzu passen die Angebote der rechten Szene in ihrer Deutung von Welt und in dem, was man erleben kann, ziemlich gut. Da kann man bestimmte Dinge erleben; da man kann etwas haben, was Action verspricht oder was verboten ist. Da kann man Alkohol trinken. Man gewinnt Stärke, Macht, Anerkennung, Wertschätzung und Identität über eine Art politischen Glauben. Das verspricht Orientierung, Sicherheit in der Gesellschaft, wie man

Dinge zu sehen hat, Zugehörigkeit, Kameradschaft in einer Clique, in einer anderen Gruppe.

Da gibt es also ein ausgesprochen gutes Passungsverhältnis von individuellen Bedürfnislagen und einem entsprechenden Angebot. Bei der Aufgabe, diese Einstiegs- und Radikalisierungsprozesse irgendwie ins Stocken zu bringen und zu unterbrechen, wäre die Frage: Haben wir ein besseres Angebot? Was haben wir diesen jungen Menschen zu bieten? Denn wenn sie das bei uns fänden, müssten sie es ja nicht unbedingt dort suchen.

Wir bieten an: individuelle Kontaktaufnahme und Beziehungsangebote über längere Zeit. Wir versuchen, mit diesen jungen Menschen in Kontakt und ins Gespräch zu kommen. Dann gibt es so etwas wie eine gemeinsame Arbeit an individuellen Beeinträchtigungen, an Zukunftsvorstellungen, vielleicht auch an anderen Formen von Sich-in-Szene-Setzen. Dazu braucht man nicht unbedingt die rechte Szene. Man kann auch schauen, ob man ein Gegenüber ist, in dem der junge Mensch seine Weltsicht kritisch reflektieren kann. Junge Menschen müssen auch mal etwas ausprobieren dürfen; das ist okay. Sie brauchen jedoch ein Gegenüber, das ihnen ein Spiegel ist, und das auch einmal korrigierend eingreift. Wenn es dieses Gegenüber nicht gibt, dann sind diese Einstiegsprozesse natürlich sehr viel leichter.

Das heißt, wir brauchen Menschen, die bereit sind, mit diesen Jugendlichen Kontakt zu haben. Wir brauchen so etwas wie eine gemeinsame Suche nach Alternativen. Das, was man in der rechten Szene finden kann, ist ja eine Erwartungsprojektion von jungen Menschen. Haben wir da etwas anderes anzubieten? Wenn man dort meint, über Gewalt, Rassismus und Ausgrenzung Selbstwert und Stärke erleben zu können – kann man das nicht auch auf andere Weise bei uns erfahren?

Genau hier bieten wir Unterstützung. Wir beraten auch Angehörige, Familien, Geschwister, Fachkräfte und Bezugspersonen, bis in die Betriebe hinein, und das in ganz Hessen. Das halten wir für einen sinnvollen Zugang, der auch auf Ebene der Regelstruktur ausgebaut werden könnte.

Der zweite Fokus ist angesprochen worden: die Sozialen Medien. Wir wissen, was in den Sozialen Medien an Hass gepflegt wird, was den Menschen dort begegnet. Hier haben wir es mit einem Kommunikationsmedium zu tun, das vor allem von jungen Menschen genutzt wird. Das heißt, vieles von dem, was wir an Prävention und an Bildungsarbeit machen, findet außerhalb der Kommunikationswege junger Menschen statt. Junge Menschen sehen gar nicht mehr so viel fern; sie haben ihre eigenen Leute bei Facebook und vor allem bei YouTube.

Da stellt sich die Frage: Wie kommen wir bei YouTube vor? Hier entsprechende Angebote vorzubereiten, das haben wir uns seit diesem Jahr auf die Fahne geschrieben. Wir sind gerade dabei, in den Sozialen Medien ein Angebot zum Thema „Hate Speech“ aufzubauen. Es geht um die Stärkung von Medienkompetenz auch in rechtsextremen Bezügen. Wie geht es den jungen Menschen, wenn sie auf YouTube Filme über Verschwörungstheorien sehen oder wenn ein rechtsextremer Rapper versucht, ihnen klarzumachen, dass das doch total cool ist, was er da macht? Mit diesen Menschen muss sich jemand auseinandersetzen.

Dafür bieten wir Veranstaltungen mit jungen Menschen an. Da geht es auch um Themen wie Radikalisierungsprozesse oder welche Rolle die Sozialen Medien in Radikalisierungsprozessen spielen. Wir kennen einige Gruppen, in denen Facebook eine große

Rolle in der Konstitution einer Gruppe gespielt hat. Solche Prozesse lassen sich nachzeichnen, und auch Fachkräfte lassen sich dafür sensibilisieren.

Am 14. Oktober dieses Jahres werden wir in Marburg einen Fachtag zu diesem Thema durchführen, und zwar unter dem Titel „Worte wie Faustschläge“. Dazu haben wir alle relevanten Träger in der Bildungsarbeit sowie im Themenbereich „Neue Medien/Hate Speech“ eingeladen, um den internen Fachaustausch zu pflegen und das Thema in die Fachöffentlichkeit zu transferieren.

Wir brauchen nicht nur Verbote in den neuen Medien und auf Facebook, sondern wir brauchen auch einen kompetenten Umgang mit dem Thema. Wichtig finde ich nach wie vor, dass es eine Einflussmöglichkeit gibt, um den gesellschaftlichen Diskurs zu verändern und rechtsextreme menschenverachtende Botschaften zu reduzieren. Ich fände das sehr sinnvoll, weil es eine Normverschiebung mit sich bringt.

Ein weiterer Punkt sind die Regelstrukturen. Wir verfügen über eine Vielzahl unterschiedlicher Handlungsmöglichkeiten. Wenn wir mit mehreren Fachkräften arbeiten, haben wir immer eine Matrix, und da gibt es immer mindestens 40 Vorschläge, was man alles tun kann – sinnvoll, situationsangemessen, zielgruppenspezifisch. Das sollte in der Gesellschaft nicht anders sein. Es gibt viele Möglichkeiten, die durchaus Sinn machen. Sie sind nur nicht immer gut koordiniert oder gut bekannt. Die Idee wäre, ein Handlungskonzept, einen Aktionsplan bis in die lokalen Strukturen hinein aufzulegen, wo die gesellschaftlichen Regelstrukturen, die Akteure miteinander diese Handlungsmöglichkeiten ausloten können. Davon würde ich mir ein feineres, sensibleres Netz versprechen, auch von Signalgebern und Leuten, die Zugänge ermöglichen können. Daran würden wir gerne mitwirken.

Herr **Staier**: Wir haben uns aufgeteilt. Ich werde grundsätzlich etwas über das Bündnis Odenwald gegen Rechts ausführen, und der Kollege wird dann über die präventive Arbeit, die wir für wichtig halten, berichten. Ich will versuchen, meine Ausführungen möglichst kurz zu halten. Hier ist von vielen Rednern schon sehr viel Wichtiges gesagt worden. Ich möchte jedoch zwei Personen hervorheben, bei denen mir das Gesagte besonders gefallen hat. Das war zum einen Prof. Dr. Backes; er hat viele Punkte angesprochen, die aufgearbeitet werden müssen. Das halte ich für wichtig und richtig. Was Herr Dr. Becker dazu gesagt hat, was vor Ort notwendig wäre und verbessert werden müsste, das sind auch meine Erfahrungen vor Ort.

Das Bündnis Odenwald gegen Rechts ist kein Verein, es ist auch nicht an einen Kreis angebunden, sondern wir sind unabhängige Bürger, die sich seinerzeit zusammengeschlossen haben, als plötzlich die NPD in allen Kommunen, Städten und Gemeinden Kundgebungen und Demonstrationen angemeldet hat. Wir haben gesagt: „Das kann ja nicht wahr sein“, und haben dazu aufgerufen, dieses Bündnis zu gründen.

Wir waren überrascht, wie viele Organisationen das unterstützt haben. Fast alle demokratischen Parteien waren anwesend, alle Religionsgemeinschaften bei uns im Kreis, ebenso sehr viele Bürgerinnen und Bürger. Der Saal, den wir angemietet hatten, hat nicht ausgereicht, so viele Interessierte waren da, die unsere Position unterstützen wollten. So ist das Bündnis entstanden.

Wir haben mit vielen jungen Menschen gearbeitet und haben von ihnen Dinge erfahren müssen, die wir uns damals nicht hätten vorstellen können. Sie haben uns berichtet, dass sie sich in manchen Kommunen abends nicht mehr auf die Straße getraut haben,



dass viele von ihnen zusammengeschlagen worden sind. Sie haben uns gebeten, diese Sache aufzugreifen.

Wir haben uns dann gefragt, wie wir in dieser Sache helfen können, und haben uns überlegt, in diesen Kommunen einfach mal einen Infostand zu veranstalten. Das haben wir dann angemeldet. Zunächst lief das auch ganz gut, bis plötzlich der Anruf vom Bürgermeister kam, das könnten wir nicht machen, weil dann die Sicherheit und die Ordnung nicht mehr gewährleistet seien.

Das hat uns dann hellhörig gemacht, und wir haben gedacht: Das kann doch nicht wahr sein. Wir leben im Jahr 2007 – wie kann ein Bürgermeister so etwas schreiben? Wir haben dann einen Presseartikel verfasst, wir haben den Hessischen Rundfunk angeschrieben, den Bayerischen Rundfunk und die Tageszeitung. Ich muss sagen, wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht; wir haben sehr viel Hilfe von Journalisten erfahren, sowohl von den Rundfunkanstalten, die das aufgegriffen haben, als auch von der Tageszeitung. So ist es uns dann gelungen, gemeinsam mit vielen anderen Organisationen vor dem Rathaus einen Infotag zu veranstalten. Inzwischen hat sich das alles gebessert; im letzten Jahr durften wir sogar eine Veranstaltung im Rathaus durchführen. Das wäre damals undenkbar gewesen.

Eine weitere Erfahrung von damals: Viele Bürgermeister haben uns geraten, wir sollten über solche Vorkommnisse nicht berichten, wenn Rechte beteiligt waren; damit würden wir das Ganze nur aufwerten. Wir haben immer gesagt: Nein, wir machen genau das Gegenteil. Überall da, wo Rechte den öffentlichen Raum für sich beanspruchen, werden wir Gegenveranstaltungen organisieren und das Ganze öffentlich machen. Das war auch sehr erfolgreich. Wir haben sehr viel Zuspruch bekommen.

Inzwischen ist es so, dass wir Zugang haben zum Landratsamt und zu den Bürgermeistern im Kreis. Die Meinung hat sich da wesentlich verändert. Früher hat man immer versucht, diese Vorkommnisse einfach unter die Decke zu kehren, und hat so getan, als gebe es das alles nicht. Das war schon vor zehn Jahren der Fall. Ich habe heute erstaunt von Herrn Schäfer zur Kenntnis genommen, dass das Amt jetzt eine selbstständige Abteilung gegründet hat, die sich besonders mit Rechtsextremismus befassen soll. Das hätte ich nicht erwartet. Ich hätte es schon vor zehn Jahren für selbstverständlich gehalten, dass es so etwas in Hessen gibt. Ich habe heute einiges dazugelernt; einiges hat mich überrascht, auch negativ überrascht, wie weit einige Verantwortliche doch hinter der Realität hinterherhinken.

Wir haben dann gesagt: Unsere Schwerpunktarbeit muss darin liegen, präventiv tätig zu werden; und das betrifft natürlich die Jugend. Bei den Älteren hat man weniger Erfolg, aber bei den Jugendlichen müssen wir versuchen, mit unserer Arbeit einzusetzen. Das haben wir gemacht. Wir haben mit dem größten Sportverein eine Veranstaltung durchgeführt. Wir sind von der Kreisjugendfeuerwehr bei uns im Kreis angesprochen worden; der Verantwortliche ist auf uns zugekommen, nachdem wir im Kreis bekannt waren, und hat uns um Hilfe gebeten. Er hat bei Veranstaltungen seiner Einrichtung Vorkommnisse erlebt, die er nicht länger verantworten will, und wollte wissen, ob wir ihm Referenten anbieten könnten, die mit ihm gemeinsam im Kreis eine Veranstaltung durchführen. Das haben wir natürlich gern gemacht, und haben dann einen Referenten besorgt.

Wie Sie alle wissen, gibt es in ländlich strukturierten Landkreisen in jedem kleinen Ort eine Feuerwehr. Es kamen dann so viele junge Leute, dass wir diese Veranstaltung auf zwei Abschnitte aufteilen mussten, vormittags und nachmittags. Dann haben wir noch eine gemeinsame Veranstaltung mit der Landesfeuerwehr durchgeführt.

Ich war überrascht, wie viele gute Unterlagen die Feuerwehrverbände haben. Ich war lange kommunalpolitisch tätig, aber ich muss sagen: Ich habe diese Flyer oder die Plakate bei der Feuerwehr niemals wieder gesehen, die da ausgelegt haben. Also, auch da besteht noch ein Defizit. Wir haben da Erfahrungen gesammelt, von denen ich nicht für möglich gehalten hätte, dass es so etwas gibt.

Die Kreisjugendfeuerwehr als Verantwortlicher musste sich dann von der Hauptfeuerwehrevorwürfe gefallen lassen, weil das öffentlich gemacht wurde, und weil diese Veranstaltung mit uns durchgeführt hat. Ihnen wäre es lieber gewesen, sie hätten das weiter unter der Decke gehalten. Aber durch unsere Arbeit vor Ort, durch diese Art, offen mit den Problemen umzugehen – auch mit dem Problem des Rechtsextremismus; bei uns im Odenwaldkreis gibt es nur diese eine Art von Extremismus, nämlich den Rechtsextremismus –, sind die Leute auf uns aufmerksam geworden und haben ihre Probleme geschildert, die es teilweise auch bei Sportvereinen gibt. Und so konnten wir diese Veranstaltung durchführen.

Wir hatten bei unserer Gründung zunächst mal das Problem, wie wir denn solche Veranstaltungen finanzieren. Wir brauchen zunächst einen Referenten. Einige machen das kostenlos, andere wollen zumindest die Fahrtkosten erstattet bekommen. Da hatten wir dankenswerterweise Bündnispartner; das war bei uns im Odenwaldkreis vor allem der Deutsche Gewerkschaftsbund, das war das Evangelische Dekanat und das war Attac. Wir haben dann gemeinsam eine Veranstaltung gemacht, die entsprechend finanziert wurde, und so konnten wir die Referenten einladen.

Das ist sicher generell ein Problem, auch die vielen Veranstaltung, die wir dann mit Schule durchgeführt haben und auch immer noch durchführen. Wenn wir jemanden einladen, müssen wir das in der Regel selber finanzieren. Inzwischen ist es so, dass uns auch der Kreis mal eine Spende gibt oder die eine oder andere Gemeinde oder sonst eine Organisation. Es ist jedoch letztlich immer unsicher, wie wir unsere Arbeit vor Ort finanzieren. Das ist aber völlig unbefriedigend, und das sollte in Zukunft verbessert werden.

Herr **Rösler**: Von verschiedenen Vorrednerinnen und Vorrednern wurde bereits klargestellt, dass Aufklärung in den Schulen und Bildung die wichtigsten Mittel sind, um Jugendliche gegen Rechtsextremismus zu sensibilisieren. Das umfasst die Aufklärung der Geschehnisse während der Nazizeit seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis heute.

Hierzu sind jedoch ausreichend Lehrkräfte erforderlich, die über eine fundierte Ausbildung in diesem Bereich verfügen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Jugendliche die Extremisten und deren Ideologien durchschauen können und ihnen nicht auf den Leim gehen. Auf diesem Fundament kann Rechtsextremismus von Jugend an bekämpft und unsere Demokratie gleichzeitig gestärkt werden. Ein Beispiel hierfür ist das Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“. Wir haben in unserer Stellungnahme darauf hingewiesen.

Dass die Jugendlichen offen sind, wenn sie entsprechend angesprochen werden, zeigt sich bei unseren Veranstaltungen in den Schulen immer wieder. Ich stimme Prof. Bundschuh zu, wenn er sagt, dass die Älteren dafür verantwortlich sind, was Jugendliche machen, sagen und welchen Vorbildern sie folgen. Hier spielen auch die von Dr. Becker erwähnten „nicht erledigten Hausaufgaben“ der Politik eine Rolle. Die Abgeordneten

müssen sich angewöhnen, eine verständliche Sprache zu sprechen, die die Jugendlichen, aber auch die normalen Bürger verstehen.

Wenn ich erlebe, wie die Unterstützung der Landesregierung für den Kampf gegen Rechtsextremismus erfolgt, frage ich mich, welche Wertigkeit man diesem Thema tatsächlich zumisst. Für die angekündigten Landesmittel zur Unterstützung unserer Arbeit – das wurde Anfang 2016 angekündigt – ist bis heute, gut acht Monate danach, der erforderliche Antrag noch nicht verfügbar. Herr Innenminister, wie soll man bei einer solchen Handhabung erfolgreich gegen den Rechtsextremismus vorgehen und Prävention betreiben?

Herr **Bürger**: Ich möchte Ihnen von einem gewissen Gegenentwurf zu dem eben Gehörten aus Nordhessen, aus dem Schwalm-Eder-Kreis berichten. Dort gab es im Jahr 2008 einen sehr schwerwiegenden Vorfall. Wir haben darauf reagiert und aus eigener Kraft mit kreiseigenen Ressourcen ein Projekt auf die Spur gesetzt. Dabei wurde eine personelle Ressource – und zwar in meiner Person – aus dem Jugendbildungswerk damit beauftragt, ein Projekt zu initiieren, ein Netzwerk zu erarbeiten, in dem sich so viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer wie möglich gegen den Rechtsextremismus wenden.

Daran haben wir seit 2008 gearbeitet. Aufgrund der schwerwiegenden Vorfälle ist es uns gelungen, uns der Gruppierung, die damals für sehr viele schwerwiegende Straftaten verantwortlich war – die Freien Kräfte Schwalm-Eder – entgegenzusetzen. Gemeinsam – das will ich betonen – mit Politik und Mandatsträgern, mit Verwaltung, mit Institutionen, bis hinein in die Gemeinden und in die Kommunen, aber auch gemeinsam mit Polizei und zivilgesellschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern haben wir es geschafft, dass unser Projekt relativ gut und erfolgreich arbeitet.

Lassen Sie mich aus Sicht eines Praktikers drei Hinweise zu diesem Projekt geben, für das auch ich verantwortlich zeichne.

Erstens. Auch in Zeiten, in denen bei uns derzeit ein Rückgang der PMK-Rechts zu verzeichnen ist, muss das Engagement mit voller Kraft weitergefahren werden. Da darf nicht nachgelassen werden, denn der Tag, an dem wir wieder gebraucht werden, kommt ganz bestimmt. Das ist ganz klar.

Zweitens. Die Bundes- und Landesförderung, die oftmals ausschließlich eine Innovationsförderung ist, muss in eine Regelförderung übergeführt werden. Wir brauchen hier geregelte Strukturen. Es handelt sich um ein Thema, das auch von Seiten der Politik als sehr wichtig angesehen wird. Im Bereich der Extremismusbekämpfung, insbesondere des Rechtsextremismus, sehe ich das als ein völlig neues Aufgabengebiet, das in die Bildungspolitik, in die Bildung von jungen Menschen hineinzutragen ist. Das ist ein ganz neuer Präventionsauftrag, der nachhaltig gestaltet werden muss und nicht nur auf Innovationskraft angelegt sein darf.

Drittens. Ich bin der festen Überzeugung, dass direkt vor Ort, also lokal, Kompetenzen entstehen und entsprechende Ressourcen eingesetzt werden müssen. Dorthin müssen sie gelangen; vor Ort müssen solche Projekte entstehen. Das darf nicht nur durch eine übergeordnete Landessteuerung geschehen. Sicherlich muss eine solche Struktur zusätzlich als Vernetzung vorhanden sein. Am wertvollsten ist es meiner Meinung nach jedoch, wenn auch vor Ort solche Strukturen bestehen.

Zum ersten Punkt. Bei uns ist es tatsächlich so, dass bei der PMK-Rechts ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen ist. 2008 hat es einen sehr schwerwiegenden Vorfall gegeben; im folgenden Jahr ist die Statistik darauf hin noch einmal hochgeschneit. Derzeit haben wir ein relativ niedriges Niveau mit insgesamt 30 Fällen; im Jahr davor waren es 29 Fälle. Für 2016 erwarte ich einen ähnlichen Wert. Wir haben aber keine Gewalttaten mehr zu verzeichnen, wie es vorher der Fall war.

Das gelang, wie ich vorhin schon andeutete, mit vielerlei Unterstützung und Hilfe von unterschiedlichen Personen und Institutionen. Die Polizei habe ich bereits genannt. Es war ganz wichtig, dass wir da sehr kooperativ zusammengearbeitet haben. Das gelang aber auch deshalb, weil deutungsmächtige Akteure sehr früh das Visier hochgeklappt und gesagt haben: Wir haben ein Problem. Dem haben wir uns zu stellen, und wir tun das auf die und die Art und Weise. Wir haben die Verantwortung dafür übernommen, wir haben delegiert und auch Ressourcen freigegeben.

Bei uns war es der Landrat in Person, der das Projekt angestoßen hat. Er hat gesagt: Bitte organisiert da etwas. – Aber das sind auch die Bürgermeister gewesen, die ihm zur Seite gestanden haben, sowie andere, die über den Landrat hervorragend zu erreichen sind: die jeweiligen Spitzenvertreter aus Vereinen und Verbänden, die in der ländlich strukturierten Gegend in Nordhessen – da ist es sehr dörflich – ziemlich deutungsmächtig sind. Da hat das Wort des Vorsitzenden eines Sportvereins ein großes Gewicht, und wenn ich ihn gewinnen kann, für eine solche Sache einzutreten und zu sagen: „Nein, so etwas dulden wir nicht, wir wollen hier demokratisch und tolerant miteinander leben, vor allen Dingen auch friedlich“, dann hat das ein großes Gewicht. Also, diese deutungsmächtigen Akteure müssen unbedingt an Bord geholt werden, denn sie verfügen über eine wichtige Schlüsselrolle.

Wir sind im Schwalm-Eder-Kreis, obwohl es so ruhig geworden ist, noch immer präsent. Die Ressorts sind niemals zurückgefahren worden, sondern wir haben, obwohl wir seit einigen Jahren auch eine Bundesförderung erhalten und obwohl wir jetzt auch auf das Landesprogramm Zugriff haben, unsere kreiseigenen Ressorts im Haushalt verankert gelassen. Neben den Bundesfördermitteln, die wir weiterleiten können über das Projekt „'Demokratie leben!' Partnerschaften für Demokratie“, haben wir noch ein kreiseigenes Förderkonstrukt aufgebaut, um in den einzelnen Ortsteilen und in den Dörfern ganz bewusst auch kleine Projekte in den Vereinen und Verbänden zu fördern.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen; das ist vorhin schon angesprochen worden. Die „Identitären“ tauchen auf einmal wieder häufiger auf; vorhin wurde in diesem Zusammenhang die Gemeinde Frielendorf genannt. Ganz aktuell gibt es dort massive Probleme; am Rathaus wurden Schmierereien hinterlassen, und, und, und. Es ist so wichtig, lokal als anerkannter Partner vor Ort zu sein, auch mit der kreiseigenen Ressource. Der Bürgermeister hat innerhalb kürzester Zeit den Telefonhörer in die Hand genommen und hat sich mit unserem Projekt, also mit mir, in Verbindung gesetzt.

So konnte er seine Anliegen loswerden: Könnt ihr uns unterstützen? Könnt ihr uns begleiten? Wir wissen nicht, was das für Leute sind. Wie haben wir diese Schmierereien einzuordnen? Was für eine Gruppe steckt überhaupt dahinter? Habt ihr Kenntnisse davon, lokal, oder seid ihr vernetzt auf überregionaler, vielleicht sogar auf Landesebene, so dass ihr sagen könnt, was dahintersteckt? Gibt es da für uns noch mehr zu erwarten?

Ich behaupte einmal: Wenn wir nicht lokal so präsent wären und über lange Zeit hinweg unsere Ressource zur Verfügung gestellt hätten, dann würde der Bürgermeister viel länger brauchen, um sich mit Menschen in Verbindung zu setzen, die ihn in dieser Situa-

tion unterstützen und begleiten. Selbstverständlich gibt es vom beratungsNetzwerk, vom Demokratiezentrum hessenweit eine mobile Intervention und Beratung; aber es ist doch noch etwas anderes, wenn ich lokal einen Akteur kenne, der mir in Kreisangelegenheiten ohnehin immer mal wieder begegnet ist, und diesen um Unterstützung bitten kann.

Ich komme zurück zum zweiten Punkt, der Bundesförderung. Das ist oftmals eine reine Innovationsförderung; so nenne ich sie mal. Projekte, die einen innovativen Charakter haben, können damit einmalig gefördert werden. Das ist auch eine total wichtige Sache, weil wir uns ja immer weiterentwickeln müssen. Wir müssen uns den Zielgruppen situationsgerecht annähern und entsprechende Inhalte überbringen.

Aber was ist denn, wenn ich innerhalb dieser Bundesförderung das Projekt ein zweites, ein drittes oder ein viertes Mal veranstalten will? Dann bekomme ich den Hinweis: Nein, nein, wir haben ja nur eine Innovationsförderung, das könnt ihr nicht machen. Ihr müsst zusehen, dass ihr das Projekt irgendwie in eure Regelstruktur vor Ort einbaut.

Vorhin hatte ich ja bereits gesagt: Meiner Meinung nach ist es ein völlig neues Feld der Präventionsarbeit mit jungen Menschen, sich genau gegen diese Inhalte, also gegen Rechtsextremismus, zu wenden und für ein tolerantes, demokratisches Miteinander auszusprechen. Ich glaube nicht, dass es möglich sein wird – immerhin kenne ich ein Stück weit die Haushalte von Kommunen –, solche Projekte in die eigene Regelverantwortung zu übernehmen. Von daher braucht es neben dieser Innovationsförderung, bei der etwas Neues ausprobiert wird, auch einer Förderung, wenn man etwas Erfolgreiches geschaffen hat und dies weiterhin betreiben will.

Dafür haben wir auch ein ganz konkretes Beispiel; wir haben nämlich die Zielgruppe der Fünftklässler für uns entdeckt. Vorhin ist schon die Altersgruppe der Zwölf- und Dreizehnjährigen angesprochen worden. Das ist die Gruppe derjenigen, die erste Kontakte mit der rechtsextremen Musikszene haben, inzwischen auch über Internet, oder auch mit der „Identitären Bewegung“, die hochattraktive Internetauftritte verbreitet und über entsprechende Facebook-Seiten verfügt. Das ist genau die Gruppe von Jugendlichen, die ihre eigenen Smartphones haben und diese auch nutzen können. Und so kommen sie mit dieser Szene in Berührung.

Wir haben gesagt: Wir brauchen für genau diese Zielgruppe ein Angebot. Sicherlich gibt es vielerlei Ausstellungen, die jedoch andere Zugangsvoraussetzungen haben. Das betrifft in der Regel achte oder neunte Klassen, wo man sich auf diese Weise mit dem Thema beschäftigen kann. Deswegen haben wir ein kreiseigenes Projekt mit einem sehr niederschweligen Zugang geschaffen, zu dem wir Fünftklässler einladen, bei uns einen sogenannten „Respekt- und Toleranzpass“ zu erarbeiten. Hierfür müssen die Jugendlichen fünf Module abarbeiten, die sich mit verschiedenen Themen beschäftigen; dazu gehören: Empathie, Kommunikation, Konfliktbewältigung, Mut und Engagement, sich selber einzubringen und für etwas oder auch gegen etwas einzutreten; und ein Workshop „Aus Fremd wird Bekannt“.

Vier dieser Module arbeiten die Lehrer mit ihren Schulklassen ab, und eines wird von einem externen Dienstleister, den wir gebeten haben, für uns ein solches Modul zu entwickeln, in einem Ganztagsworkshop erledigt. Dieser Workshop findet in freier Natur statt und ist hochattraktiv. Daran können 25 Klassen teilnehmen. Diese 25 Klassen verursachen kreisweit Kosten in Höhe von ca. 15.000 Euro. Es würde den Etat des Jugendbildungswerkes, das bei uns auf Kreisebene angesiedelt, und für das ich hier ja auch spreche, sprengen, wenn wir das in unsere Regelförderung mit aufnehmen wollten. Das können wir nicht leisten, ohne gleichzeitig andere, ebenfalls wichtige Dinge fallenzulas-

sen. Deshalb muss man für Möglichkeiten sorgen, dauerhaft solche präventiven Angebote für Demokratie, für ein tolerantes Miteinander aufzunehmen und gefördert zu bekommen. Die Kommunen vor Ort dürfen dabei nicht allein gelassen werden.

Zu meinem dritten Hinweis. Das Engagement gegen undemokratische, menschenfeindliche Einstellung und gegen Rechtsextremismus sollte auf Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten mitorganisiert und dort strukturell angesiedelt werden. Ich sprach vorhin bereits davon: Der Bürgermeister, den ich sowieso schon kannte, und dem ich schon aufgefallen bin, weil ich über den Landrat hier und da Zugang zu bestimmten Themenbereichen habe, wendet sich relativ schnell an mich und kann zeitnah Unterstützung erhalten.

Wir haben es mit einem Problem zu tun – das ist heute Morgen ganz am Anfang bereits gesagt worden –, das nicht ausschließlich Jugendliche betrifft. Es ist aber durchaus ein Phänomen, dass gerade Jugendliche sich dieser Thematik sehr gerne annehmen. Sie sind onlineaffin, sie sind medienaffin und haben dort einen sehr schnellen Zugang. Deswegen gehört es meiner Meinung nach zur Jugendbildungsarbeit dazu, diese neuen Präventionsansätze auszubauen.

Ich halte es für wichtig, dass insbesondere in den Jugendbildungswerken, die kommunal angesiedelt sind, diese Themen im Team aufgenommen werden. Es gilt, eine strukturelle lokale Präsenz aufzubauen, um Beratungen anbieten zu können, aber auch Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus entwickeln zu können, für ein tolerantes und demokratisches Miteinander. Diese Position in der Mitte des Landkreises ist unabdingbar. Ein Jugendbildungswerk hat verschiedenste Verbindungen auch in die Schulen hinein. Dort hinein müssen wir mit solchen Angeboten; da können wir vermittelnd auftreten, da können wir aber auch beratend und begleitend auftreten.

Ich habe mir eine Beratungskompetenz im Rahmen einer Zusatzqualifizierung erarbeitet. Darum wenden sich inzwischen sehr viele Lehrer an mich und sagen: Sie müssen mir helfen; bei uns in der Schule gab es folgenden Vorfall. – Aus dieser Beratung entsteht ganz schnell wieder ein Angebot im präventiven Bereich für die ganze Jahrgangsstufe. Das ist eine Verknüpfung, die kann man von oben herab so schnell gar nicht leisten. Von daher werbe ich dafür, direkt vor Ort lokale Strukturen aufzubauen und eine Regelförderung vorzuhalten. Die Jugendbildungsarbeit muss entsprechend aufgebaut werden.

Herr **Schäfer**: Vielen Dank für die Einladung. Ich bin dieses Prozedere und diese Umgebung nicht gewohnt; für mich ist das eine Premiere. Daher war es für mich gut, dass ich zur Vorbereitung meine Praxis theoretisch analysiert habe. Ergebnis ist Statement, das ich Ihnen erst heute Morgen zugemailt habe. Ich weiß nicht, ob es Ihnen vorliegt. Ich muss sagen, ich bin beeindruckt von dem, was hier schon alles gesagt wurde. Von daher versuche ich, meine Ausführungen zu minimieren, vor allen Dingen den Theorieansatz.

Zunächst ein paar Worte zu meiner Person. Im Jahr 2010 bin ich selbst indirekt Opfer von rechtsextremer Gewalt geworden. Betroffen war meine Familie, ich selbst nicht; ich sollte aber mit getroffen werden. Das will ich nur mit einbauen, um den persönlichen Bezug herzustellen, was es heißt, von rechtsextremer Spielerei über Kontaktaufnahme bis hin zur brutalen Gewalt solche Dinge zu erleben und zu wissen, was das für die Zukunft bedeuten kann.

Ich selbst bin in der Medienarbeit tätig; darüber habe ich Kontakte zu rechtsextremen Jugendlichen bekommen. Wir haben ein Projekt, das nennt sich „Hessencam“, früher bekannt durch das Jugendnetz Wetzlar. Wir beobachten Medien und junge Menschen, wie sie mit den Medien umgehen, produzieren aber auch selber Filme. Ich persönlich dokumentiere Demonstrationen, zuletzt Melanie Dittmer – sie ist vielleicht bekannt –, die in Wetzlar war und in Büdingen, und jetzt die Auftritte der Mischung aus AfD, Pegida-Bewegung und „Dritter Weg“ in Haiger.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel nennen zur Frage, wie man es schaffen kann, Demokratie zu erleben. Unsere Videos werden sehr wenig angeschaut, sie sind nicht die großen Renner. Wir werden in Wetzlar auch manchmal als der „Phoenix-Kanal von Wetzlar“ bezeichnet, weil wir viel dokumentieren. Bei den Jugendlichen sind aber eher die kurzen Videos wichtig. Einmal jedoch konnten wir einen Erfolg verzeichnen. Wir haben Matthias Schweighöfer, immerhin ein bekannter Schauspieler, interviewt. Dieser hatte sich in einem Film mit einem anderen Schauspieler geküsst, und wir haben diese Passage eingebaut als unsere Art, gegen die Homophobie in Russland zu protestieren. Das ist für mich ein kleines Beispiel, wie sich die Erlebniswelt von Jugendlichen auch mit politischen Einstellungen positiv vermischt.

Meine Erfahrungswelt umfasst den Umgang mit den Verliererinnen und Verlierern dieser Gesellschaft, mit diesem Gefühl: „Ich bin nicht dabei, ich gehöre nicht dazu“, das sich perpetuiert hat, sogar über Familien hinweg. Unsere NPD-Leute in Wetzlar sind ja ziemlich bekannt – das ist im Grunde ein Familienbetrieb. Von daher gibt es auch gewisse soziale Lagen und nicht nur politische Einstellungen, die sich vererben. Das ist meiner Erfahrung nach aber eher die Minderheit und kommt eher einem Sektenverhalten gleich.

Viel wichtiger ist der Aspekt des Unerwünscht-Seins, des Nur-geduldet-Seins. Da will ich als neuen Aspekt die Frage des Nationalismus oder des Extremismus unter Menschen, deren Eltern aus anderen Ländern kommen, einbringen. Gerade nach den Geschehnissen in der Türkei ist es mir ein großes Anliegen, nach dort zu schauen und zu fragen, was wir da an Nationalismus erwarten. Für mich ist das genauso ein rechtsextremes Phänomen. Die Grauen Wölfe kennen wir alle, aber auch da wird sich in Zukunft ein neues Thema auftun.

Ich habe auch als Lehrer entsprechende Erfahrungen gemacht – ich arbeite in einer Förderschule – zu Benachteiligungen, zur vater- und mutterlosen Familie, zur Frage: Was ist Heimat und wo fühle ich mich zu Hause? Da gibt es viele Arten der Sublimierung: Die Feuerwehr wurde eben schon angesprochen, oder auch die Vereine, die früher sehr viel aufgenommen haben. Ich habe aber das Gefühl, dass diese Ersatzheimaten fehlen bzw. ebenfalls in die virtuelle Welt hineinrutschen.

Da haben wir Erwachsenen überhaupt keinen Einblick mehr, manchmal auch zum Glück. Ich habe das jetzt auch im positiven Sinne erfahren. Auf dem Christopher Street Day in Wetzlar sagte mir ein junges lesbisches Mädchen: Das Internet ist oft der einzige Ort, wo wir unter uns sein können, wo wir Informationen bekommen. Wir haben Angst vor dieser Erwachsenenwelt. – Man darf es also nicht nur negativ sehen.

Bezogen auf die rechtsradikale Welt, die menschenfeindliche Welt, stellt man jedoch fest: Da gibt es Chat-Räume, da gibt es Spiele, nicht nur Videos – und wie da miteinander umgegangen wird, das ist schon erschreckend, für viele aber auch selbstverständlich. Diese Sprache wird dann oft übernommen und ist auf Facebook lesbar für uns, wiewohl Facebook schon nicht mehr alleine die Welt der Jugendlichen ist.

Ich will noch zwei weitere Aspekte nennen. Eines dürfen wir auch nicht vergessen, und da müssen wir uns selbst noch hinterfragen: Die Sozialen Medien sind auch in der Hand der Wirtschaft, also nicht nur in der Hand der Politik. Die Wirtschaftszweige haben ihre Interessen und prägen die Erlebniswelt der Jugendlichen. Von daher müsste man auch die Wirtschaft fragen, inwieweit man dort Einfluss hat auf Einstellungen und Gesellschaftsbilder, die in den Medien vermittelt werden.

Die verschiedenen Kommunikationsformen habe ich schon genannt. Die Chat-Räume sind manchmal – das ist dann positiv gesehen – auch ein kommunikativer Prellbock, wo Aggressionen herausgelassen werden können. Eine andere Sache – das ist für mich immer sehr erstaunlich – ist die große Tierliebe, die auf Facebook zu entdecken ist, die dem Hass an den Menschen gegenübersteht. Das passt manchmal überhaupt nicht zusammen. Gerade in rechtsradikalen Szenen gibt es das Hobby, einerseits verlorene Katzen und Hasen zu pflegen und andererseits den ganzen Hass über Flüchtlinge auszugießen. Das habe ich in meinem Statement noch einmal in Bildern gezeigt. Es ist unbegreiflich, wie eine solche Xenophobie entstehen kann und wie sich dieser Hass auch konkret in Taten zeigt.

Dann komme ich noch kurz zur Mitte der Gesellschaft; auch das ist heute bereits angesprochen worden. Da würde ich als Kirchenmann sagen: Jeder Gottesdienst beginnt mit einem Schuldbekenntnis. Als ich heute Morgen in den Raum gekommen bin, habe ich mir gedacht: Ein Mann fehlt hier. Er ist, glaube ich, auch im Innenausschuss.

Die AfD-Parolen, die man jetzt gehört, kenne ich aus Wetzlar seit 15 Jahren. Das ist für mich nichts Neues. Vorhin wurde von der schweigenden Mehrheit gesprochen, die die Rechtsradikalen brauchen. Ich habe dazu in meinem Konzept einiges ausgeführt; darin finden sich auch Auszüge aus dem „Wetzlar Kurier“. Solche Parolen haben jetzt eine Partei gefunden, und da müssen wir uns alle fragen, wie nah wir dran sind an extrem Rechts – sei es in der Gewerkschaft, sei in der SPD oder sonst wo.

Diese Sprache der AfD taucht in den unterschiedlichsten Bereichen auf: in den Schulen, in den Kollegien, auch in der Polizei. Vorhin, als Sie fragten: „Wie geht die AfD mit der Polizei um?“, hätte ich fast die Frage gestellt: Wie viele Polizisten sind in der AfD oder posten deren Argumentationsstrukturen auf Facebook? – Da sollte man unbedingt auch nach der eigenen Sichtweise schauen. Wichtig sind die Scharnierfunktionen. Diese Verbindungen liegen in Wetzlar zum Teil ganz eng beisammen. Ein Beispiel: Ein früherer Journalist, zuvor bei der „Jungen Freiheit“ tätig, war dann bei „idea“ und sitzt jetzt bei Höcke im Pressebüro.

Ich nehme mal einen Satz von Herrn Bouffier heraus: Wir sind kein islamisches Land, und wir wollen es auch nicht werden. – Natürlich ist dieser Satz aus dem Kontext genommen. Ich kann auch mitfühlen, was der Ministerpräsident meint, aber wenn dieser Satz dann plötzlich im „Wetzlar Kurier“ als Überschrift erscheint, dann wird das schon zu einer Kampfparole. Ähnlich ist es Ihnen ja ergangen, Herr Innenminister.

Von daher ist immer die Frage: In welchem Zusammenhang sehen wir das Ganze, und wie kommt es bei den jungen Menschen an? Wenn ich diesen Satz von mir geben würde in meiner multi-ethischen, multi-religiösen Klasse: „Wir sind kein islamisches Land, und wir wollen es auch nicht werden“, dann würde ich von den Schülern rausgeschmissen. Die würden sagen: Hallo, was ist denn jetzt los? Hat der sie noch alle? War das nicht ein bisschen rassistisch? Da stimmt doch irgendwas nicht mit dem Tonfall. – Meine Frage wäre daher: Wie sprechen wir miteinander? Wie lernen wir es, auch in dieser komplexen



Gesellschaft miteinander zu reden, ohne in die Sprache der AfD, der NPD, der „Blauen Narzisse“ oder der „Jungen Freiheit“ zu verfallen?

Ich komme noch einmal zum Stichwort „Scheindemokratie“. Da möchte ich sagen: Die Rufe „Merkel muss weg“, höre ich in den Klassen, die hörig auf der Straße, die höre ich überall. Das Schlimme ist ja: Es geht gar nicht um die Person von Frau Merkel, sondern es geht um ihr Amt, es geht um die Regierung, es geht um die Partei, es geht um die gesamte Demokratie. Der Satz „Merkel muss weg“, müsste eigentlich jedem hier weh tun, und zwar nicht wegen Frau Merkel, sondern weil damit die Demokratie gemeint ist. Das sind meine Erfahrungen, sowohl als Kameramann, als Journalist sowie als Lehrer.

Jetzt kommt noch der internationale Aspekt des „Merkel muss weg“, und da führe ich an die nationalistischen Deutsch-Türken und die nationalistischen Deutsch-Russen. Wir haben Umfragen mit Jugendlichen gemacht zur Frage: Was denkst du über Merkel? – Da können Sie sich mal bei Hessencam anschauen, was alles an Antworten kam. Ich frage mich: Wo ist die Demokratie überhaupt noch ein positives Erlebnis?

Ganz schnell noch ein Wort zur Ästhetik des Rechtsextremismus. In Wien sagen die „Identitären“ in auf ihrer Facebook-Seite: Wir sind die Gutassehenden. – Geiz ist geil, Arroganz ist geil, und jetzt ist monokulturelle Identität wieder geil. Wenn sich man die „Identitären“ am Brandenburger Tor anschaut, dann stellt man fest: Das sind nicht mehr die kurze Hose tragenden HJ-Imitatoren, sondern das ist eine Art politischer Greenpeace-Typen, die gut ankommen. Deswegen spreche ich da auch von Ästhetik. Überraschend war für mich auch diese Aktion in Mecklenburg-Vorpommern, wo auch unser Hantusch aus Wetzlar mit dabei war: Man hat Äste geschnitten und sie dann als Bürgerwaffe verteilt, als Wahlmitbringsel sozusagen.

Um es kurz zu machen – und damit komme ich zum Schluss –: Meine Konsequenzen lauten: Wir brauchen Heldinnen und Helden der Demokratie. Ich habe da das Bild von Jennifer Rostock genommen. Leider gibt es dazu schon ein Gegenvideo; das ist auch nicht schlecht gemacht von der AfD. Heldinnen und Helden der Demokratie – mir fehlen neue Symbole. Ich möchte jetzt nicht die Fahne wiederentdecken, aber die Frage lautet: Was haben wir eigentlich an gemeinsamen positiven Symbolen? Was für Feste haben wir, die wir gemeinsam feiern können, auch in Städten? Welche Plätze haben wir? Alle beklagen sich über die vielen Flüchtlinge um den Bahnhof herum, aber was für Plätze haben wir denn noch, wo wir positiv die Willkommenskultur weiterleben können? Die Stadtgestaltung wäre für mich daher ein wichtiger Aspekt. Zusammenfassend gesagt: Wir brauchen neue Helden und positive Symbole für das, was wir gemeinsam erhalten wollen.

Frau **Kortel**: Einleitend möchte ich zunächst ein paar Worte zur Bildungsstätte verlieren. Die Bildungsstätte Anne Frank ist vor ca. 20 Jahren aus dem Wunsch heraus entstanden, in Frankfurt als der Geburtsstadt von Anne Frank einen Raum für die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit und deren Bezügen zur Gegenwart zu schaffen.

Unsere Arbeit lässt sich in zwei Bereiche gliedern: den pädagogischen Bereich und den Beratungsbereich. Im ersteren sind unsere pädagogischen Angebote angesiedelt, unsere Dauerausstellung zu Anne Frank und der NS-Zeit, unsere Workshops für Jugendliche zu Themen wie Diskriminierung, Rassismus, Zivilcourage und Menschenrechte sowie unsere Fortbildungen für Lehrkräfte, bei denen es etwa um die Frage nach dem Umgang mit Diskriminierung im pädagogischen Raum geht.

Primärer Bestandteil unseres Beratungsangebots bildet neben der Beratungstätigkeit als Mobiles Interventionsteam des BeratungsNetzwerks Hessen seit Mai 2015 die Beratungsstelle „response“, die Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt Beratung und Unterstützung bietet.

Ich werde nun kurz schildern, wie wir in unserer Praxis mit dem Thema „Rechtsextremismus“ konfrontiert sind und welche Handlungsempfehlungen und Bedarfe sich aus unseren Erfahrungen ergeben haben.

Zunächst zum Bildungsbereich. Sowohl in unserer Arbeit mit Jugendlichen als auch in Fortbildungen mit Lehrkräften spielt das Thema „Rechtsextremismus“ oft eine Rolle. Schülerinnen und Schüler vertreten offen oder subtil rassistische Positionen oder tragen Kleidung und Symbole aus der rechten Szene. Lehrkräfte berichten von Hakenkreuzschmierereien und rechten Aufklebern an ihrer Schule. Schülerinnen und Schüler wissen nicht, wie sie sich rechten Parolen und Übergriffen gegenüber verhalten sollen, fühlen sich in ihrem Umfeld nicht mehr sicher oder nehmen sogar lieber einen anderen Weg zur Schule, um möglichen Konfrontationen mit rechten Gruppierungen aus dem Weg zu gehen.

Ein Beispiel dafür, wie erschreckend normal die Anwesenheit von und die Bedrohung durch rechte Gruppen zum Teil schon geworden ist, kann ich aus meiner eigenen Arbeitspraxis berichten. Bei einem Workshop fragte ich einen Schüler aus einer Kleinstadt, die für ihre Naziszene bekannt ist, ob er die Präsenz der Rechtsextremen in seinem Alltag wahrnehme. Daraufhin meinte er, für ihn sei das eigentlich kein Problem; solange er nicht mehr allein unterwegs ist, nicht mehr abends durch den Park geht und bestimmte Stadtviertel meidet, sei alles okay.

In Gesprächen mit Lehrkräften wird deutlich, dass sie sich von solchen Problemlagen oftmals überfordert fühlen. Sowohl bei der Frage, wie sie problematisches Verhalten erkennen können, als auch bei der Frage nach einem konstruktiven Umgang damit wünschen sie sich mehr Unterstützung und Beratung. Nicht zuletzt aus dieser Unsicherheit heraus ergeben sich in der Praxis pädagogische Handlungsstrategien, die sich meist auf den Täter oder die Täterin konzentrieren – ein Aspekt, der symptomatisch für den Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“ ist. Eine Verhaltens-, am besten noch eine Einstellungsveränderung der Täterinnen und Tätern wäre das primäre Ziel des Eingreifens, ein Indikator für die Frage, ob und wann die Situation wieder geklärt und das Thema vom Tisch ist.

Dabei gerät die Frage, wie es betroffenen Schülerinnen und Schülern geht, häufig in den Hintergrund. Das Handwerkszeug, das Lehrkräfte in solchen Fällen benutzen, ist folglich das der Aufklärung und der Überzeugungsarbeit. So wird etwa ein Workshop, der Wissen zum Thema „Antisemitismus“ vermittelt, von Lehrkräften oftmals als geeignetes Mittel zur Bearbeitung eines antisemitischen Vorfalls in der Klasse angesehen. Diese Fixierung auf Täterinnen und Tätern im Umgang mit rassistischen und rechtsextremen Vorfällen ist verständlich. Sie lässt jedoch wichtige Aspekte außer Acht. Was sagen die Betroffenen zu dem Vorfall? Wie geht es ihnen damit? Was wünschen sie sich? Wie können sie unterstützt werden? Und was ist die Rolle der Beteiligten im Raum? Wie können sie gestärkt und aktiviert werden?

Gerade die Fokussierung auf Betroffene, auf deren Perspektive und deren Bedürfnisse ist im Umgang mit Diskriminierung und Rassismus von elementarer Bedeutung. Ein angemessener Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus lässt sich aber nicht einfach aus dem Ärmel schütteln. Lehrkräfte brauchen Räume, um sich mit der Thematik zu be-

schäftigen, sich auszutauschen und externe Expertise und Beratung in Anspruch zu nehmen.

Mit dieser Unterstützung fällt es leichter, Strategien zu entwickeln, um in konkreten Situationen handlungsfähig zu sein. Der Mangel an solchen Räumen wird uns von Lehrkräften immer wieder rückgemeldet. Wir empfehlen also einen Ausbau an Fortbildungs- und Beratungsangeboten, die Lehrkräften eine eingehende Auseinandersetzung mit dem Thema und eine ständige Selbstreflexion ihrer Praxis ermöglichen.

Kommen wir nun zu unseren Erfahrungen aus dem Bereich der Beratung. Der massive Anstieg an rassistisch motivierten Gewalttaten hat den Bedarf an Beratungsangeboten für Betroffene stark erhöht. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Beratungsstelle stoßen längst an die Grenzen ihrer Kapazitäten. In unseren Gesprächen mit Betroffenen von rechter und rassistischer Gewalt wird ein Aspekt deutlich, der sich mit den zuvor geschilderten Beobachtungen aus dem pädagogischen Bereich deckt: Ihre Perspektiven werden nicht ausreichend wahrgenommen, ihre Bedürfnisse werden oftmals übersehen oder sogar übergangen.

So war es etwa der Fall im Prozess gegen den Schützen, der im April 2015 eine Flüchtlingsunterkunft in Hofheim beschoss. Hier wurde darauf verzichtet, die Aussagen der Betroffenen zu hören. Die Richterin befand, dass ihre Befindlichkeiten nichts zur Sache täten. Auch der mögliche rechtsradikale Hintergrund der Tat kam nicht zur Sprache. So blieben die NPD-Aufkleber die bei dem Angeklagten gefunden worden, im Prozess unerwähnt.

Das Nichtbenennen von rechten und rassistischen Tatmotiven und das Bagatellisieren der Erfahrungen und Wahrnehmungen der Betroffenen löst bei diesen eine nochmalige Verletzung aus. Sie kommt zu dem erlebten Angriff noch hinzu und erschwert dessen Verarbeitung um ein Vielfaches. Die Betroffenheit von Rassismus wird nicht ernst genommen und nicht als solche anerkannt.

Hierzu nenne ich Ihnen ein Beispiel: Im Rahmen von „response“ wurde ein junger Mann beraten, der nach einem rassistischen Mordanschlag schwer verletzt wochenlang alleine im Krankenhaus lag – ohne Unterstützung, ohne Information und vor allem ohne eine solidarische Empörung über das, was ihm zugestoßen war. In den neun Monaten, die seit dem Angriff vergangen sind, kam nicht einmal eine Person von den Behörden oder von der Polizei bei ihm vorbei, um sich nach ihm zu erkundigen und um nach seinem Zustand zu fragen. Die simple Geste der Anteilnahme, des Mitfühlens, des Interesses blieb aus. Dabei würde ihm laut eigener Aussage genau dies bei der Verarbeitung des Erlebten ungemein helfen.

Sowohl für die Instanzen, die mit der Aufklärung und Strafverfolgung von rechten und rassistischen Gewalttaten betraut sind, als auch für die Zivilgesellschaft ist demnach das Wahr- und das Ernstnehmen der Betroffenenperspektive eine wichtige und notwendige Herausforderung. Das heißt konkret, dass nach Übergriffen und Gewalttaten die Betroffenen gehört werden müssen. Außerdem sind rechtsextreme und rassistische Einstellungen als mögliche Tatmotive in Betracht zu ziehen; das ist eine Lektion, die man nicht zuletzt aus dem NSU hätten lernen müssen. Die Angehörigen der Mordopfer hatten auf ein mögliches rassistisches Motiv hingewiesen, doch ihre Stimmen wurden damals weder von den ermittelnden Behörden noch von den Medien gehört.

Vor diesem Hintergrund ist es darüber hinaus notwendig, Beratungsstellen für Betroffene dem Bedarf entsprechend auszubauen. Die finanzielle und personelle Unterstützung

von Opferberatungsstellen muss in einem Maße erfolgen, das eine qualifizierte Beratung für alle Beratungssuchenden ermöglicht. Es gilt jedoch nicht nur, die Beratungsstellen zu unterstützen, sondern für die Betroffenen einen sensiblen Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“ in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Um einen solchen Perspektivenwechsel anzuregen, bedarf es breit angelegter Bildungsangebote und Räume, die eine eingehende und kritische Auseinandersetzung mit dem Thema ermöglichen.

Was uns Mut macht und uns in unserer Arbeit bestärkt, sind Begegnungen mit Jugendlichen, die sich über Diskriminierung und rassistische Gewalt empören, die sich mit Betroffenen solidarisieren und den Wunsch äußern, sich zu engagieren. Darauf kann und sollte man aufbauen.

Herr **Balsler**: Zunächst bedanke ich mich für die Einladung. Ich bin für die Antifaschistische Bildungsinitiative e. V. aus Friedberg hier. Wir sind wahrscheinlich bundesweit eine Besonderheit; denn wir sind ein eingetragener gemeinnütziger Verein, wir sind Mitglied im Hessischen Beratungsnetzwerk, und wir sind in Hessen seit zehn Jahren aktiv. In den letzten Jahren hatten wir über 20.000 Menschen in unseren Vorführungen, Workshops oder Bildungsangeboten sitzen, überwiegend in Hessen. 2014 wurden wir mit dem Sozialpreis des Wetteraukreises ausgezeichnet.

In Hessen gibt es seit Jahrzehnten organisierte neonazistische Strukturen mit gewalttätigen Ausfällen. Das konnte man am Beispiel des NSU sehen, das konnte man auch am Beispiel der Freien Kräfte Schwalm-Eder sehen. Zuletzt konnte man das noch an den Demonstrationen der „Identitären Aktivisten“ in Büdingen erkennen, wo es grenzübergreifende Verbindungen gab.

Seit etwa anderthalb Jahren stellen wir eine deutliche Zunahme und eine Vernetzung von rechtsextremen Akteuren fest; es gibt auch deutlich mehr Aktionen. So konnten beispielsweise bei den Kommunalwahlen in Hessen die NPD und die Republikaner in verschiedenen Städten zweistellige bis fast zweistellige Ergebnisse erreichen. Das waren Städte, in denen die AfD nicht direkt angetreten ist. Wir sprechen da von einem Mitnahmeeffekt.

Die NPD ist zwar derzeit bundespolitisch gesehen sehr stark geschwächt, hat jedoch in Hessen einige Hochburgen, die nicht unterschätzt werden sollten. Städte wie Büdingen, Altenstadt, oder Wetzlar bzw. große Gebiete im Wetteraukreis, im Main-Kinzig-Kreis oder im Lahn-Dill-Kreis haben eine Stammwählerschaft der NPD. Es gibt dort feste Strukturen, ein festes soziales Umfeld und eine ziemlich feste Verankerung. Das heißt, die NPD-Strategien der regionalen kommunalen Verankerung waren dort erfolgreich. Es sind zwar zum Glück nur regionale Hochburgen, aber dort werden wir die nächsten Jahre bis Jahrzehnte mit Aufarbeitung und Präventionsmaßnahmen beschäftigt sein.

Wer vom organisierten Rechtsextremismus in Hessen spricht – ich finde es generell schwierig, sich begrifflich nur auf den Rechtsextremismus zu fokussieren; ich spreche lieber von der „extremen Rechten“ –, der sollte einerseits die Studien zur gruppenbezogenen Menschenfreundlichkeit und andererseits neuerdings die Scharnierfunktion der AfD und vor allen Dingen der neuen Rechten in der AfD thematisieren. Vorurteile bekommen bekanntermaßen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Das Themenfeld „Antisemitismus“ zeigt sogar Schnittstellen quer durch sämtliche politischen Gruppen. Deswegen halten wir es für relativ problematisch, den Fokus allein auf die wissenschaftlich umstrittene Extremismustheorie zu legen, weil damit nur ein kleiner Ausschnitt des The-

menfeldes erkennbar wird. Dort wird davon ausgegangen, dass eine kleine, isolierte extreme Rechte oder rechtsextreme Szenerie existiert, während wir hingegen davon ausgehen, dass rechtsextreme Vorurteile und menschenverachtende Einstellungen aus der Mitte der Gesellschaft kommen. Das sehen wir bei aktuellen Umfragen, und wir können es auch aus aktuellen Wahlergebnissen herauslesen.

Was wir in Hessen als erstes großes Problem feststellen, ist innerhalb der Alternative für Deutschland die sogenannte Neue Rechte. Vor einigen Jahren haben wir in der Stadt Karben eine Kampagne gefahren gegen die „Identitäre Projektwerkstatt“ eines heutigen hessischen AfD-Funktionärs. Damals wurde dort das erste öffentliche Treffen der „Identitären“ in Hessen festgestellt; das war das Gründungstreffen. Heute gibt es regelmäßige Aktionen der „Identitären“ in Hessen, zufälligerweise in ähnlichen Regionen. So haben beispielsweise die „Identitären“ kürzlich versucht, durch massive Sprühreaktionen ein Weinfest der CDU in Bad Nauheim politisch zu vereinnahmen. Die „Identitären“ haben jetzt als Feindbild die CDU ausgemacht. Sie waren auch im Lahn-Dill-Kreis mit ähnlichen Aktionsformen aktiv, mit Sprühkreide etc. Das bedeutet eine Verstärkung der Szenerie, die nachweislich aus dem Projekt eines heutigen AfD-Funktionärs entstanden ist.

Genau das ist die Scharnierfunktion, die heute schon auf verschiedenen Ebenen beschrieben wurde, die die AfD in großen Teilen wahrnimmt. Vor einigen Jahren war es noch relativ einfach, bei rechtsextremen Aktivitäten festzustellen, aus welcher Gruppe es kommen konnte. Heute ist das in den Sozialen Medien eine unüberschaubare Größe geworden. Wir haben es damit einer ziemlichen Grauzone zu tun.

Unser Eindruck in Hessen ist jedoch, dass sich die Landesregierung in den letzten Jahren in Teilbereichen sehr gut aufgestellt hat. Wir hatten vor einigen Jahren in Hessen zum Beispiel das Problem in Echzell, wo wir aktiv wurden und danach das Beratungsnetzwerk mit eingeschaltet haben, wo sich eine Gruppe, die sich „Old Brothers“ nennt, mit Gaskammerpartys und anderen Dingen hervorgetan hat, wo Nachbarn zusammengeschlagen wurden, wo es übelste Übergriffe gab, wo es auch immer wieder Gerüchte um Drogen, Waffen, und Sonstiges gab.

Das wurde anfangs seitens der Polizei als „Nachbarschaftskonflikt“ heruntergespielt. Deswegen begrüßen wir es einerseits sehr, dass es jetzt über „Anne Frank e. V.“ die Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt gibt, und andererseits, dass innerhalb der hessischen Polizei in den für uns wahrnehmbaren Bereichen eine deutliche Verbesserung zu verzeichnen ist. Das heißt, wir nehmen wahr, dass die Polizei, wenn es zu neonazistischen Aktivitäten kommt, besser und schneller reagiert, zwar nicht immer perfekt, aber es bessert sich.

Wir sehen aber immer noch ein Problem darin, dass bei Demonstrationen und Protesten, bei friedlichen Aktionen gegen Neonazis in Hessen immer noch folgendes Bild aufgestellt wird: Da gibt es die Neonazis, und da gibt es die dort gegen sie demonstrierende Zivilgesellschaft, also uns: Bündnisse aus CDU, SPD, FDP, Grünen, Linken, Gewerkschaften und Kirchen. Es wird immer von einer Konfrontation ausgegangen, und oft ist unser Eindruck, dass die Polizei die aktive Zivilgesellschaft eher als Problem sieht denn als wichtigen demokratischen Faktor. Ich denke jedoch, das ist eine Angelegenheit, die wir in den nächsten Jahren hoffentlich noch verbessern können.

Ansonsten müssen wir feststellen, dass von einigen Gruppen noch eine ziemlich starke Gefährdung ausgeht. Das sind nach unserer Einschätzung vor allem die „Old Brothers“, die jetzt wieder aktiv sind, und sogar einen eigenen Neonazi-Zahlencode mit der Num-

mer 152 haben. Man muss dazu sagen: Diese Gruppe wurde damals mit Kriegswaffen, mit Schusswaffen, mit Drogen und sonstigen Sachen sozusagen polizeilich behandelt, so nenne ich das einmal. Der Chef wurde seinerzeit festgenommen; er ist jetzt wieder auf freiem Fuß. Das ist eine Gruppe, die uns zumindest in der Region Wetterau massive Angst macht.

Wir haben jetzt aber auch ganz gute Lösungen, zum Beispiel mit dem beratungsNetzwerk Hessen. Ich denke, dass Hessen in den Bereichen Prävention, Bildung und im generellen Overhead sehr gut aufgestellt ist. Auch die Ausstiegsarbeit läuft; das finden wir sehr positiv. Jedoch gibt es unserer Meinung nach noch zwei wichtige Verbesserungsvorschläge.

Erstens. Wir brauchen dringend eine unbürokratische Mikroförderung für junge Initiativen, Vereine und Verbände; das Bündnis Odenwald gegen Rechts hat das auch schon angesprochen. Die Menschen, die vor Ort aktiv für Demokratie eintreten, vor allem Jugendliche, sollten eine Möglichkeit haben, unbürokratisch an kleine Budgets zu gelangen, um in ihrer Region für Demokratie zu kämpfen. Unser Eindruck ist, dass diese Förderpöppe aktuell gerade für kleinere Initiativen nur sehr schwer erreichbar sind, für Jugendgruppen per se gar nicht, sondern eher eine Antragsstellungsmöglichkeit für größere Träger darstellen.

Zweitens. Wir finden generell, dass die Förderung ehrenamtlichen Engagements deutlich gestärkt werden müsste. In Hessen gibt es sehr gute Strukturen, das beratungsNetzwerk macht eine hervorragende Arbeit, der Overhead ist auch sehr gut. Demokratie jedoch ist eine Sache, die von unten ausgeht. Das muss in der Region gestartet und auch dort gestärkt werden. Wenn wir es schaffen, in den verschiedenen Teilbereichen, in die wir nicht hineinkommen, zum Beispiel in die Jugendgruppen, in den verschiedenen Regionen kleine Mikroprojekte zu starten und ehrenamtliche Initiativen zu unterstützen, dann können wir die guten Methoden, die ja vorhanden sind, auch in die Breite und in die Fläche bringen. Damit lässt sich hier in Hessen noch deutlich mehr verbessern. Demokratie lebt von der Partizipation aller.

Herr **Borhani**: Als Letzter sprechen zu dürfen, hat viele Vorteile, aber es hat natürlich auch ein paar Nachteile. Um die Nachteile so gering wie möglich zu halten, versuche ich, mich wirklich kurz zu halten und das nicht nur so zu sagen.

Zu den Vorteilen gehört es, dass vieles schon gesagt wurde, vor allem im ersten Block, was den theoretischen Teil angeht, unter anderem von Dr. Reiner Becker, dem ich mich für die Sportjugend voll und ganz anschließe.

Ein zusätzlicher Vorteil ist natürlich, dass viele von Ihnen, die Sie hier sitzen, unsere Arbeit als Sportjugend in den letzten Jahren nicht nur interessiert verfolgt, sondern auch wirklich aktiv unterstützt haben. Darum brauche ich Ihnen jetzt auch nicht allzu viel über uns als Sportjugend Hessen zu berichten.

Ich möchte trotzdem einen Schritt zurückgehen, nämlich zum 23. Mai 2007. An diesem Tag hat hier das letzte Mal ein Hearing zum Thema „Rechtsextremismus“ stattgefunden. Damals war ich noch nicht dabei, aber ich habe mir das Protokoll dazu durchgelesen und habe festgestellt: Damals lag wirklich ein Schwerpunkt auf dem Rechtsextremismus. Was den heutigen Vormittag über relativ klar wurde, ist die Tatsache, dass wir eine Verschiebung haben hin zum Bereich „Rechtspopulismus“. Darauf komme ich später noch einmal zu sprechen.

Ich möchte zunächst etwas zum Rechtsextremismus aus der Perspektive des Sports sagen. Die Zeiten, in denen Spieler mit den Rückennummern 88, 28 oder 18 aufs Spielfeld wollten, sind zum Glück vorbei. Fast jeder Trainer und jede Trainerin auch noch im letzten Dorf weiß, was diese Nummern bedeuten. Da ist eine sehr große Aufklärungsarbeit betrieben worden. Dabei sind die Broschüren vom Landesamt für Verfassungsschutz eine große Hilfe gewesen. Dieses Problem hat sich zum Glück nicht zu einem Alltagsproblem entwickelt.

Auch Probleme wie zum Beispiel ein Herr Hantusch, der als Fußballtrainer in Wetzlar aktiv war, konnten wir unter anderem mit dem Beratungsnetzwerk bewältigen. Bei dieser Argumentation: „Was jemand privat macht und wie er politisch aufgestellt ist, hat nichts damit zu tun, was er im Verein macht“, war viel Überzeugungsarbeit zu leisten, und auch das haben wir in sehr guter Absprache und mit Unterstützung sowohl der Politik als auch den anderen Akteuren geschafft.

Mit Herrn Hantusch habe ich schon einen Akteur genannt. Ich möchte noch einen anderen Fall erwähnen. Sie erinnern sich bestimmt noch an Herrn Wöll, den damaligen Landesvorsitzenden der NPD. Dieser hatte versucht, sich im Wetteraukreis zu etablieren und sich dabei auch bemüht, die Türen des Sports zu benutzen. Da es ist durch ein großes bürgerschaftliches Bündnis gelungen, dem Einhalt zu gebieten. Deswegen sind gerade diese Bündnisse auf kommunaler Ebene im Schulterschluss mit einer überparteilichen Arbeit der politischen Fraktionen so wichtig.

Eines wird aber auch deutlich, wenn man sich die letzten Jahre anschaut: Die Aktivitäten der extremen Rechten sind vielleicht in Hessen ein Stück weit zurückgegangen, aber sie sind im Grunde nur ausgewandert. Wir haben das Problem sozusagen exportiert in andere Bundesländer. Das sieht man am Beispiel Wöll, aber das sieht man auch an anderen Beispielen. Sie sind zwar heraus aus Hessen, aber sie sind weiterhin aktiv. Außerdem sind die Netzwerke vor Ort in Hessen teilweise noch aktiv. Somit haben sie selbst dann, wenn sie nicht mehr hier sind, immer noch ein Einfluss, auch wenn er geringer ist.

Was ist seit der Zeit passiert? Wir haben damals in der Sportjugend sehr viele Projekte durchgeführt, unter anderem ein Präventionsprojekt „Erlebniswelt Sport – wir bieten Respekt und Anerkennung“, das damals eigentlich nicht denkbar gewesen wäre, wenn wir nicht eine Förderung aus dem Bundeshaushalt, genauer aus dem Bundesfamilienministerium, gehabt hätten. Deshalb sei an dieser Stelle noch einmal positiv erwähnt, dass da, was die Arbeit der Landesregierung angeht, viel passiert ist. Einige dieser Projekte konnten zumindest teilweise in eine Form von Regelarbeit überführt werden.

Damit komme ich zu dem großen Baustein. Wir haben es vorhin schon gehört: Das Thema „Rechtspopulismus“ ist momentan nicht diskutierbar ohne eine gleichzeitige Betrachtung des Flucht- und Asylthemas. Daher freuen wir uns umso mehr, dass wir mit dem Landesprogramm „Sport und Flüchtlinge“, das wir mit dem Hessischen Ministerium des Inneren und Sports auf den Weg gebracht haben, ein Programm ins Leben gerufen haben, mit dem wir – wie sagte es der Minister damals so schön? – sogar die kleinste Gemeinde in Hessisch-Lichtenau erreichen können. Das sind nicht nur irgendwelche Modellprojekte, die zwar schön sind für die Modellregion, wovon aber gerade die Menschen in den strukturschwächeren Regionen nicht so viel haben.

Laut Stand heute haben 211 Kommunen in dem Programm „Sport und Flüchtlinge“ einen Antrag gestellt; Stichtag war der 30. August. In diesen 211 Kommunen haben wir 311 Sport-Coaches, die die Arbeit vor Ort erledigen. Das muss man sich einfach einmal

vorstellen: Wir haben mit der ganzen Sache am 1. Januar 2016 angefangen und haben mit Stand heute 311 engagierte Menschen, die die Arbeit vor Ort machen! Diese 311 Sport-Coaches wiederum stehen für ein Netzwerk von Aktiven vor Ort, die zum einen Integrationsarbeit für Flüchtlinge leisten, die zum anderen aber auch – und das ist der andere wichtige Baustein, ein präventiver Baustein – dafür sorgen, dass rechtspopulistische Tendenzen in der jeweiligen Region gar nicht erst aufkommen. Inwieweit es sich tatsächlich so verhält, das wird eine Studie zeigen, die wir 2016 in Auftrag gegeben haben. Dazu werden Sie die Ergebnisse natürlich nachgereicht bekommen.

Was ist in der Zeit von 2007 bis heute noch passiert? 2010 und 2011 gab es mit den Problemen auf europäischer Ebene bereits die ersten Situationen, in denen das Thema auch auf internationaler Ebene diskutiert wurde. Mit unseren europäischen Jugendcamps, die wir jedes Jahr durchführen, bei denen über 100 Jugendliche aus den Partnerregionen Hessens, aber auch darüber hinaus, zum Beispiel aus Japan und aus Russland hierherkommen, haben wir diese Themenkomplexe diskutiert.

Wir haben schon während der ersten Flüchtlingswellen mit den Jugendlichen aus Neapel, aus Griechenland und aus anderen Partnerregionen darüber gesprochen, wie die Jugendlichen diesen Themenkomplex im europäischen Kontext sehen, was es für sie bedeutet. Da traten bereits sehr unterschiedliche, aber auch, was die rechtspopulistischen Ansichten angeht, sehr ähnliche, wenn nicht sogar gleiche Parolen zutage, mit denen auch alle anderen Partnerregionen zu kämpfen haben.

Ich wollte mich kurz halten, deswegen muss ich gar nicht mehr allzu viel sagen. Wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen und überlegen, was wir für wünschenswert halten, dann ist das zunächst die Bitte, dass Sie weiterhin an diesem Programm „Sport und Flüchtlinge“ festhalten, sodass wir es auch im Jahr 2017 durchführen können. Weiterhin wünschen wir uns, dass Sie das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ weiter ausbauen. Vor allem wäre es wünschenswert, verstärkt einen Fokus auf den Rechtspopulismus zu legen. In der Überschrift zu dieser Anhörung findet sich wieder nur Rechtsextremismus. Die Beiträge heute haben jedoch sehr deutlich gemacht, dass es verstärkt um Rechtspopulismus geht.

Erlauben Sie mir bitte noch folgende kleine Spitze: Wenn man sich das Protokoll von vor zehn Jahren anschaut und den Inhalt mit dem vergleicht, was heute gesagt wurde, muss man sagen, dass sich außer einer Radikalisierung und einer Erweiterung der Problemlage eigentlich nicht viel geändert hat. Natürlich ist unglaublich viel passiert, ich will gar nicht sagen, dass die Politik untätig gewesen wäre. Ich bitte Sie lediglich, die Sache wirklich ernst zu nehmen. Die Zahlen der Studien von vor zehn Jahren zeigen: Eine Affinität oder eine Bereitschaft der Bevölkerung zu fremdenfeindlichen Tendenzen, auch zu anderen gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten – das war schon immer da, nur tritt sie heute offen zutage. Und das sollten wir jetzt endlich ernst nehmen, sodass wir nicht in zehn Jahren wieder hier sitzen und über eine weitere Radikalisierung reden.

**Vorsitzender:** Schönen Dank. – Was Ihren Hinweis auf das Programm für 2017 angeht: Wenn mich nicht alles täuscht, habe ich im Haushaltsplanentwurf 2017 nicht gesehen, dass das Programm gestrichen wird. Das heißt im Klartext, es läuft weiter. – Bei uns geht es jetzt weiter mit der Fragerunde.

Abg. **Lisa Gnadt:** Jetzt haben wir die Schwierigkeit, noch einmal eine Fragerunde zu acht Anzuhörenden durchzuführen.



(Vorsitzender: Das ist ja kein Muss!)

– Kein Muss, das ist richtig, aber hier sind ja viele sehr spannende Punkte angesprochen worden. Zu einigen dieser Punkte habe ich noch Nachfragen. Dabei möchte ich vorne beginnen und frage zunächst Herrn Vogel vom Mobilien Beratungsteam. Sie haben geschildert, dass aus Ihrer Sicht die Stimmung noch nicht am Kippen ist. Angesichts der Stimmungslagen, von der wir heute im Laufe der Anhörung gehört haben, möchte ich wissen: Was muss passieren, und was kann auch Landespolitik dazu beitragen, die Lage stabil zu halten?

Dann habe ich noch eine Nachfrage bezüglich Kagida. Sie hatten erwähnt, dass die Rechtsextremen dort wie Fische im Wasser mitgeschwommen seien. Für mich wäre noch einmal interessant, zu wissen: Konnten Sie beobachten, ob die Rechtsextremisten dort auch eine tragende Rolle gespielt haben, beispielsweise im Vorfeld? Waren sie da organisatorisch eingebunden? Sind sie nur mitgelaufen, oder haben sie im Vorfeld doch eine stärkere Rolle gespielt?

In Ihrer schriftlichen Stellungnahme sind Sie auch auf die „Identitäre Bewegung“ eingegangen. Woran machen Sie fest, dass die „Identitäre Bewegung“ Anschluss an die AfD sucht? Haben Sie da konkrete Beispiele für Hessen?

Ich habe noch eine Frage an Herrn Bürger vom Projekt „Gewalt geht nicht“. Sie sind in Ihrer schriftlichen Stellungnahme darauf eingegangen, dass Sie aus der finanziellen Förderung, die es vor Ort im Kreis gibt, eine Mikroförderung aufgebaut haben. Es war jetzt schon mehrfach Thema, dass eine solche Mikroförderung auf Landesebene noch nicht wirklich funktioniert. Daher würde mich interessieren, wie die Erfahrungen mit der Mikroförderung bei Ihnen vor Ort sind. Gibt es Erfahrungsbereiche, die wir auf Landesebene übertragen müssten?

Dann habe ich eine Nachfrage an Herrn Schäfer von „Hessencam“. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme und vorhin auch mündlich beschrieben, was Sie vor Ort alles leisten. Für mich hat sich da die Frage gestellt, welche Unterstützung Sie sich von der Landesebene für Ihre Arbeit erwarten. Gibt es da Bereiche, wo Sie sagen: Das müsste noch ausgebaut oder verbessert werden? Sehen Sie vonseiten des Landes noch Nachholbedarf?

Eine weitere Frage geht an die Initiative aus dem Odenwaldkreis, Bündnis Odenwald gegen Rechts. Ich weiß nicht, wer von Ihnen antworten möchte. Sie haben auch von der unsicheren Finanzierung gesprochen und welche Probleme Sie im Zusammenhang mit der Antragsstellung haben. Da stellt sich mir die Frage: Gibt es bei Ihnen vor Ort eine vergleichbare Struktur, wie sie für den Schwalm-Eder-Kreis beschrieben wurde? Oder sind Sie sozusagen auch darauf angewiesen, dass eine solche Mikroförderung Ihrer Projekte über die Antragstellung beim Land funktioniert? Gibt es da noch andere vergleichbare Möglichkeiten?

Schließlich geht eine Frage an Herrn Balsler von der Antifaschistischen Bildungsinitiative e. V. Auch Sie haben als notwendige Verbesserung die Mikroförderung vorgeschlagen und die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Fokus gestellt. Herr Bürger hatte für den Schwalm-Eder-Kreis davon gesprochen, dass feste lokale Strukturen notwendig sind. Daher stellt sich für mich die Frage, ob es neben dem Overhead, den wir auf Landesebene haben, noch weiterer fester lokaler Strukturen auf Landkreisebene bedarf, um die Förderung des ehrenamtlichen Engagements besser zu unterstützen.

Abg. **Hermann Schaus:** Ich möchte mich zunächst einmal ganz herzlich bei Ihnen allen bedanken, die Sie in diesem Feld tätig sind, für die unterschiedlichen Zugänge, mit denen Sie vor Ort versuchen, Aufklärungsarbeit zu betreiben und Öffentlichkeitsarbeit zu machen – es ist wichtig, auch das festzuhalten –, sei es in organisierten Verbänden wie im Falle der Sportjugend, oder sei es in kleinen selbstorganisierten Initiativen. Ich finde, Sie haben heute einen großen Teil dieser Bandbreite eines bürgerschaftlichen Engagements dargestellt.

Deswegen fällt es mir ein bisschen schwer, gezielt an Einzelne Fragen zu stellen. Ich möchte Sie aber einladen – und ich hoffe, der Herr Vorsitzende springt mir jetzt nicht ins Kreuz –, dass Sie alle, wenn Sie möchten, noch einmal auf wenige Fragen von mir antworten.

Die erste Frage, die mir wichtig ist, wurde durch die Ausführungen von Frau Kortel aufgeworfen. Ich frage Sie aber trotzdem alle. Frau Kortel, Sie haben in beeindruckender Art und Weise dargestellt, was die Beratung von Betroffenen bedeutet, und dass die Zahl der Beratungen massiv angestiegen sei. Ist es auch Ihr Eindruck – das wäre ja etwas anderes als das, was die offiziellen Zahlen besagen, die wir als Landtagsabgeordnete erfahren –, dass es hier in den letzten Jahren einen Anstieg von rechtsextremen Übergriffen und von rechtsextremer Gewalt gegeben hat? Die Frage, die ich damit verbinden will, lautet: Haben Sie aus Ihrer eigenen Arbeit heraus den Eindruck, dass dieser Anstieg insbesondere in der letzten Zeit – auch im Zusammenhang mit Flüchtlingen, Flüchtlingseinrichtungen und Flüchtlingsdebatten– noch eine besondere Dimension bekommen hat?

Eine zweite Frage treibt mich die ganze Zeit schon um. Das betrifft die jungen Frauen. Sie haben berichtet, dass es in der Präventionsarbeit im Prinzip um Heranwachsende, um Jugendliche geht. Ist mein Eindruck richtig, dass da in stärkerem Maße auch junge Frauen angesprochen werden, die das Ganze in einer aus meiner Sicht eher chauvinistischen Struktur auch anziehend finden? Wie kann man damit umgehen?

Meine dritte Frage. Ich möchte Sie bitten, noch einmal etwas dazu zu sagen – denn ich glaube, das ist auch von zentraler Bedeutung –, warum es wichtig ist, offen mit dem Thema vor Ort umzugehen und Gesicht zu zeigen. Das haben Sie alle berichtet, aber ich möchte es noch einmal zuspitzen, weil es eine ganze Reihe von Diskussionen gibt – auch in der Politik, auch vor Ort –, in denen es heißt: Wir wollen nicht als Gemeinde schlecht dastehen, wir wollen nicht als Verein schlecht dastehen. Warum plädieren Sie dafür, damit offen und offensiv umzugehen?

Meine letzte Frage bezieht sich auf die Finanzen. Es gibt ein Landesprogramm; das wurde vorhin schon angesprochen. Ich habe es so verstanden, dass es im Zusammenhang damit organisatorische und logistische Probleme gibt. Können Sie dazu vielleicht noch etwas sagen? Das wurde vom Bündnis Odenwald gegen Rechts angesprochen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe. Haben Sie konkrete Forderungen an uns als Landespolitik, wie wir organisatorisch und finanziell sicherstellen können, dass Sie sich in noch stärkerem Maße vernetzen und finanziell unterstützt können?

Herr **Vogel:** Ich komme zur Frage, was die Landespolitik beitragen kann. Erlauben Sie mir die Gegenfrage: Was kann Politik allgemein dazu beitragen? Ich möchte eine Empfehlung aussprechen. Nutzen Sie die gegenwärtige aufgeheizte Debatte und die Empörung der Menschen, die die AfD wählen, dafür, Ihr eigenes Profil zu schärfen. Erklären Sie

den Leuten, was an Ihrer Politik explizit christdemokratisch oder sozialdemokratisch oder links oder grün ist.

In Abgrenzung zu den Inhalten und den Ressentiments, die die AfD gerade vorbringt, können Sie – und das ist eine Gelegenheit, das eigene Profil zu schärfen – den Leuten vor Ort sagen: Wir stehen für diese Politik, und zwar vor Ort, wir gehen dorthin, wir erklären alles und stellen uns den Fragen. Das hört sich jetzt allgemein an, aber wenn Sie sich in eine vollbesetzte Bürgerversammlung stellen, dann können Sie dort sehen, was vor Ort passiert. Die Menschen wollen nicht nur – in Anführungszeichen – „Lügenpresse und Geschwafel“, sondern sie wollen wissen, was eigentlich sozialdemokratisch, christlich-demokratisch oder grün ist an Ihrer Politik und an Ihrer Partei. Das wäre ein allgemeiner Ratschlag, was Landespolitik oder allgemein die Politik beitragen kann.

Ansonsten rate ich Ihnen: Damit die Stimmung nicht kippt, gehen Sie vor Ort und fragen die Leute, was sie brauchen. Denn dort weiß man am besten, was gerade in der aktuellen Situation notwendig ist. Das sind zum Teil Kleinigkeiten, zum Teil sind es strukturelle Dinge. Es können aber auch Dinge sein, die die Zusammenarbeit mit der Verwaltung betreffen. Wie gesagt, fragen Sie nicht mich, sondern die Leute vor Ort, die gerade sehr selbstbewusst auftreten können, weil sie in den letzten Monaten der Verwaltung und der Politik einiges gerettet haben. Die Menschen können derzeit sehr gut antworten, was sie haben wollen und was sie brauchen, damit die Stimmung nicht kippt. Dieses Selbstbewusstsein haben sie sich erarbeitet.

Zur Frage nach Kagida und der tragenden Rolle. Eine tragende Rollen war es nicht, und zwar insofern nicht, als das Ganze nicht diejenigen organisiert haben, die man traditionell unter Rechtsextremismus versteht. Rechtsextremismus war es, inhaltlich gesehen, sehr wohl. Herr Schiemann, der Organisator, wurde erst vor Kurzem wegen antisemitischer und flüchtlingsfeindlicher Äußerungen verurteilt. Er ist inzwischen Organisationschef in Sachsen, ein sehr gut vernetzter Mann, der – das kann man sich im Internet ganz gut angucken – über Kassel herzieht und sagt, wie furchtbar es dort ist, weil es da so viele Migranten gibt, und in Dresden ist die Welt noch in Ordnung. Das ist übrigens ein weiterer Export; Herr Schiemann hat seinen Lebensmittelpunkt inzwischen nicht mehr wirklich in Kassel.

Interessant war, dass die Ordner bei Kagida durchaus Nazis waren oder aus der Hooligan-Szene stammten. Das spricht für einige Vernetzungen in das rechte Hooligan-Milieu in Nordhessen, aber nicht als klassische Kameradschaftsleute.

Zur Frage nach dem Anschluss an die AfD und an die „Identitäre Bewegung“. Ich hatte es bereits erwähnt: In meiner Stellungnahme ist ein lokaler Artikel verlinkt; darin heißt es, dass es strategische Überlegungen gab bei der IB, in die AfD hineinzugehen, vielleicht auch die Jugendorganisation zu übernehmen. Ich selber habe solche Leute zumindest auf einer AfD-Veranstaltung gesehen. Das wäre vielleicht auch eine Frage an Herrn Schäfer, wie da vor Ort in Fulda die Verbindungen sind. Wir haben Hinweise, aber ich kann es jetzt nicht klassisch beweisen.

Zwei kurze Anmerkungen zu Herrn Schaus: Gibt es einen Anstieg der Gewalt? – Man weiß es nicht. Es laufen diverse Ermittlungsverfahren, ob Brandanschläge auf geplante Flüchtlingsunterkünfte tatsächlich Anschläge waren. Ich weiß es auch nicht. Aber mir fallen zwei, drei Beispiele in Nordhessen ein, wo zu beziehende Unterkünfte abgebrannt sind und die Polizei noch ermittelt. Der Verdacht liegt nahe, aber ich weiß es nicht.

Sie haben nach den Finanzen gefragt. Geld ist derzeit nicht unser Problem; das sage ich ganz offen. Das Bundesprogramm soll verdoppelt werden; das Land Hessen hat gerade sehr viel Geld ausgegeben; im nächsten Jahr kommen vielleicht noch einmal 50 Millionen € aus Berlin dazu. Wie gesagt, das Geld ist momentan nicht das größte Problem.

(Zuruf: Das hören wir jetzt aber gar nicht gerne!)

Herr **Bürger**: Die Förderrichtlinie von „Gewalt geht nicht“ im Schwalm-Eder-Kreis ist eine sogenannte Mikroförderung. Die haben wir aufgestellt, um Aktionen und Projekte zu fördern, die sich an Multiplikatoren richten, die insbesondere mit jungen Menschen arbeiten. Dort fördern wir eine Quote der Kosten, die bei einem Projekt entstehen, mit 50 %, allerdings gedeckelt auf maximal 500 Euro pro Aktion.

Das sind Fälle, in denen sich Jugendhilfeeinrichtungen, Sozialpädagogen und Erzieher an uns wenden und sagen: Wir brauchen mal einen aktuellen Sachstand zum Rechtsextremismus. Wie sind die Entscheidungsformen? Was kann man uns dazu sagen? – Wir vermitteln dann einen Referenten, der bezahlt werden muss. Das kann dann darüber abgerechnet werden. Wir erwarten jedoch von der Einrichtung, von der Schule, von der Kommune, dass diese sich ein Stück weit beteiligt; deswegen die Deckelung bei 50 %.

Die gleiche Vorgehensweise gilt – auch in Form einer Defizitförderung, allerdings mit 75 % der Gesamtkosten –, wenn die Zielgruppe der Jugendlichen angesprochen werden soll. Da erwarten wir, dass 25 % der entstehenden Kosten selbst generiert werden; 75 % tragen wir über unsere Förderrichtlinie. Der Deckel liegt hier bei 750 Euro pro Aktion.

Die Mittel für dieses Projekt haben wir im Haushalt verankert; das sind seit 2009 pro Jahr 25.000 Euro. Davon gehen ca. 10.000 Euro bis 15.000 Euro in solche Mikroförderungen. So haben wir die Möglichkeit, relativ viele kleine Projekte zu fördern. Aber – und das ist schon eine Teilantwort an Herrn Schaus – es ist uns wichtig, all diejenigen, die sich um dieses Thema kümmern, mit in die Verantwortung nehmen.

Ich halte es daher für sehr wichtig, dass auch vor Ort das Visier hochgeklappt und das Problem entsprechend angegangen wird. Man darf nicht immer nur auf die Landes- und Bundesförderung schauen, sondern deutungsmächtigen Akteure, die über ein Mandat verfügen, mögen doch bitte auch in ihrer Kommune, in ihrem Kreistag durchsetzen, dass auch die dortigen personellen und sachlichen Ressourcen mit eingesetzt werden. Nur wenn man solche Ressorts in den eigenen Haushaltsberatungen mit einplant, bleibt das Thema auf dem Schirm; sonst geht es unter. Wenn hingegen jedes Jahr erneut darüber diskutiert und darum gerungen wird, ist die Verantwortung für das Thema vor Ort angekommen. Das halte ich für unumgänglich.

Was wir mit der Förderrichtlinie bei uns ebenfalls bezwecken, ist, dass wir selbst auch Jugendprojekte fördern. Wir fördern insbesondere Jugendfeuerwehren, die auf uns zukommen, ebenso Sportvereine oder auch Schulklassen. Vorhin hatte ich schon ausgeführt, dass häufig am Anfang eine Beratung steht, und daraus entsteht dann ein Projekt, das wir fördern und umsetzen können.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine Sache erwähnen: Es gibt ein bundesweites Projekt, ein Schülernetzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Da sind in Hessen – Stand gestern – 73 Schulen anerkannt; im Schwalm-Eder-Kreis wird am kommen-

den Dienstag die 13. Schule anerkannt. Wir pushen diese Sache, auch mit den Fördergeldern aus dem eigenen Programm. Insofern freuen wir uns über jede einzelne Schule, die sich daran beteiligt; denn hier wird Jugend selber aktiv. Vorhin wurde schon darauf verwiesen, wie wichtig es ist, dass die Jugend selber dabei eingebunden wird, solche Inhalte mit umzusetzen.

Über „Demokratie leben“ gibt es inzwischen die Möglichkeit, die Jugendförderung zu betreiben. Wir tun das aber auch mit „Gewalt geht nicht“-Mitteln, mit kreiseigenen Mitteln. Wir sagen: Wer beispielsweise als Schule oder Rassismus-AG – also die Jugendlichen, die Schüler selber – eine Aktion machen will, sei es bei einem Projekttag oder bei einem Schulfest, die mit solchen Inhalten besetzt werden soll, der soll die Möglichkeit haben, über diese Mittel eine Unterstützung dafür zu erhalten. Das ist uns ganz wichtig.

Herr **Schäfer**: Ich versuche, die Fragen allgemein zu beantworten. Zum Stichwort „Zugehörigkeit“. Da würde ich von der Politik erwarten, dass Sie spüren, wo es Menschen gibt, die sich nicht mehr zugehörig fühlen. Auch Landtagsabgeordnete müssen vor Ort ihre Fühler ausstrecken und erkennen: Wo kann ich zuhören? Wo kann ich die Leute selbst befragen?

Es geht darum, die vorhandenen demokratischen Strukturen zu renovieren. Da gibt es beispielsweise Schülerverwaltungen, wo nur über die nächste Party gesprochen wird. Bei solchen Strukturen würde es sich lohnen, nachzufragen, ob dort Demokratie sozusagen renovierbar ist. Dann hätte man wieder ein Forum, auf dem man sich über Demokratie austauschen könnte.

Auch die Projekte von „Demokratie leben“ erfahre ich manchmal negativ. Da fehlt mir oft einfach der rote Faden. Es gibt einige gute Projekte, die aber nie miteinander kommunizieren. Es wäre gut, wenn man über eine Stadt ein richtiges Netzwerk legen könnte, nach dem Motto: Wir haben ein gemeinsames Anliegen, nämlich Demokratie erleben. Es ist kontraproduktiv, wenn sich die einzelnen Projekte nicht miteinander austauschen.

An den Staatsschutz habe ich die Bitte, dass er ebenfalls informiert. Er sollte nicht nur darauf warten, dass er Meldungen bekommt, sondern den einzelnen Gruppierungen mitteilen, wie er selbst die Lage sieht. Ein regelmäßiger Austausch, zum Beispiel mit den Bündnissen, wäre wünschenswert. Wir erleben die Polizei oft nur dann, wenn wir sie selbst anrufen, aber ein regelmäßiger Austausch findet bislang nicht statt.

Dann habe ich mir noch das Stichwort „Interkulturelle Jugendforen“ aufgeschrieben. Solche Jugendforen gibt es; aber ob sie wirklich interkulturell besetzt sind, ist schwer abzuschätzen.

Herr **Rösler**: Das Bündnis Odenwald gegen Rechts existiert seit nunmehr zehn Jahren. Seit diesem Zeitpunkt finanzieren wir uns über Spenden. Wir schreiben Bittbriefe und fragen, ob uns eine Kommune oder eine Institution unterstützen kann. Von den Kommunen hören wir daraufhin häufig: Woher sollen wir das Geld dafür nehmen in der jetzigen Situation?

So ist es bis jetzt. Ich habe persönlich versucht, über andere Kanäle, über Institutionen usw. in Hessen Geld zu erhalten. Zuletzt sind wir dort gelandet, wozu ich vorhin schon etwas gesagt hatte, dass wir nämlich gehört hatten, dass das Land mehr Mittel zur Ver-

fügung stellt. Der Fraktionsvorsitzende der SPD teilte mir mit, er hätte mit dem Innenminister gesprochen.

Dem war auch so, und wir erhielten einen Brief mit der Aufforderung, einen Antrag zu stellen. Wie bereits gesagt: Auf diesen Antrag, den wir denn dann stellen können, warten wir noch heute. Ein solcher Antrag sei bis dato nicht verfügbar, heißt es. Das verwundert uns doch sehr. Daher hatte ich vorhin die Frage gestellt: Wie sollen wir da agieren, wenn es so viel Zeit in Anspruch nimmt, einen solchen Antrag auf den Weg zu bringen, um Gruppen wie uns kontinuierlich zu unterstützen?

Herr **Balsler**: Ich komme zunächst zur Frage der Abgeordneten Gnadl. Eine Mikroförderung – da würde ich mich der Argumentation von Herrn Bürger anschließen – ist wichtig und sinnvoll, auch in den Landkreisen. Wir haben zum Beispiel in Büdingen im Wetterauskreis – seit Jahrzehnten eine Neonazi-Hochburg – die Erfahrung gemacht, dass von unserer ehemaligen Jugendgruppe – das waren 27 Jugendliche alleine aus Büdingen – binnen drei Jahren 24 junge Leute weggezogen sind. Das lag daran, dass a) die Situation für sie, was kulturelle Dinge, das Demokratiedefizit und die Bedrohung durch Rechtsanbelangt, absolut erdrückend war und b) es null Angebote gab, sodass die Stadt für sie zu unattraktiv wurde.

Eine Mikroförderung könnte einerseits dafür eingesetzt werden, um in solchen Regionen kleinere Projekte zu ermöglichen und eine Gegenkultur, eine demokratische Jugendkultur zu etablieren und dafür zu sorgen, dass die Landflucht von jungen Demokraten verhindert wird. Ansonsten rutscht eine solche Stadt Jahr für Jahr, Generation für Generation weiter in die rechte Ecke hinein. Insofern halte ich eine regionale Mikroförderung für absolut wichtig und bedeutsam.

Ich komme nun zur Frage von Herrn Schaus, was man sich generell wünschen könnte. Wir haben ja jetzt erfahren, dass anscheinend viel Geld vorhanden ist. Ich denke, gerade Die Linke ist eine Partei, die sich generell für Verteilungsgerechtigkeit einsetzt. Insofern wäre es wünschenswert, dass alle Initiativen und ehrenamtlichen Gruppen zumindest aus dem Beratungsnetzwerk Hessen die Möglichkeit erhalten, an eine solche Förderung zu gelangen. Das wäre meine Bitte an Sie.

Frau **Kortel**: Ich komme auf die Frage nach dem Anstieg der rechten Gewalt zu sprechen. Der Anstieg ist ja statistisch bewiesen. Das BKA hat Statistiken veröffentlicht, nach denen von 2014 auf 2015 ein Anstieg um 30 % festgestellt wurde. Hessenweit ist der Trend sehr ähnlich. Die Betroffenen sind zum großen Teil Geflüchtete, eben weil sich die Gewalttaten vermehrt auf Geflüchtete konzentrieren.

Den gestiegenen Bedarf an Beratung würden wir damit verknüpfen; da wird es immer mehr Bedarf geben. Das heißt das aber nicht, dass damit automatisch auch die Beratungsanfragen in gleichem Maße ansteigen. Nach unserer Erfahrung richten sich die Beratungsanfragen eher danach, inwieweit die Betroffenen überhaupt wissen, dass es uns gibt. Für uns ist es enorm wichtig, daran zu arbeiten, dass wir uns bekannter machen können. Unsere Erfahrung ist, dass immer dann ein starker Anstieg zu verzeichnen ist, wenn wir aufsuchende Arbeit betreiben, wenn wir also mit Geflüchteten in Kontakt treten.

Das wird uns bald vor die Situation stellen, dass wir mehr Anfragen haben, als wir bearbeiten können. Daher komme ich zur Forderung, dass uns die finanziellen Mittel so be-

reitgestellt werden, dass wir nicht vor der Situation stehen, Ratsuchende ablehnen zu müssen.

Zuletzt ein konkreter Vorschlag im Zusammenhang mit der Betroffenenperspektive, die wahrgenommen werden muss. Vielleicht könnte man bei einer der nächsten Anhörungen auch Initiativen von Betroffenen einladen und sie nach ihren Bedürfnissen und Wünschen fragen.

Herr **Niebling**: Vorhin ist die Frage nach jungen Frauen in der rechten Szene und dem Umgang damit gestellt worden. Wir kennen da keinen in Prozentzahlen quantifizierbaren Anteil, aber es sind immer junge Frauen mit dabei. Meine Schätzung beläuft sich auf etwa ein Drittel. Das läuft in Cliquenstrukturen ab, und das zieht sich bis in die Parteien hinein. Was wir feststellen können, ist, dass die Mädchen und Frauen sehr eigenständige Rollen in solchen Gruppierungen übernehmen. Sie sind nicht nur einfach dabei, sondern sie spielen eine durchaus selbstbewusste Rolle.

Für unsere Arbeit heißt das, dass wir auch einen geschlechtsspezifischen Zugang brauchen. Wir sind in diesem Jahr mit einer weiteren Stelle ausgestattet worden. Dabei haben wir darauf geachtet, eine Frau einzustellen, die in diesem Bereich einen Zugang bieten und eine geschlechtsspezifische Ansprache leisten kann. Manchmal fehlt es nämlich einfach am adäquaten Zugang zu den besagten Frauen. Hier sollten die Hindernisse zumindest nicht im Personal liegen.

Im Hinblick auf die Finanzen – da schließe ich mich an – haben wir derzeit keinen Bedarf. Wir sind aufgestockt worden. Wenn die Fallzahlen explodieren sollten, würden wir uns wieder melden. Das ist aber im Moment nicht der Fall.

Viel wesentlicher wäre für uns, sicherzustellen, dass es vor Ort funktionierende Jugendarbeit gibt. Mitteilungen wie die von vorhin, dass sich ein Drittel der jungen Generation eines Dorfes einer rechten Gruppierung anschließt, und vor Ort gibt es keine Jugendarbeit – da wäre zu schauen, ob nicht vor Ort ein Bedarf vorhanden ist, der nicht nur über Mikroprojekte abgedeckt werden muss. Es braucht immer auch eine gewisse Kontinuität und Langfristigkeit in der Jugendarbeit vor Ort, insbesondere auf dem Land.

Herr **Borhani**: Hier wurde ja schon einiges zu den Mikroprojekten gesagt; dem brauche ich jetzt nichts mehr hinzuzufügen. – Ich habe vorhin aber einen kleinen Aspekt vergessen, der vielleicht auch wichtig ist im Hinblick auf Veränderungen. Der Sport ist ja nicht nur ein Spiegelbild der Gesellschaft, sondern auch ein Brennglas. Unser Problem besteht in Folgendem: Früher hatte man bei NPD-Leuten oder bei fremdenfeindlichen Parolen im Sportverein immer die Möglichkeit, sie zu isolieren.

Das Problem besteht darin, dass wir das nicht mehr so einfach machen können, weil es in einem gewissen Deckmantel daherkommt. Argumentationshilfen wären da sehr hilfreich. Der Kollege hat es vorhin für den Lahn-Dill-Kreis ausgeführt, dass solche Parolen auf den Titelseiten der Zeitungen oder in ähnlichen Medien wahrgenommen werden, und die anderen Kollegen im Sportverein können nicht dagegen argumentieren. Wir können die rechten Parolen im Sportverein nicht mehr so leicht isolieren; die im Sportverein Tätigen müssten daher sehr viel stärker auf den richtigen Umgang vorbereitet werden. Da wäre es notwendig, dass auch von Ihrer Seite häufiger Argumentationsüberschriften auf den Titelseiten erscheinen, die geeignet sind, auch die andere Seite

zu befeuern. Das wäre ein Appell, der gar nichts mit Geld zu tun hat, sondern: Reden Sie öfter über Gutes!

**Vorsitzender:** Sehr gut. Das ist aber von den Medien oft nicht gewünscht. Bad news are good news. – Gibt es weitere Meldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich mich bei allen, die bis jetzt noch ausgeharrt haben, dafür bedanken, dass Sie Ihre Zeit hier eingesetzt haben. Die Anhörung wird verschriftlicht, und die Abgeordneten haben dann die Möglichkeit, ihre Schlüsse daraus zu ziehen. Noch einmal herzlichen Dank!

Die Sitzung ist geschlossen.

Wiesbaden, 16. Januar 2016

Für die Protokollierung:

Der Vorsitzende:

Dr. Ute Lindemann

Horst Klee